

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Wöchentlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Morworts

Die Inserions-Gebühr
beträgt für die sechsgrößere Kolonelle
oder deren Raum 20 Pf., für
vollständige und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlagungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlaf-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 3. Januar 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Bilows Silvester-Scherz.

Der „Vorwärts“ war in seiner Silvester-Nummer
wieder einmal in der angenehmen Lage, mitteilen zu können,
dass Fürst Bilow zu Silvester eine große Aktion beabsichtige.
Er werde an diesem Tage endlich das erlösende Wort sprechen
und die vom Freisinn so heiß ersehnte

zündende Wahlparole

ausgeben.
Die „große Aktion“ ist denn auch unserer Ankündigung
gemäß prompt erfolgt. Das offiziöse Wolffsche
Depeschenbureau versandte am 2. Januar mittags
nach allen Richtungen der Windrose die welterschütternde
Kunde, dass Fürst Bilow endlich gründlich sein Herz aus-
geschüttet und sein Wahlprogramm enthüllt habe.

Dennoch brachte die offiziöse Meldung eine seltsame
Heberausgang. Denn der Aufruf des Kanzlers an sein Volk
wurde nicht etwa im „Reichsanzeiger“, der „Nord-
deutschen Allgemeinen Zeitung“ oder der
„Kölnischen Zeitung“ veröffentlicht, er ging auch nicht
einem sonstigen Auserwählten, etwa den Herren Scherl,
Kosse oder Sonnemann zu, sondern er besteht in
einem Sendschreiben des Fürsten Bilow an den

Oberstleutnant v. Liebert,

den Vorsitzenden des
Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie!

Ganz abgesehen von dem Inhalt dieses Hirnenscheidens:
Schon die unglaubliche Tatsache, dass sich Fürst Bilow gerade
den famosen Generalissimus des berühmtesten Scharfmacher-
verbandes als Reichstiger und Wusensfreund erkoren, dass er
gerade ihn zum Herold seiner Kanzlerworte erwählte, ist ein so
toller, so blutiger Silvesterscherz,

wie ihn die Phantasie des kochhaftesten Satirikers nicht hätte
erfinden können!

Man vergegenwärtige sich die Situation: Unter dem
läppischen Vorwand, es gelte die „nationale Ehre“ zu wahren,
wird die „Bande“ im Wallotshaus dabongejagt! Der Freisinn,
aus dem Häuschen vor Entzücken darüber, dass an Stelle des
Vorschlagens ein im Geruche des Liberalismus stehender
Hörseaner Kolonial-Erzellenz geworden, tanzt
unter der Schwindelparole, dass nun eine neue Ära des
Kulturkampfes andrehe, seine wildesten Kriegstänze und wirft
sich der Zollwucher- und Scharfmacher-Reaktion jauchzend in
die Arme. Aber dieser Freundentaukel währt kaum erliche
Tage. Die Agrarier weisen die organischen Liebesbezeugungen
kühl zurück, sie erklären, dem Freisinn nicht die kleinste Kon-
zession machen zu wollen, ja sie beginnen wiederum, mit den
Zollwuchern des Zentrums zu liebäugeln, desselben Zentrums,
das der Freisinn zerschmettern möchte! Zugleich desavouiert
die Regierung in der schärfsten Weise Tag für Tag die Kultur-
kampfgelüste des Liberalismus!

Und zu allem Unglück muß die Regierung auch noch
vierzehn Tage nach der Reichstagsauflösung gestehen, dass der
Stottertötentrieg zu Ende ist, dass sie ihre liberalen Bundes-
genossen durch ihre hurratriotischen Phrasen schmählich ge-
näßführt hat!

Der Freisinn isoliert, verhöhnt, verraten! Er be-
schwört, heute drohend, morgen wimmernd, die Regierung, doch
endlich mit einer rettenden Wahlparole hervorzutreten, damit
der Liberalismus seinen Wählern wenigstens den leisen
Schimmer des Frührots einer künftigen liberalen
Ära vorpiegeln könne.

Und Fürst Bilow, der vermeintliche Hüter liberaler
Hoffnungen, wendet sich mit seiner „Wahlparole“ an die
verrußteste Scharfmachersippe, an den

Reichsverband!

Und die „erlösende“, die „befreiende“ Lösung, die die
schlappen Freisinnstiegel wieder blähen, den angstschlotternden
Freisinnsmännern wieder Mut und Kampfeszuversicht einflößen
sollte, hat folgenden Wortlaut:

Der Reichskanzler Fürst v. Bilow hat an den Vorstand des
Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu Händen des
Herrn Generalleutnant v. Liebert nachfolgendes Schreiben
erschickt:

Berlin, Silvester 1906.

In dem Schreiben des Reichsverbandes zur Bekämpfung
der Sozialdemokratie vom 18. Dezember d. J. ist mir nahegelegt
worden, vor der Reichstagswahl noch eine auffällende Kund-
gebung zu erlassen. Ich komme dieser Anregung gerne nach und
bitte, für die öffentliche Verbreitung dieser Antwort Sorge zu
tragen.

Die parlamentarische Lage, die ich bei meinem Amtsantritt
vorfand, war nicht wesentlich verschieden von der im letzten Reichs-
tage: Die bürgerliche Linke in drei, vier Gruppen gespalten; die
Rechte einiger zwar, aber an Zahl ebenso schwach, wie die
Liberalen zusammen: in der Mitte die stärkste Partei, das Zen-
trum, schon damals nahezu imstande, entweder nebst Polen,
Welsen usw. mit den Sozialdemokraten oder mit den Konser-
pativen und dem rechten Flügel der Liberalen eine Mehrheit zu

bilden. Eine andere Möglichkeit, als mit dem Zentrum die Ge-
schäfte zu erledigen, gab es, namentlich seit den Wahlen von
1903, nicht.

Der Reichskanzler war auf die Mitarbeit dieser Partei an-
gewiesen; er mußte versuchen, ihre Zustimmung zu den im
Interesse des Landes notwendigen wirtschaftlichen und nationalen
Vorlagen zu erlangen. Daß er dem Zentrum zu Siebe staatliche
Hoheitsrechte preisgegeben oder sich in religiösen und kulturellen
Fragen schwach gezeigt habe, bestritte ich. Jedenfalls darf nicht
vergessen werden, daß die wichtigsten Aufgaben, die Verstärkung
der Seewehr, die Handelsverträge, die Finanzreform, nur mit
Hilfe des Zentrums zu lösen waren und gelöst worden sind.

Ich habe diesen Zustand der Abhängigkeit der parlamen-
tarischen Ergebnisse von dem guten Willen einer Partei in dem
vielfältigen deutschen Parteigetriebe immer als nicht un-
bedenklich empfunden. Ihn zu ändern hatte ich solange keinen
Grund, als das Zentrum sich bereit zeigte, mit den verbündeten
Regierungen positive Arbeit zu leisten, und der Versuchung, seine
parlamentarische Stärke zu mißbrauchen, nicht nachgab.

Aber bereits im Frühjahr des abgelaufenen Jahres wurden
drei dringende Forderungen: die Eisenbahn Aektmanshoop,
die Entschädigung der Farmer, die Errichtung eines Kolonial-
amtes durch eine von Zentrum und Sozialdemokratie geführte
Oppositionsmehrheit verworfen. Damals konnte ich, von schwerer
Krankheit noch nicht erholt, nicht eingreifen. Aber es reifte in
mir der Entschluß, jedem neuen Versuch solcher Nachtproben bei
ernsten und wichtigen Angelegenheiten des Reiches mit aller Kraft
entgegenzutreten. Neben der dann notwendigen Wahrung der
Autorsität der Regierung und ihrer Stellung über den Parteien
sahen mir auch ein gewisser Wandel in den doktrinen An-
schauungen der Vertreter des liberalen Bürgerturns und der
steigende Widerwille gegen das sozialdemokratische Treiben die
Hoffnung zu rechtfertigen, daß eine Aenderung der parlamen-
tarischen Lage durch das deutsche Volk selbst möglich sei.

In Deutschland gibt es keine einheitliche liberale Partei,
die den Haren Willen und die Fähigkeit gezeigt hätte, positive
Politik zu machen. Es ist jetzt nicht mehr der Augenblick, Fehler,
die begangen, Gelegenheiten, die veräußt worden sind, nach-
zurednen. Jedenfalls haben es innere Uneinigkeit, negativer
Doktrinarismus, Uebertreibung der Prinzipien und Unterföhung
des praktisch Erreichbaren nicht zu dem vom Liberalismus er-
strebten Einfluß auf die Regierungsgeschäfte kommen lassen.
Erst im letzten Jahrzehnt hat sich darin manches geändert. Ich
denke an Eugen Richters Kampf gegen die Sozialdemokratie, an
die fortschreitende Heberwindung der Manchesterdoktrin, vor
allem an das wachsende Verständnis für große nationale Fragen.
Manches wird noch zu lernen sein: Wakhalten, richtiges Augen-
maß und Blick in die Nähe, Sinn für historische Kontinuität und
reale Bedürfnisse.

Ich glaube nun keineswegs, daß aus den Wahlen eine große
geeignete liberale Partei hervorgehen und etwa den Platz des
Zentrums einnehmen könnte. Wohl aber könnten die Parteien
der Rechten, die nationalliberale Partei und die weiter links
stehenden Gruppen bei gleichbewußtem Vorgehen im Wahlkampf
sozial Boden gewinnen, um eine Mehrheit von Fall zu Fall zu
bilden. Den starken Gegensatz, der bisher zwischen den Parteien
der Rechten und denen der bürgerlichen Linken in wirtschaftlichen
Fragen bestanden hat, halte ich für kein unüberwindliches
Hindernis. Der unbedingte notwendige Schutz der Landwirtschaft
ist in den neuen Handelsverträgen auf ein Jahrzehnt hinaus ge-
sichert, und mancher freisinnige Mann hat schon unter vier Augen
zugegeben, daß sie auch für die stöblischen Interessen nicht un-
günstig gewirkt haben. Jedenfalls müssen die Gegner der
Handelsverträge anerkennen, daß sich Handel und Industrie fort-
dauernden Aufschwungs erfreuen.

Andererseits führt bereits eine gute Brücke über das
trennende Wasser. Die konservativen Parteien und die National-
liberalen sind in allen großen Fragen, wo es sich um Wohl und
Wehe der Nation, ihre Einheit, ihre Machtstellung, handelte, zu-
verlässig gewesen. Die Nation ging ihnen über die Partei. Das
ist ihr Ruhm, den werden sie behaupten. Je mehr auf der Linken
die Bereitschaft zur Befriedigung der großen nationalen Bedürf-
nisse für den Kolonialbesitz, für Heer und Flotte zunimmt, um
so breiter und fester kann die Brücke werden, und wohl würden
sich auch die national geföhmten Elemente, die im Zentrum vor-
handen sind, mit allen anderen bürgerlichen Parteien in solchen
Fragen leichter zusammenschließen, wenn mit dem Wegfall der
Möglichkeit einer schwarzroten Majorität der Fraktionsgegnismus
des Zentrums der Handhabe beraubt wäre, sich rücksichtslos
gegen die Regierung geltend zu machen.

Die bedenkliche Folge davon, daß sich das Zentrum der so-
zialdemokratischen Stimmen zur Bildung eines oppositionellen
Blodes bedienen konnte, war die Debatte, die dadurch die So-
zialdemokratie selbst im verflochtenen Reichstage erlangte. Da
bietet sich ein weiteres höchwichtiges Feld gemeinsamer Sorgen
und Arbeit aller nationalen Elemente. Entgegen der leider in
einigen liberalen Köpfen noch herrschenden Idee, daß die Re-
aktion im Reiche von rechts drohe und Seite an Seite mit der
Sozialdemokratie zu bekämpfen sei, liegt nach meiner festen
Ueberzeugung die wahre Reaktion oder die wahre Gefahr der

der Reaktion bei der Sozialdemokratie. Nicht nur sind die Kom-
munistischen Zukunftsströme kulturfeindlich, die Mittel zu ihrer
Verwirklichung brutaler Zwang — alles, was sich etwa irgendwo
in Deutschland an reaktionärer Gesinnung findet, gewinnt Kraft
und Recht durch die sozialistische Unterwählung der Begriffe von
Ordnung, Eigentum, Religion und Vaterland. Auf den wild-
gewordenen Speisbürgern und phrasentrübenden Gleichmüchtern
Rohespieler folgte der Degen Bonapartes. Er mußte kommen,
um das französische Volk von der Schreckensherrschaft der Jato-
biner und Kommunisten zu befreien.

Als nun das Zentrum sogar bei einer Angelegenheit, die
deutsche Waffenehre und unser Ansehen vor der Welt berührte,
und unmittelbar nach der feimütigen Aussprache über unerträg-
liche Einmischungen in den inneren Kolonialdienst eigenwilling
den verbündeten Regierungen eine unannehmbar skandal aufzu-
nötigen suchte, und als es dann mit Hilfe der Sozialdemokratie
einen sachgemäßen freisinnigen Antrag niederstimmte, mußte von
dem verfassungsmäßigen Mittel zur Wahrung der Autorsität der
Regierung Gebrauch gemacht und der Reichstag aufgelöst
werden. Die Abstimmung vom 13. Dezember war ein Schlag
gegen die verbündeten Regierungen und die nationale Würde.
Ich arbeite mit jeder Partei, welche die großen nationalen Ge-
sichtspunkte achtet. Wo diese Gesichtspunkte mißachtet werden,
hört die Freundschaft auf. Niemand in Deutschland will ein per-
sönliches Regiment. Die große Mehrheit des deutschen Volkes
will aber erst recht kein Parteiregiment. Es ist deutsche Eigenart,
deutsches Schicksal, daß wir unsere politische Stellung bis zur
Stunde der Gefahr lieber nach Gefühlen und allgemeinen Ver-
griffen als nach realen Interessen und nationalen Zielen nehmen.
Obgleich es für Kaiser und Bundesfürsten nicht Katholiken und
Protestanten, sondern nur schlechweg Deutsche gibt, die den gleich-
mäßigen Schutz der Gesehe genießen, besteht doch die stärkste
Partei im Reichstage ausschließlich aus Katholiken. „Für Wahr-
heit, Freiheit und Recht“ steht im Programm des Zentrums. Ist
es aber wahr, wenn es in dem Aufruf der rheinischen Zentrumspartei
heißt, im Hintergrund lauere ein neuer Kulturkampf? Im
paritätischen Deutschland geht es der katholischen Reich:
woher als in manchen katholischen Ländern, und kein Vertreter
der verbündeten Regierungen denkt daran, die Partität aufzugeben,
die Wissenschaftsfreiheit zu verletzen und die katholische Religion zu
bedrängen. In jener Behauptung dient die Religion nur als
Mittel zum Schutze politischer Fraktionsinteressen. Obgleich es
ferner keinen Staat gibt, der mehr für Gegenwart und Zukunft
der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse
getan hätte, als das Deutsche Reich, obgleich die deutschen Ar-
beiter die bestgebildeten der Welt sind, halten doch Millionen be-
wacht oder als Willkürer zu einer Partei, die den Staat und
die Gesellschaft von Grund aus umwälzen will.

Von solchem Druck muß sich das deutsche Volk freimachen.
Der liberale Städter und Landmann ist daran nicht weniger be-
teiligt als der konservative. Wögen die Verhältnisse in den ein-
zelnen Wahlkreisen nach so große Verschiedenheiten aufweisen,
die Parteien, die am 13. Dezember an der Seite der Regierung
standen, werden von vornherein im Auge zu behalten haben, was sie
damals einigte: Der Kampf für Ehr' und Gut der Nation gegen
Sozialdemokraten, Polen, Welsen und Zentrum. Ich stelle die
Sozialdemokratie voran, weil jede Niederlage der Sozialdemokratie
eine Warnung für ihren blinden Uebermut, eine Stärkung des
Vertrauens in den ruhigen Fortschritt unserer inneren Entwick-
lung und eine Befestigung unserer Stellung nach außen wäre,
und weil dadurch zugleich die Möglichkeit erschwert würde, daß
eine bürgerliche Partei mit Hilfe der sozialdemokratischen eine
dominierende Stellung gegen die anderen bürgerlichen Par-
teien einnimmt.

Der Reichskanzler.
Bilow.

In
den Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie
zu Händen des Herrn Generalleutnant v. Liebert
Ergellenz,
Berlin.

Der Inhalt der „Aundgebung“ des Kanzlers ist Ihrer
Adresse würdig!

Doch zunächst noch einiges über den Adressaten.
Der eigentlich der famose Herr v. Liebert ist, darüber wollen
wir zunächst den freisinnigen Abgeordneten Ablaß einiges er-
zählen lassen. Ablaß sagte am 1. Dezember 1906 im Reichs-
tage nach dem amtlichen Stenogramm:

Meine Herren, wir haben uns darüber beklagt, daß unsere
Gouverneure nicht die rechten Männer am rechten
Platz seien, und da ich auch dieser Ansicht bin, war es mir sehr
angenehm zu erfahren, wie man denn eigentlich Gouverneur wird.
Gestatten Sie mir, einen sehr merkwürdigen Fall zu erzählen.

Eines Tages im Jahre 1897 meldete sich ein Regiments-
kommandant aus Frankfurt a. O., Herr Liebert, beim
Reichskanzler Fürsten Hohenlohe als kaiserlich
deutscher Gesandter für China. Der alte, gute
Memoirekürst (Heiterkeit) und das kühnwürdige Amt mögen nicht
wenig ersäunt gewesen sein, als sich ihnen plötzlich ein
Rensch als Gesandter präsentierte, von dessen Ernennung sie bis
zu dieser Stunde nicht eine Blasse Ahnung hatten. (Heiterkeit.)
Sie befragten ihn, und Herr Liebert erklärte, daß Seine Majestät
der Kaiser ihn persönlich zum Gesandten ernannt habe. (Hört! Hört!)

Darauf hat denn der Herr Liebert, weil er ja darauf vertraute, naturgemäß seine Abschiedsvisiten in Frankfurt gemacht und hat auch erzählt, daß er kaiserlich deutscher Gesandter in Peking sei. Nun war das aber für die Herren im Auswärtigen Amt doch eine verzweifelt prekäre Situation. Sie hatten ja naturgemäß die Ueberzeugung, daß Herr Liebert alles mögliche leisten würde, aber der Ansicht waren sie doch, daß er die Vorbildung für einen derartig verantwortlichen Posten wie den eines Gesandten in Peking nicht habe, daß ihm dazu doch wohl der Befähigungsnachweis fehlen dürfe. Und da fand man denn einen Ausweg: Herr Liebert, der bereits designiert war zum Gesandten in Peking, wurde nunmehr zum Gouverneur in Ostafrika ernannt und ging mit dem anständigen Gehalt von 50 000 Mark auf seinen Posten. (Heiterkeit.) Das ist auch so ein kleines Bild von dem persönlichen Regiment, über das sich sogar die Herren Nationalliberalen jetzt zu beklagen beginnen. Es müßte doch endlich einmal demgegenüber Fraktur geredet werden, denn das geht nicht so, daß die Befetzung derartig wichtiger Stellen einfach vorgenommen wird, ohne daß diejenigen Beamten, die in erster Linie die Verantwortung dafür tragen, darüber überhaupt gehört werden.

Dies ist, um im Jargon des Herrn Dernburg zu sprechen, Herr Liebert, und das ist Fürst Bülow! Und mit diesem Manne an der Spitze des Wahlkampfes soll der Freisinn gegen das System der „Rebenregierungen“ zu Felde ziehen! Er, der doch eben erst gerade dieses Liebert wegen das persönliche Regiment geißelte! Armer Freisinn!

Aber Herr Liebert hatte sich in Arbeiterkreisen bereits einen Namen zu machen verstanden, bevor er als Gesandter nach Peking gehen sollte und dann als Gouverneur nach Ostafrika ging!

Im Januar 1896 waren in der Gerberei der Gebrüder Schulz in Frankfurt a. D. die Arbeiter wegen Lohn-differenzen in den Ausstand getreten. Sie waren nicht wenig erstaunt, als den Unternehmern „Arbeitswillige“ in Gestalt von Mannschaften des in Frankfurt garnisonierenden Grenadierregiments Prinz Karl zur Verfügung gestellt wurden! Genosse Schöpflin, in dem Glauben, es könne hier nur der Mißgriff eines untergeordneten Chargierten des betreffenden Regiments vorliegen, wandte sich daraufhin beschwerdeführend an den Kommandeur des Regiments. Er erhielt jedoch postwendend folgenden Brief:

Frankfurt a. D., 31. 1. 96.

Herr Redakteur!

Auf Ihr Schreiben von gestern erwidere ich Ihnen, daß ich selbst die beiden Soldaten meines Regiments zur Aushilfe in der Schulz'schen Gerberei auf einige Tage beurlaubt habe. Wenn Sie sich über die einschlagenden Verhältnisse, vor allem über das Verhalten der Arbeiter ihrem Arbeitgeber gegenüber, näher unterrichten wollen, so werden Sie sehen, daß letzterer in einen Raststap verkehrt war, zu dessen Beseitigung ich auf seine dringende Bitte die Hand geboten habe, wie ich dies bei Feuers-brunst, Wassernot und dergleichen auch tun würde.

Ich ermächtige Sie, hiervon vor der Öffentlichkeit und dem Reichstage Gebrauch zu machen.

Liebert,

Oberst und Kommandeur des Gren.-Regts. Prinz Karl.

Man sieht, Herr Liebert offenbarte bereits im Jahre 1896 die Eigenschaften zum Vorsitzenden des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie!

Das ist Herr Liebert, und das ist Fürst Bülow!

Doch wir wollen noch einige weitere Beiträge zur

Kennzeichnung des Reichsverbandes und seines Generalissimus

liefern.

Der „Vorwärts“ veröffentlichte am 29. Juli 1906 unter anderen Dokumenten des Reichsverbandes auch einen Brief seines Vorsitzenden, des Herrn Liebert, an den Landrat von Grimmen, Freiherrn v. Malhahn, in dem er sich über den Vorsitzenden des christlichen Bauhandwerkerverbandes, Herrn Joseph Wiedeberg beschwerte. Er nannte diesen christlichen Gewerkschaftsbeamten einen „unklaren Kopf“ und „politischen Eigenbrödl“, der „wenig geeignet zur Leitung einer Gewerkschaftsbewegung“ sei.

Der Horn des Herrn Liebert rührte daher, daß Herr Wiedeberg in einem Schreiben an den Reichsverband die Ansicht geäußert hatte, daß der Reichsverband als „Schöpfung der ärgsten Reaktion“

verfärbt sei und „lediglich bezwecke, die bestehenden Rechte der Arbeiter zu erdrosseln und den Arbeitern jedes Recht auf Bewegungsfreiheit zu nehmen.“

Herr Wiedeberg, eine schamhaftere Natur als Fürst Bülow, lehnte es deshalb ab, öffentlich mit dem Reichsverband zusammenzuarbeiten.

Interessanter aber noch ist die Ansicht, die Herr Liebert dem Landrat v. Malhahn gegenüber in diesem Briefe, datiert vom 23. April 1906, über die

christlichen Gewerkschaften

äußerte. Sie lautete:

„Ich persönlich kann nach meinen Beobachtungen und Erfahrungen, die ich mit den christlichen Gewerkschaften gemacht habe, Ihnen nicht den Rat erteilen, darauf hinzuwirken, daß das dortige Maurergewerk in eine christliche Gewerkschaft des Gesamtverbandes umgestaltet werde.“

Von seiten der christlichen Gewerkschaften wird, genau ebenso, wie von den sozialdemokratischen, der Klassenkampf gepredigt und in ihren Forderungen sind die christlich organisierten Arbeiter durchaus nicht allzu sehr verschieden von den sozialdemokratischen.“

Dies das Urteil des Leiters des Reichsverbandes über die christlichen Gewerkschaften! Und dieser Mann soll nach Bülows Wunsch der

Manager des Wahlkampfes

sein! Armer Freisinn!

Und noch einige weitere Urteile des Reichsverbandes über Gewerkschaftsorganisation und Gewerkschaftskämpfe.

In dem soeben unter Ausschluß der Öffentlichkeit erschienenen, vom Reichsverband herausgegebenen „Handbuch für nichtsozialdemokratische Wähler“ heißt es unter der Stichmarke „Arbeitergroßchen“:

„Dabei sind die finanziellen Abgaben durchaus geringfügig, verhältnißmäßig mit den richtigen Summen, welche die Sozialdemokratie von den Arbeitern erhebt. Insbesondere die einzelnen Fachverbände schröpfen ihre Mitglieder in außerordentlicher Weise.“

Die „Arbeitswilligen“ dagegen werden in diesem Nachwerk des Reichsverbandes mit den Hottentottenbesiegern beinahe auf eine Stufe gestellt!

„Die Veruche der sozialdemokratischen Agitation, die Arbeitswilligkeit als eine soziale Schande zu bezeichnen, sind durchaus zurückzuweisen!“

Und:

„Wenn dann Arbeiter, die diese Kämpfe unter Volls- und Verursachungsgefahren, ihrer abweichenden Meinung (!) Ausdruck geben, indem sie sich der Arbeit womöglich in erhöhter Anstrengung zuwenden, so verdient dieser Mut einer eigenen Ueberzeugung lebhafteste Anerkennung.“

Das ist Herr Liebert, das die „nationale“ Politik des Reichsverbandes, das der Bundesgenosse Bülows und des mit ihm verbündeten Freisinns!

Viel Glück zu dieser Waffenbrüderschaft!

Das **Schreiben** des Reichsverbandes selbst macht den Eindruck unbeschreiblicher Armseligkeit und Hülfslosigkeit. Der „gemeine“, den „starken Mann“ posierende Kanzler zeigt sich unheilbarem politischen Siedtum verfallen. Seine matten Phrasen schleppen sich mühsam wie an Krüden dahin. Fürst Bülow renonmiert damit, daß er nur krankheitshalber nicht schon im Frühjahr 1906 die Bande zum Teufel gejagt habe, die Bande, zu der damals Rotabene auch der Freisinn gehörte!

Rummehr habe er aber dank seiner restaurierten Kräfte wieder die Kraft gefunden, die „schwarzrote Majorität“ zu Baaren zu treiben. Glückliche Silvesterpunsch-Träumel Wilhelm Busch sang einst so schön:

Drei Wochen war der Frosch so krank,
Nun quakt er wieder, Gott sei Dank!

Ob der Freisinn von diesen lodenden Frühlingstönen besonders entzückt sein wird? Die „Vossische Zeitung“ drückt die erlösende Vorhoffschamhaft an verstedter Stelle ab und — schweigt. Das Rasse-Blatt vermischt schmerzliche all das, was von dem Heroldruse billigerweise zu erwarten gewesen wäre!

Und in der Tat: außer dem blamablen Lobe, das die Kanzlerbotschaft Herrn Eugen Richter als dem Schrittmacher der Volkswucherei und überhaupt dem Liberalismus dafür spendet, daß er sich mehr und mehr seines „negativen

Doktrinarismus“, der „Uebertreibung der Prinzipien“ entschlagen habe, ist in dem Briefe von der

„liberalen Aera“

keine Rede!

Nicht den kleinsten Ader hat Fürst Bülow für den Freisinn an die Angel gespießt! Jede Kulturkampffantase wird vielmehr mit dünnen Worten zurückgewiesen. Nicht einmal die leiseste Andeutung von einem Ministerium Posadowsky-Schradler findet sich!

Dagegen wird die agrarische Note um so vernünftlicher ange schlagen! Mit höhnendem Triumph wird betont, daß der

„unbedingt notwendige Schutz der Landwirtschaft“, d. h. der Brot- und Fleischwucher, die unerhörte Lebensmittelverteuerung auf ein

„Jahrzehnt hinaus gesichert“

sei! Laßt also alle Hoffnung fahren, Ihr kleinen Beamten, Ihr Handwerker, Ihr Proletarier, die Ihr auf eine Milde rung des Brot- und Fleischwuchers geharrt und gehofft habt! Dieser „Schutz der Landwirtschaft“ ist „unbedingt notwendig“! Wenn Ihr daher einen Freisinnigen wählt, so stärkt Ihr die unerbittliche Plagiat der Lebensmittelwucherer genau so, wie wenn Ihr Eure Stimme dem Konservativen, Reichsparteiler, Antisemiten, Nationalliberalen oder Zentrumsstandbaten gebt!

Welch eine Empfehlung des freisinnigen Bündnisses mit der Regierung!

Aber mehr noch, die Wahlparole des Reichskanzlers rechtfertigt sogar die

Staatsstreichshebe der Scharfmacher!

Die Klassenpolitik des Proletariats, so heißt es in dem Briefe Bülows, verteidige allem, was sich etwa (!) irgendwo (!) in Deutschland an reaktionärer Gesinnung“ finde,

„Kraft und Recht“!

Diese nackte Drohung des Kanzlers kann durch die törichtesten Phrasen von dem angeblichen „brutalen Zwang“ nicht abgeschwächt werden. Denn wo liegt der „brutale Zwang“? Warum weigert man der Masse des Volkes, den mehr als 88 Prozent derer, die weniger als 1500 M. Einkommen haben, den ihr zustehenden Einfluß auf die Gesetzgebung in Reich, Staat und Gemeinde? Wer verteidigt diese skandalöse Volks-entrechtung? Wer hat bei der friedlichen Wahlrechtsdemonstration am 21. Januar das

Heer mobilisiert

und mit scharfen Patronen versehen?!

Und diesem Lebensmittelwucher, dieser Volksentrechtung, dieser Staatsstreichdrohung soll der Freisinn Heeresfolge leisten? Mag er es, wenn er hintweggesetzt werden will!

Der Kanzler selbst zeigt in seiner Silvesterbotschaft dem Freisinn seine Zukunft. Er führt ihm selbst das Schicksal des Zentrums vor. Jedem reaktionären Wunsche zeigte es sich gefügig: es bürdete dem Volke alle Militärlasten, alle Zinsenlasten, alle Koloniallasten auf, es unterwürftig willfährig die Politik der agrarischen Volksanhängerung!

Und der Dank der Regierung?

In dem Augenblick, wo es endlich einmal einige minimale Abstriche an dem Milliardenbudget der Kolonialpolitik zu machen wagte, flog es zur Türe hinaus, mußte es sich die schimpflichste Brückierung gefallen lassen.

Welcher Dank winkt da erst dem Freisinn! Dem Freisinn, der bei aller Lakatenlosigkeit eine so reaktionäre Politik niemals mitmachen kann wie das Zentrum!

Aber diese Schicksalsfragen mag sich der Freisinn selbst vorlegen.

Wir nehmen den Kampf, den uns der Kanzler entbietet, mit Freuden auf!

Wir begrüßen von Herzen die offizielle

Verbrüderung der Regierung mit dem Reichsverband!

Mit herzerquickender Offenheit ist die Parole gegeben!

Hie Bülow und Liebert!

Hie reaktionäre Masse und Reichsverband!

Hie Brotwucher und Gewerkschaftsnebelung!

Hie Kolonialpolitik und Staatsstreichgeplänke!

Hie Absolutismus und Volksentrechtung!

Hie Sozialdemokratie, Volksrechte und Volksfreiheit!

Wahlkampf.

Ein militärischer Wahlrechtsraub.

Durch Orders, die um die Mitte des eben verflohenen Dezember-Monats, also nach der Auflösung des Reichstages, versandt wurden, sind etwa 30 000 deutsche Landwehrmänner zu einer vierzehntägigen Uebung einberufen, die am 12. Januar beginnen und am 26. — also am Tage nach der Reichstagswahl — ihr Ende finden soll!!

Landwehrleute haben mit ganz verschwindenden Ausnahmen bereits das Alter erreicht, das ihnen die Wahl-sfähigkeit garantiert. Jene Maßregel bedeutet also nichts mehr und nichts minder, als daß man mit einem Federstrich 30 000 Wähler für den 25. Januar ausschaltet, indem man die Landwehrübung zu einem Termin anberaumt, in den der Wahltag hineinfällt.

Zu denken gibt bei dem an sich schon verdächtigen Verfahren ganz besonders noch der Umstand, daß unseren In-formationen gemäß in erster Linie Landwehrleute aus Berlin und aus — Oberschlesien einberufen sein sollen!

Wenn die Militärbehörden dem nur zu leicht sich aufdrängenden Verdachte begegnen wollen, daß sie mit ihrer Anordnung reaktionsfreundliche Wahlmache zu treiben beabsichtigen, so sind die in Betracht kommenden Bezirks-kommandos sofort anzuweisen, jene Einberufungen zu annullieren — wie das übrigens bei früheren Wahlen regelmäßig geschehen ist, sobald Wahl- und Einberufungs-termin mit einander kollidierten. Nach den Stichwahlen ist Zeit genug, den deutschen Wehrmännern in den „Ferien-kolonien“ Fett abzuschöpfen.

Daß die Zurücknahme der Beordnungen dieses Mal noch nicht erfolgt ist, läßt auf jeden Fall Deutungen zu, denen — wie gesagt — die Militärbehörde durch schleunigste Gegenorder ein Baroli bieten kann.

Armut entrechtet!

Der hannoversche „Volkswille“ teilt mit: In Linden sind 12 294 eingetragene Wähler, davon sind wegen Bezuges von Armenunterstützung wieder gestrichen 384. Das Wahlgesetz hat eben die famose Bestimmung, daß derjenige, der sich nicht lassen kann, auch des Wahl-rechtes verlustig geht. Gegen diese durch nichts zu rechtfertigende Bestimmung kann am besten dadurch demonstriert werden, daß am 25. Januar der Sozialdemokratie die Stimme gegeben wird, der einzigen Partei, die jene den Armen das Wahlrecht eskamotierende Bestimmung als ungerechtfertigt bekämpft.

Zum selben Thema meldet die „Bremer Bürgerzeitung“: Die enorme Lebensmittelteuerung, die neuen Steuern, politische Resultate, die sämtliche bürgerlichen Parteien verschuldet haben, haben trotz der wirtschaftlichen Hochkonjunktur große Not erzeugt. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, mußten Tausende von Reichstagswählern die Armenpflege in Anspruch nehmen. In Bremen haben infolgedessen nicht weniger wie 1598 Wähler ihr Wahlrecht verloren.

Das Regierungsblatt, die „Nordd. Allgem. Zeitung“ weiß sich indes nicht genug zu tun in glänzender Ausmalung der Lage des deutschen Arbeiters! . . .

Hungertwahlen.

Alle „guten Geister“ entrüsten sich, wenn die Sozialdemokratie behauptet, das Volk ziehe diesmal unter dem Zeichen des Hungers in den Wahlkampf. Man versucht nachzuweisen, wie gut es die Arbeiter haben und wie „verlogen“ die sozialdemokratische Hegelei“ ist. Nun weiß aber jeder Arbeiter, wie sehr das Volk unter der Teuerungspolitik zu leiden hat. Und nicht nur in den Großstädten, nein, auch in den kleinen Städten wüthet der Hunger. So wird unserem Königsberger Parteiblatt von einem Arbeiter aus Dreiebsburg (Ostpreußen), den man wegen sozialdemokratischer Agitation entlassen hat, unter anderem folgendes geschrieben:

Zwei Mark ist der höchste Lohn, den die Arbeiter in unserer Fabrik pro Tag erhalten. Dafür soll man nun schon feste arbeiten und nichts sagen, daß man zu wenig bekommt. Ich habe in der Fabrik 1¹/₂ Jahre für 1,90 M. pro Tag gearbeitet und dabei eine Maschine geführt. Und damit soll man in den jetzigen teuren Zeiten auskommen. Ich habe eine Familie von sechs Köpfen zu ernähren und muß für die Wohnung 7,50 M. Miete pro Monat bezahlen. Dabei wohne ich außerhalb der Stadt — denn in der Stadt sind die Wohnungen viel zu teuer — ich habe bloß eine kleine Stube, ohne Küche und Kammer.

Das Brot ist sehr teuer; allein 14 Mark pro Monat gebe ich für Brot aus. Schweinefleisch kann hier kein Arbeiter essen — dasselbe kostet 0,75—0,80 Mark pro Pfund. Ich laufe mir Speck und zwar sechs Pfund pro Monat!! — das macht 4,80 Mark pro Monat aus. Das Kaster Klobenholz kostet 15 Mark. Steinkohlen kosten pro Zentner 1,40 Mark, wenn sie angefahren werden. Der Liter Milch kostet 15 Pf. Was bleibt da nun vom Lohne für die Kleidung übrig? Geht man stehen, so wird man eingesperrt. Das Betteln ist verboten. Aber man kann doch die Kinder nicht hungern lassen. Dabei kommt der Magistrat noch nach Steuern und läßt pfänden, wenn man die Steuern nicht entrichten kann. Ich habe jetzt für zwei Monate die Miete zu bezahlen, habe keine Kartoffeln, kein Brot, kein Geld, und die Kinder schreien vor Hunger. Und dabei habe ich doch nichts verbrochen; arbeiten will ich gern, doch niemand stellt mich ein!! Wenn ich mit meinen Kindern nicht verhungern will, muß ich nach Westfalen fahren, wo sich schon viele meiner Kollegen befinden. Aus Ortelburg sind schon nach Westfalen mit einem Transport 80 und mit einem zweiten 34 Mann abgefahren. Man bekommt das Reisegeld ausgelegt und hat wenigstens beständig Arbeit, wenn sie auch schwer ist. Ich möchte ja gerne hierbleiben — aber ich kann doch nicht verhungern.

Jeder Zusatz erübrigt sich. Dieses graufike Elend herrscht aber in Ostpreußen — in dem Paradies der Agrarier — in der Brot- und Viehreichen Provinz in tausenden Familien! Die ostpreussischen Arbeiter werden durch den Hunger aus ihrer Heimat getrieben; sie müssen nach dem Westen gehen, wo sie als Ausbeutungsobjekte und Lohnruder willkommen sind.

Endlich untergeschlupft!

Wassermann hat endlich den „sicheren“ Wahlkreis gefunden. Nicht in Koburg, wo seine Parteifreunde den Justizrat Quarda aufgestellt haben, sondern in Rothenburg-Obererwerda (Reg.-Bez. Rügen). Die Auswahl dieses Kreises ist bezeichnet für die traurige Lage des Nationalliberalismus! Der nationalliberale Führer hat in einem Wahlkreise unterliegen müssen, wo es keine Nationalliberalen gibt! Es wurden dort abgegeben im Jahre 1898 8202 freikonserervative, 3661 freisinnige, 1613 sozialdemokratische, 401 Zentrums- und keine nationalliberalen Stimmen, im Jahre 1903 8383 freikonserervative, 5423 freisinnige, 3541 sozialdemokratische, 391 Zentrums- und keine nationalliberalen Stimmen!

Herr Wassermann wird denn auch nicht als nationalliberaler Kandidat, sondern als gemeinsamer Kandidat der bürger-

lichen Parteien, als Kandidat des nationalen Reichstages aufgestellt. Der Freisinn, der 1903 mit dem Reichspartei in die Stichwahl kam — gewählt wurde der Freikonserervative Graf Arnim-Plausan — will also den Freisinn und Wortwahrer Wassermann, der von Freikonserwativen für würdig gehalten wird, der Nachfolger ihres bisherigen Vertreters Graf Arnim zu werden — des Mannes, der bei der Schilderung erschütternden proletarischen Glanzes das befreiende Wort fand: „Der Vater wird wohl alles verlossen haben!“ — im ersten Wahlgang wählen. Wohl belomme ihm! Die Sozialdemokratie des Kreises wird diese Vorkantklärung des Freisinn, die sondergleichen ist, zu nützen wissen!

Für den jammervollen Niedergang des Nationalliberalismus aber kann wohl kaum etwas deutlicher sprechen als der Umstand, daß der nationalliberale Führer Wassermann Unterdrückung suchen muß in einem Wahlkreise der Freikonserwativen, in einem Wahlkreise, in dem es keine Nationalliberalen gibt, daß er nur in den Reichstag kommen kann als der Erforsene der Konserwativen und bankrotten Freisinnigen!

Aus der „Post“ entnehmen wir nachträglich, daß die Kandidatur Wassermann in einer gemeinsamen Vertrauensmännerversammlung der bürgerlichen Parteien, woran auch der Freisinn teilnahm, beschlossen wurde. Graf Arnim hat zugunsten Wassermanns verzichtet! Der Freisinn stimmt also für einen Kandidaten, zu dessen Gunsten ein Graf Arnim verzichtet! Hat sich je eine Partei würdevoller zugrunde gerichtet?

Immer wieder dieselbe Gesechsenkenntnis behördlicher Organe!

Aus Arnznach wird uns geschrieben: Mit der Begründung, zum Flugblätterverbreiten müsse Erlaubnis eingeholt werden, wurden von den Bürgermeistern in Gemünden und Waldhöfeln (Wahlkreis Arnznach-Simmern) Flugblätter zur Reichstagswahl beschlagnahmt, an mehreren Orten die Verteiler verhaftet und erst nach Aufnahme eines Protokolls wieder entlassen. Nach einer sofortigen Beschwerde beim Landrat erklärte dieser, nach genauer Untersuchung des Sachverhaltes werde er dem Beschwerde-führer Bescheid zukommen lassen.

Ob das noch vor der Wahl geschehen wird? Zur Feststellung, daß die Bürgermeister ungesetzlich gehandelt haben, brauchte der Herr Landrat eine genaue Untersuchung nicht erst anzustellen, ein Blick in die Gewerbeordnung (§ 54) würde genügen!

Zum Wahlkampf in Ostpreußen.

Man schreibt uns aus Königsberg:

Einen Vorgeschmack davon, wie der Wahlkampf in den ländlichen Bezirken der Sozialdemokratie durch untere behördliche Organe erschwert werden wird, haben wir jetzt schon. Auf ein Verbot des sozialdemokratischen Kandidaten des Wahlkreises Königsberg-Land, Genossen Braun, hat der Landrat dieses Kreises in den Amtsblättern eine Verfügung erlassen, in der die Gemeindevorsteher darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Wählerlisten je d e r m a n n zur Einsicht und auch zur Abschrift zur Verfügung zu stellen sind. Daran lehnen sich die meisten Gemeindevorsteher im Bewußtsein ihrer Machtvollkommenheit aber nicht im mindesten. Sowie ein Beauftragter des Wahlkomitees zum Abschreiben der Wählerlisten erscheint, wird er kurz abgewiesen. Weist man den Herrn Gemeindevorsteher auf die Verfügung des Landrats hin, dann erklärt er entweder, nichts davon zu wissen, oder er gibt in nicht mißzuverstehender Weise zu erkennen, daß ihm der Landrat sonst was lamm. Wenn nun schriftlich oder telephonisch gegen solch einen widerwärtigen Ortsgewaltigen beim Landrat Beschwerde geführt wird, muß dieser noch durch besonders amüßliches Schreiben energisch auffordern, das Abschreiben der Listen zu gestatten. In sehr entgegenkommender Weise erklärt nun der Landrat seine nicht mißzuverstehende Verfügung nochmals im Kreisblatt.

Wie die ostpreussischen Gemeinde-Oberhäupter auch sonst Reichsgesetze und Vorschriften ihrer vorgesetzten Behörden respektieren, ersieht man auch aus folgendem:

Bei einem Gemeindevorsteher des agrarischen Wahlkreises Königsberg-Land - Fischhausen, bei dem die Wählerlisten ausliegen, ist das Einsehen derselben den Wählern nur für sehr beschränkte Zeit möglich. Denn wenn der Herr Ortschulze auf die Jagd geht — und er ist ein eifriger Jagdfreund — schießt er sein Bureau und sichert sich den Teufel um das Einsehen der Wählerlisten.

Weiter erfahren wir aus diesem und aus anderen ostpreussischen Wahlkreisen, daß durch verschiedene behördliche Organe unter der Landbevölkerung ganz ungeniert das Gerücht verbreitet wird: „wer bei der Reichstagswahl einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgibt, verliere seine Invaliden-, Alters- oder Unfallrente.“ (!) Mit solchen Mitteln arbeiten die Staatserhaltenden gegen uns Umstürzler.

Innere Genossen aber verlieren darum nicht den Mut und werden durch unverdroßene Arbeit dafür sorgen, daß der Teil der Wählerschaft, bei dem solche Mittel noch anschlagen, immer kleiner wird.

Von anderer Seite wird uns zum selben Thema aus Ostpreußen geschrieben:

Landbriefträger als konserwatibe Agitatoren. Am Sonntag, den 30. Dezember 1906, haben im Kreise Labiau-Weslau unsere Königsberger Genossen Flugblätter verteilt. Als sie bei ihrer Arbeit waren, bemerkten sie, daß die Landbriefträger gleichfalls Flugblätter austauschen und zwar die Flugblätter der Konserwativen. Unsere Genossen fragten nun ganz erstaunt, was die armen Landbriefträger für diese kolossale Arbeit — denn die Landwege sind furchtbar verschneit — erhalten. Die Beiboten erklärten, daß sie ganz umsonst diese Tätigkeit ausüben müßten. Sie hätten den Auftrag, in jedes Haus auf dem Lande das Flugblatt zu tragen. Diese Art von Wahlagitator ist für die Konserwativen gewiß eine sehr bequeme und wohlfeile. Daß sie völlig unzulässig ist und den schärfsten Protest hervorruft, brauchen wir wohl nicht besonders hervorzuheben. Was wird eigentlich das Reichspostamt in Berlin dazu sagen?

Wird es diesen Mißbrauch der amtlichen Einrichtungen zugunsten der konserwativen Post- und Fleischwucherer stillschweigend als in der Ordnung hingehen lassen? Wird es ruhig zusehen, wie die Postunterbeamten in den Dienst dieser Partei der Junker gedrückt werden? Von Rechts wegen haben wir zu verlangen, daß Herr Kräfte schleunigst die unteren Postbehörden anweist, diese Agitation zugunsten der Konserwativen sofort zu unterlassen. Ob er's tut?...

Der Wahlkampf in der Provinz Brandenburg.

Im Wahlkreis Jüterbog-Ludenwalde-Zauch-Weßlich hat die Wahlagitator kräftig eingesetzt. Am Donnerstag, den 20. Dezember, fand in Ludenwalde, der größten Stadt des Kreises, eine äußerst stark besuchte Versammlung statt, in welcher der Kandidat, Genosse Ferdinand Ewald, Berlin, sich den Wählern vorstellte. Am Sonnabend, den 22. Dezember, sprach Genosse Ewald in Dahme vor einer ebenfalls sehr stark besuchten Versammlung. Am Sonntag, den 23. Dezember, fand in Jüterbog und am Freitag, den 28. Dezember, in Kaputh bei Potsdam je eine gut besuchte Versammlung statt, in denen der Genosse Dekar Ewald-Berlin sprach. Am Sonntag, den 30. Dezember, fanden ziele 20 Versammlungen im Kreise statt, die alle zu den besten Hoffnungen für die Wahl berechtigten. Die Konserwativen des Kreises haben bis jetzt noch keinen Kandidaten nominiert, jedenfalls warten sie ab, ob die Freisinnigen einen selbständigen Kandidaten aufstellen oder ob sie gleich im ersten Wahlgang für den Konserwativen eintreten wollen. Für die Konserwativen resp. die Reichspartei wird wahrscheinlich wieder der mecklenburgische Junker v. Deryen kandidieren. Er sprach vor einigen Tagen in Weßlich und meinte dort, er hätte im Interesse der kleinen Beamten und Arbeiter im Reichstage einen Antrag vorbereitet, den einbringen ihm aber „leider“ durch die

Auflösung des Reichstages nicht mehr möglich war. Diese Anklündigung des Herrn v. Deryen schmeckt arg nach Bauernfang. Der Herr hat 3 1/2 Jahre Zeit gehabt, Anträge im Reichstage einzubringen, hat aber während dieser Zeit keine Zeit gefunden, den obenbezeichneten Antrag vorzulegen. Die Stimmung im Kreise ist eine vorzügliche. Im Jahre 1903 hatte die Sozialdemokratie drei Wahlkreise im Kreise, von denen aber in Wirklichkeit nur einer, und zwar der Ludenwalder, in Betracht kam, während 17 Wahlkreise bestehen, die alle ihre Bezirke selbständig bearbeiten. Auch stehen der Partei jetzt bedeutend mehr Lokale zur Verfügung als bei der vorigen Wahl. Die Genossen haben die beste Hoffnung, daß der Wahlprüfungskommissions-Vorhang aus dem Reichstage herausgewählt wird.

Aus dem Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg wird uns geschrieben:

Auch hier fürchten die Gegner den Ansturm der Sozialdemokratie. Um jede Zersplitterung der Stimmen der „staatsbehaltenden Parteien“ zu vermeiden, empfehlen Konserwatide und Land der Landwirte, die Stimmen für den bisherigen Vertreter, den Antisemiten Bruhn abzugeben.

Ein Schauspiel für Götter fürwahr! Die Junker empfehlen denselben Mann, der bei der Wahl 1903 nicht nur gegen Junker, sondern auch gegen die Junker wettete und vorgab, die Interessen des kleinen Mannes und des Mittelstandes gegen die Junker zu vertreten!

Jetzt ist das alles vergessen, Bruhn hat „zufriedenstellende Erklärungen“ abgegeben und wird selbstverständlich die Interessen der Junker in erster Linie wahrnehmen.

Dieses Zusammenfinden der Reaktionäre jeder Richtung wird dem kleinen Mann die Augen öffnen, sodah er endlich ablesen wird, weiter dem Antisemitismus Gefolgschaft zu leisten.

Das erste Flugblatt, das von unseren Genossen unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen — die Wege waren verdeckt, es herrschte Schneetreiben — verbreitet wurde, fand allenthalben gute Aufnahme.

Die Versammlung in Driesen am Sonntag, in der der Kandidat des Kreises, Genosse Eugen Brückner sprach, war außerordentlich stark besucht. Aus stundentweit entfernten Orten waren Teilnehmer herbeigekommen.

Der Verlauf der Wahlbewegung im Kreise beweist, daß es auch hier vorwärts geht, trotz Mundtotmachung durch Verweigerung der Säle usw.

Im Wahlkreis Ruppin-Templin ist die Wahlarbeit in vollen Gange. Alle Parteien haben ihre Kandidaten aufgestellt, die Sozialdemokratie den Genossen Max Kiesel, die Konserwativen Justizrat Dietrich, die Freisinnigen den Großdeputierten Max Schulz. Inzwischen wurden Versammlungen abgehalten in Curtschlag, Neu-Ruppin, Lyden, Rehden. In den drei ersten sprach der Kandidat Genosse K. Kiesel, in der letzteren Genosse Ströbel. Während die Konserwativen noch keine Versammlung abgehalten, noch ein Flugblatt verbreitet haben, ist der Freisinn in voller Tätigkeit. In allen Versammlungen der Freisinnigen, die bis jetzt abgehalten wurden, traten ihnen unsere Genossen entgegen. Allerdings gaben diese Herren nur 15 Minuten Redezeit. In Neu- und Alt-Ruppin trat dem Freisinnskandidaten unter alter Genosse Kraemann entgegen. In Seiwersdorf und Wusterhausen gelang es dem Genossen Hermann Schulz-Berlin, den Freisinnskandidaten zu stellen. Charakteristisch für den Herrn ist, daß er in Seiwersdorf die Hottentotten in Grund und Boden verdammt, in Wusterhausen aber so ziemlich das Gegenteil aussührte. Doppelzüngigkeit ist auch hier typisch für den Freisinn.

Das Wahlbureau des Ruppin-Templiner Kreises befindet sich in der Postbureaustr. 25 bei Franz Schulz, Telefon Amt 3b Nr. 4223. Alle Zuschriften und Anfragen sind dorthin zu richten.

Das Wahlkomitee.

Die geistigen Waffen der Bülow-Garde.

Das Handbuch für nichtsozialdemokratische Wähler, herausgegeben vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

Der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie ist zum offiziellen Wahlhelfer der Regierung ernannt worden. In aller Form hat Bülow, indem er den Reichsverband mit der Verbreitung seines Wahlflugblattes betraute, in dem er seines Busens Sehnsüchte am Lufte des Generals Liebert offenbarte, den Reichsverband zum Beauftragten der Reichsregierung gemacht. Die Agitation des Verbandes ist fortan Regierungsagitation, die von ihm betriebene Verleumdung der Sozialdemokratie offizielle reichsdeutsche Sozialistenverleumdung. Des Reiches Kanzler hat die moralische Verantwortlichkeit für die unsäglich niedrige Kampfesweise des Reichsverbandes übernommen, mit seinem Namen, mit seiner amtlichen Autorität, mit der Reichsregierung Autorität deckt er alle die schäbigen und schmutzigen Anwürfe, die die Organe und die Klopfflechter des Reichsverbandes gegen die härteste politische Partei des Reiches schleudern, deckt er eine namenlos verlogene, kleinlich-gelassene, persönliche Kampfesweise, die selbst einem Max Lorenz als zu dumm und deshalb wirkungslos widerstanden hat!

Und mit des Reichskanzlers moralisch-verantwortlicher Gegenzeichnung geht nun auch der unsäglich widerliche Inhalt des Handbuches für nichtsozialdemokratische Wähler ins Land, das Arsenal „geistiger Waffen“ darstellt, mit denen die Söldlinge des Reichsverbandes der Sozialdemokratie den Garaus machen sollen. Eine Sammlung von Gemeinheiten und Blödsinn, ein Salat von Albernheiten und wissenschaftlichen Lügen, von Verdrehungen und Entstellungen, daß jeden anständigen Menschen, jeden Menschen, gleichviel welcher Parteilichung, der etwas auf die Reputation seines Intellekts hält, der Ekel beim Anblättern des Nachwerkes aufsteigen muß.

Gleich die erste Seite dieses A-B-C-Buches der politischen Gehirnverweidung beginnt mit einer Leistung, in der sich Dummheit und verdrehende Niedertracht die Hand reichen. Der Artikel „Abel, eine Verteidigung dieser wichtigen Institution“, beweist die Notwendigkeit einer Auslese der Besten vornehmlich daran, daß in der Sozialdemokratie keine Gleichheit herrsche. Als Beweis werden die Angaben herangezogen, die Bebel seinerzeit in einer Reichstagsrede über die Bemessung der Diäten gemacht hat, die die Sozialdemokratie vor der Festlegung der Reichstagsdiäten von Reichswegen an ihre parlamentarischen Vertreter zahlte. Bebel steht in der Rede auseinander, daß mehrere Mitglieder unserer Fraktion auf Grund ihrer Einkommensverhältnisse auf diese Parteidiäten zu verzichten für ihre Pflicht hielten, daß im übrigen die Höhe der Diäten eine verschiedene war, „je nach dem sozialen Stande und den persönlichen Verhältnissen“, womit gemeint ist, daß den Abgeordneten je nachdem mehr oder weniger vergütet würde, ob sie in Berlin oder außerhalb anässig waren, ob sie sehr angestellt waren oder ein eigenes Geschäft hatten, das durch ihre Abwesenheit beeinträchtigt wurde. Für jeden denkenden Menschen ergibt sich ganz ohne weiteres, daß die Worte „je nach dem sozialen Stande“ nur darauf Bezug haben. Was aber macht das Handbuch daraus. Es hört ein „wiederholtes Betonen der Standesunterschiede“ heraus, gibt so verstreut — offen es herauszusagen hat der Artikelschreiber nicht die Courage — zu verstehen, daß die Höhe der Diäten nach den Standesunterschieden bemessen war, d. h. daß die Vertreter der „niederen Stände“ in der sozialdemokratischen Fraktion weniger erhielten als die der „höheren Stände“ und kommt so zu dem Schluss:

... das wiederholte Betonen der Standesunterschiede stimmt durchaus zu den Beobachtungen, die man bei jeder Gelegenheit machen kann: es fällt den Führern gar nicht ein, sich den kleinen Leuten in der Partei gleichzustellen. . .

So schließt und fälscht die Bülow-Garde unter polizeiwidrigem Mißbrauch der ihr vom Schöpfer verliehenen Portion gefogener Dummheit.

Das A-B-C-Buch der dummen Verleumdung im einzelnen zu zergliedern, dazu fehlt uns heute die Zeit. Der Wahlkampf wird uns leider noch des öfteren die Nötigung auferlegen, in diese cloaca maxima hinabzusteigen und Proben ihres Inhalts der demütigendsten Öffentlichkeit zu unterbreiten. Auf's Geratewohl nur seien noch einige besondere Schmutzfinkereien herausgegriffen.

Daß das Handbuch Lügen über die in ihrer Mehrheit sozialdemokratischen Gemeindevertretung von Pant im vollen Wortlaut wiederholt, die längst durch das Zeugnis des Gemeindevorsteher und eines gut bürgerlichen Volkes dieses Ortes als erlogen gebrandmarkt sind, das ist ein Beispiel von der Ehrlichkeit der Reichsverbandemacher. Diese Gesellschaft schämt sich nicht im mindesten, die Sozialdemokratie wider besseres Wissen zu beschuldigen. Diese Gesellschaft wärmt gemütskühlig immer wieder dieselben alten Lügen auf, obgleich sie weiß, daß sie längst widerlegt sind!

Die wildeste Arbeiterfeindschaft durchzieht das Nachwerk. Vergebens sucht sie sich hinter der Maske kühler Objektivität zu verbergen. Den Arbeiterverbänden wird ein Loblied gesungen, ihre Bestrebungen sind lebendigst zu loben, die Anwerbung von Arbeitswilligen selbstverständlich berechtigt und die Versuche der sozialdemokratischen Agitation, die Arbeitswilligkeit als eine soziale Schande zu bezeichnen, werden energisch zurückgewiesen. Bewundernd bricht der Artikelschreiber in den Ruf aus, der sein Innerstes enthüllt:

„Wenn dann Arbeiter, die diese Kämpfe unter Volks- und Berufsgegnossen mißbilligen, ihrer abweichenden Meinung (!) Ausdruck geben, indem sie sich der Arbeit womöglich in erhöhter Anstrengung zuwenden, so verdient dieser Mut einer eigenen Heberzeugung lebhafteste Anerkennung.“

Um so hämischer wird dafür an anderer Stelle über die „Schwächung“ der Arbeiter durch die Gewerkschaften, über die „Arbeitergroßen“ geschrieben. Die Geisteshelden des Reichsverbandes haben nicht einmal so viel Gräbe, um einzusehen, daß solche Argumente nicht mehr angebracht sind in einer Zeit, da „christliche“ Arbeiter Gewerkschaftsbeamte und Arbeitersekretäre befordern, nicht so viel Gräbe, um einzusehen, daß diese „christlichen“ und „nationalen“ Arbeiter durch solche Ausfälle gegen die sich „von Arbeitergroßen mästenden Agitatoren“ mit beleidigt werden. Oder rechnet der Reichsverband auf diese Arbeiter schon nicht mehr? Dann wäre er in diesem Falle heller als er sonst zu sein pflegt!

Sehr entschieden vermahnt sich der Reichsverband dagegen, daß er die Geschäfte der Rechten, der Konserwativen und Agrarier, betreibe. Indes mühten in dem Handbuch selbstverständlich auch die wirtschaftspolitischen Fragen behandelt werden, und dabei war natürlich, wie die Vorrede auch angibt, die Apologetik des Pro- und Fleischwuchers nicht zu vermeiden. Die Rader suchen den Freisinn, der ja auch zu den Klienten des Reichsverbandes gehört, damit zu trösten, indem sie in der Vorrede sagen: „Gleichwohl ist für den Kampf gegen die Sozialdemokratie ein Unterricht über die Beweggründe, durch welche die Regierung und die Reichstagsmehrheit zu ihrer gegenwärtigen Handelspolitik bewogen worden, nicht zu entbehren. Es ist darum überall der Standpunkt des geltenden Rechtes mitgeteilt und begründet worden.“ Köp's dem Freisinn schmecken. Verdient hat er's.

Das Handbuch ist vorläufig im Buchhandel nicht zu haben. Es wird sorglich unter Verschluss gehalten. Man kann das verstehen. Denn die Öffentlichkeit kann dieses Nachwerk nicht vertragen. Wenn das deutsche Bürgertum noch einen Rest von Schamgefühl hätte, mühte es mit Entrüstung gegen das Anstehen protestieren, den Reichsverband als feine Schmutztruppe anzuerkennen. Aber wie wir es kennen, sind wir keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß es sich mit „Bonne der geistigen Waffen“ des A-B-C-Buches der politischen Gehirnverweidung und der wissenschaftlichen Lüge bedienen wird, zumal, da des Reiches Kanzler darüber seinen offiziellen Segen gesprochen hat.

Um so besser für uns!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Januar 1907.

Nationales Faschingsstreiben.

Die Konfusion im nationalen Mod wird immer größer. Wer sich das lustige Preßstreiben der zum Kampfe für die „nationale Ehre“ ausgezogenen Streiter der konserwativ-antisemitisch-liberal-philosemitischen Koalition ansieht, glaubt sich auf einer Faschingsmaserade zu befinden. Wie hysterische Dinnen kreischen die Verteidiger des „weltpolitischen Gedankens“ gegeneinander und beschuldigen sich gegenseitig der Mandatsabtreibung und der Wahlmogelei. Die konserwativen Blätter schimpfen über den Einfall der Nationalliberalen in die altkonserwativen Domänen, die Nationalliberalen rüfornieren über die unversämten Ansprüche der Konserwativen, die Antisemiten heulen über die „Nebenregierung des Liberalismus“, und die Freisinnigen leihen über die „Reaktionäre Stöcker'sche Richtung“. So schreibt z. B. die „Konserb. Korrespondenz“:

„Es ist, als wolle die nationalliberale Partei gerade den jetzigen Wahlkampf wahrnehmen, um ihre Mandate auf Kosten der Konserwativen zu vermehren. Unsere Parteimitglieder im Lande werden es diesem Vorgehen gegenüber an der notwendigen Wachsamkeit nicht fehlen lassen dürfen, wenn sie nicht etwa unliebbare Ueber-taschungen erleben wollen. Die Konserwativen sind es — darauf muß bei Zeiten unzweideutig hingewiesen werden — nicht, die die gebotene gemeinsame Frontrichtung in diesem Wahlkampfe durchbrechen.“

Energischer äußert sich das Blatt der Hammersteine und Konserntoren, die adnational-weltpolitische „Kreuz-Ztg.“:

„Wenn man die Verätigung des Solidaritätsgefühls von uns verlangt, dann muß man es uns gegenüber ebenfalls üben. So mild ist denn doch kein Parteipolitiker, daß er „aus Patriotismus“ nur immer „begeistert“ Wohlthaten ausstellen und dafür Dritte empfangen möchte. Wir werden demnachst in der Lage sein, eine Zusammenstellung derjenigen Wahlkreise zu bringen, in denen die konserwatibe Partei im ersten Wahlgang offiziell für nationalliberale Kandidaten eintritt, und diejenigen Wahlkreise gegenüberstellen, in denen Nationalliberale den Konserwativen einerseits Gegenleistungen gewähren, andererseits aber ihnen in alten Besitzständen durch Sonderkandidaten Konkurrenz machen. Schon jetzt können wir sagen, daß dadurch das aggressive und unsolidarische Vorgehen der Nationalliberalen sehr deutlich beleuchtet werden wird.“

Glauben denn die Nationalliberalen, die Konserwativen seien zu wenig klug, als daß sie diese doppelte Wahlstatistik zu durch-

Schauen vermöchten? Selbst in starkem Umfange bemächtigt, die Rechte zu schwächen, verlangen sie von dieser, daß sie sich geduldig auf den Follerschemel setzen und vom Zentrum „abziehen“ solle. Diese Forderung ist denn doch erst eigenartig. Die Selbsthaltungspflicht gebietet den Konservativen gerade angeht des Bestehens der Nationalliberalen, auf der Gut zu sein und sich ihrer Haut zu wehren. Der „Patriotismus“ an den von der gemäßigten Linken appelliert wird, muß doch auch von ihr geübt werden. Wenn sie den Kampf gegen das Zentrum als hauptsächlichste Wahlsparole ausgibt, so gehe sie doch in Zentrumskreise und mache dort ihre liberalen Kräfteproben! Wenn aber die Nationalliberalen gerade die jetzigen Wahlen für den geeignetsten Moment halten, den Konservativen allenfalls halbes Gegenkandidaten vor die Nase zu setzen, so üben sie dieselbe Taktik, die von Barth und Baumann verfolgt und im „Verl. Tagebl.“ beharrlich empfohlen wird, die Taktik, die sich gegen die „Reaktion“ richtet, und gegen die die „Reaktion“ sich mit allen Kräften wehren muß.

Das antisemitische „Reich“ freischt gegen die „Nebenregierung“, die der Freisinn etablieren möchte, und zitiert in echt nationalem vaterländischen Solidaritätsgefühl den Satz der „Deutschl. Wälder“: „Der Weg zur Gefundung unserer deutschen politischen Verhältnisse führt nur über die Trümmer des entschiedenen Liberalismus“, indem es diesem Glaubensbekenntnis folgende Ausführungen hinzufügt:

„Wir haben niemals ein Hehl daraus gemacht, daß wir auf demselben Standpunkt stehen, daß nicht eher eine reinliche Scheidung der Geister erfolgen wird, als bis das, was sich heute Freisinn nennt, hinweggesetzt ist von dem politischen Kampfbahne, auf dem es bisher nur Verwirrung angerichtet hat. . . . Wenn wir daher heute wieder den Ruf erheben: „Fort mit den freisinnigen Wölfen, die sich jetzt unserer Volke in Schafschleibern nähern“, so tun wir das in der festen Ueberzeugung: Wenn die Rechte und der verständige Flügel der Nationalliberalen zugunsten des Freisinns geschwächt würden, so würde nicht nur unser Volk bald merken, daß es hinfort nicht nur unter Kutensreichen, sondern unter der Jüchigung mit Skorpionen zu leiden hätte, sondern auch die Regierung würde zu der Einsicht kommen, daß sie die Geister, die sich jetzt in die Reihe der nationalen Parteien einschmuggeln möchten, nicht mehr los wird.“

Dagegen fordert mit kühn erhobenem Freisinnspapier Mosse „Verl. Tagebl.“ wieder den unentwegten Kampf gegen die Reaktion:

„Wir müssen deshalb auf die Gefahr hin, wie in diesem Schreiben, so auch weiterhin uns das Mißfallen des Reichstanzlers zuziehen, dabei bleiben, daß der entschiedene Liberalismus auf die von ihm empfohlene Weise nicht treten kann. Er muß daran festhalten, daß der Wahlkampf gegen Zentrum und Reaktion geführt werden muß, wenn uns die Wahlen eine Besserung der politischen Lage im Deutschen Reich bringen sollen.“

So geht es weiter. Ein richtiges Karnevalstreiben. —

Deutsches Reich.

Die Folgen der Petersischen Kontinuitätswirtschaft.

Herr Dr. Karl Peters leistet sich zur Erleichterung seiner Gemütsverfassung im Organ der Hamburger Bismärker und Kolonial-Exporteure, den „Hamburger Nachrichten“, einen wütenden Schimpf- ausfall auf die Sozialdemokratie:

„Nicht ist, wenn diese Vertreter des sozialen Wandtums sich bei uns als Wächter von Tugend und Sitte aufspielen. Befehl, der die „freie Liebe“ als System predigt, wagt über die Sittlichkeit unserer Kolonialbeamten; der die Bombenpolitik in Aufstand verteidigt hat, hat die Stirn, sich im Reichstag über „Nordstaaten“ laienhafter Beamten zu beschweren, welche für die nationale Machtstellung in Afrika einzutreten haben.“

Frech und dummdreist ist ferner die Art, wie diese Kerle politische Gegner einzuschüchtern suchen. Im Reichstag durch Brüllen und Pfeifen, wodurch sie am Ende nur beweisen, daß sie in eine solche Körperhaft ebensowenig politisch wie gesellschaftlich gehören. Im Lande durch Strafmaßnahme und Verdrängung jeder Art. Nicht suchten sie in München durch die Androhung eines Bombenattentats zu beeinflussen. . . .

Die jetzt herrschenden Klassen werden sich zu fragen haben, wie lange sie in der negativen Defensive bleiben wollen. Wie lange wollen wir zusehen, daß eine Horde von fanatischen Revolutionären an den Fundamenten unserer Gesellschaftsordnung ungehört ministert? Wie können von ihnen aus der Geschichte jedenfalls das lernen, daß man rechtzeitig Gewalt gegen angebrochte Gewalt setzen muß, wenn man sich behaupten will. Wir wollen doch nicht den Terrorismus einer Minderheit zulassen, so lange wir selbst in der Lage sind, den Druck der überlegenen moralischen und physischen Macht auszuüben.“

Die Behauptung, die Sozialdemokratie hätte ihn in München durch Androhung eines Bombenattentats zu beeinflussen versucht, befähigt in uns die Ansicht, die uns schon früher bei den Verhandlungen über die Petersischen Verbündeten und bei der Bekämpfung der größenwahnsinnigen Selbstverherrlichungen des einstigen ostafrikanischen Reichstommars aufgestiegen ist, nämlich die Ansicht, daß der ehrsame Freund der Krentz und Nordhoff geistig nicht normal ist. Dafür spricht nicht nur Herrn Peters ganzes Schreien, sondern auch die von ihm in seinem Buche „Die Gründung von Deutsch-Ostafrika“ selbst erzählte Tatsache, daß er schon 1882 in London an Halluzinationen gelitten hat. Durch die wilde Kontinuitätswirtschaft des Mannes in Ostafrika scheint tatsächlich sein Nervensystem bedenklich gelitten zu haben. —

Der Begriff „national“.

Was ist national? Mit scharfer Satire antwortet auf diese Frage in ihrer Witznummer vom 31. Dezember die „Kölnische Volkszeitg.“, die bekanntlich früher, als noch das Zentrum sich der kaiserlichen Huld erfreute, selbst manchmal gerne mit dem nichtsfolgenden Begriff „national“ operierte.

„Vergleichen suchen die Freisinnigen,“ schreibt das rheinische Blatt, „dem Publikum dadurch Sand in die Augen zu streuen, daß sie sagen, sie wollten nur den Nachtragetat bewilligen, und sich dann wieder in die oppositionelle Kammerhaust werfen. Dafür wird ihnen die Regierungsmittelfindung nicht gewährt. Sie brauchen nur ein einziges Mal „nein“ zu sagen, dann werden sie nicht mehr die „guten Kinder“ sein. Von der patriotischen Regierungshilfe bis zum Reichsverrat und vaterländischen Gesellen ist heute nur ein Schritt. Am 14. April 1904 rührte der Kanzler, eine Vermerkung v. Kardorff bekräftigend, die „dankenswerte“ Mitarbeit des Zentrums in großen nationalen Fragen; heute wird das Zentrum mit der Sozialdemokratie auf eine Stufe gestellt und noch bitterer bekämpft als diese. Stets in Wandlung ist der Himmelbogen. Die Regierung will nicht dulden, daß eine Partei an ihrer Unschärfe zweifelt und ihr widerspricht. Am 13. Dezember hörte man, die künge Regierung wisse die Chancen eines Krieges besser zu beurteilen, als der dumme Reichstag. Es waren noch keine 14 Tage vergangen,

da war der Beweis erbracht, daß die Regierung sich gründlich verrechnet hatte, aber trotzdem verlangt sie heute ebenso dreist, daß sich der Reichstag ihrem höheren und weiseren Urteile unbedingt unterwerfe. Ja, wenn die Regierung in anderen außerpolitischen Fragen noch den Versäufigungsnachweis erbracht und ihre Klugheit bewiesen hätte! Aber das bestreiten ja gerade jene nationalgesinnten Wähler, die bei den Wahlen als Zentrumshaf mit ihr an einem Stränge ziehen.“

Der Freisinn als reaktionäre Schutztruppe.

Ein prächtiges Beispiel dafür, wie die Freisinnigen die Reaktion — bekämpfen, liefert der Freisinnsmann Abkommen mit den Konservativen in Breslau. Dort haben sich die Freisinnigen für den Wahlkreis Breslau-Ost an die Konservativen verlaufen und dafür der Konservativen Hälfte für Breslau-West eingehandelt. Im letzteren Wahlkreis erhielten bei der vorigen Hauptwahl die Konservativen 8180, die Freisinnigen 6394 und die Antisemiten 188 Stimmen; zusammen 14 982 Stimmen. Dagegen entfielen auf den Kandidaten der Sozialdemokratie 17 545 Stimmen. Es ist also gar kein Gedanke daran, den Freisinnigen das Mandat zu verschaffen. Im Gegenteil werden noch einige Wähler, die früher für den Freisinn gestimmt haben, durch die freisinnige Prostitution für die ausgesprochensten Reaktionäre dem Freisinn den Rücken kehren.

Der erbärmliche Schacher hat aber auch gar nicht den Zweck, den Freisinn zu stärken; die für Breslau-West eingehandelte konservative Hälfte soll nur die wahre Absicht verhehlen. Diese ist, der Sozialdemokratie zugunsten der Konservativen ein Mandat abzugeben! Breslau-Ost soll uns abgenommen werden! Der traurige Anstand wird aber kein anderes Resultat haben, als daß die Schande der Freisinnigen neben deren Ohnmacht aller Welt kund wird.

Auch in Breslau-Ost wird der freisinnig-konservative Block der Reaktion den roten Sieg freilich nicht hindern. Dort brachten wir bei der Hauptwahl 1903 48,6 Proz. aller Stimmen auf, nämlich 14 891 gegen 10 298 Stimmen, die für den konservativen abgegeben worden waren. Der freisinnige Kandidat brachte es auf 5144 und der Kandidat der Antisemiten auf 237 Stimmen. Insgesamt wurden für die gegnerischen Parteien 15 679 Stimmen abgegeben, 848 mehr als der Kandidat der Sozialdemokratie erhielt. In der Stichwahl siegte dieser mit 17 624 Stimmen; der Gegner erhielt 14 911 Stimmen. Diese Zahlen lassen unzweideutig erkennen, daß der ganze Schacher nur den Zweck hat, die Konservativen zu stärken, ohne Gewinnaussicht für den Freisinn.

Das nennt das Freisinnshelmentum: Kampf gegen die Reaktion! Aber die freisinnige Unterwürfigkeit unter das konservative Joch wird diejenigen Elemente, bei denen die freisinnige Demoralisation noch nicht das letzte Restchen von Ehrgefühl und freisinnlichem Streben erstickt hat, in das Lager der Sozialdemokratie treiben, so daß diese siegreich aus dem Kampfe hervorgeht. Der Freisinn mag dann sehen, wie er mit dem Schaden auch noch die Schande trägt! —

Schiffahrtsabgaben.

Die Handelskammer zu Mannheim wendet sich in ihrem sechsten erschienenen Jahresbericht nochmals gegen die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein, da der Handel Mannheims dadurch aufs schwerste getroffen wird.

„Würden doch von der ganzen Summe des durch Rhein- schiffahrtsabgaben auf der Grundlage von durchschnittlich 0,04 Pf. für das Tonnentkilometer einzubringenden Ertrages gegen zwei Drittel mit jährlich weit mehr als einer Million vom Mannheimer Verkehr anzubringen sein. Nach gibt die Kammer die Zuversicht nicht auf, daß der Bundesrat es ablehnen werde, die Hand zu einer offensibaren Verletzung der Reichs- verfassung zu bieten oder dem Reichstage die Wändigung des Artikels 54 des Grundgesetzes vorzuschlagen und damit einen Schritt durch die in fünfzigjährigem Kampfe errungene Befreiung der Strombefahrung von Wasserzöllen zu machen; noch hält sie fest an dem Vertrauen, daß es nicht gelingen werde, die Grundlage der wirtschaftlichen Blüte Bodens und des ganzen Oberrheingebiets, die Rheinschiffahrtsakte und die in ihr feierlich festgelegte Abgabefreiheit der Stromschiffahrt zu getrümmern. Aber die drohende Gefahr sei groß.“

Kolonial-Affektorismus.

Zu diesem heiteren Thema liefert die Stuttgarter Zeitschrift „Der Thürmer“ einige hochkoloniale Beiträge:

„Ein mecklenburgischer Pfortererösa kam nach Windhul. Standesbureau teilte bezuglich nicht seinen Horizont. Ehrlich verdiente er sein Brot als Maurer. Aber er hatte keine Stelle, wo er sein Haupt hinlegen konnte. Auf einem kleinen Hügel beschloß er sich ein Häuschen zu bauen. Vom Tage gehörten ihm nur die brennend heißen Mittagsstunden und die kühlen Mondschleundächte. Beide verbande er zu seinem Hausbau. Es dauerte zwar lange, aber geduldige, jahe Ausdauer brachte das Haus unter Dach. Der Besitzer war stolz auf sein Häuschen. Es war der erste Schritt vorwärts. Doch die Freude dauerte nicht lange. Er wurde bald gezwungen, zwei Schritt zurück zu machen. Er erhielt den Befehl, das Haus abzubauen, weil der Platz zu dem Gebiete des neuen Lazarets gehöre. Bald sah der junge Mecklenburger in einem Felde und hatte Zeit und Ruhe, über den erziellichen Einfluß schändlicher Affektorismus nach-zudenken. Aber dieser lustige Aufenthaltsort war für die Dauer nicht für ihn befähigend. Er bekam einen langen, harten Fieberanfall, der nicht nur seine mühsam errungenen Erparnisse verzehrte, sondern ihn auch an den Rand des Grabes brachte.“

Fast noch charakteristischer für unsere Kolonialbureaukratie ist folgendes Stücklein:

In Ostafrika hatte sich ein Ansiedler einen Wagen aus Europa kommen lassen. Dieser Wagnis ging dem Bezirksamtman aber die Hutshnur. Eine Verfügung verbot kurzerhand das Fahren mit Wagen auf den Stationswegen.

Derartige Beispiele sind nicht bareinzelt. Fühlt sich schon in Deutschland die Bureaukratie nicht als die Dienerin, sondern als die Beherrscherin des Publikums, so noch weit mehr in den Kolonien. Jeder keine Verwaltungsbeamte fählt sich als Pasha, und dieses Spiel wird aller Demburgismus nicht androffen, da es eine ganz natürliche Blüte der halbfeudalen preussischen Zustände ist. —

Geistliche Wahlbeeinflussung

hat einen schärferen Stoß erlitten durch ein Urteil des kaiserlichen Rates von Ufa-Bohringen, dem obersten Verwaltungsgerichte der Reichslande. Dieser hatte sich am letzten Sonnabend mit der feinerzelt von uns gemeldeten Entscheidung des Colmarer Bezirksrates zu beschäftigen, welche die Wahl des Dr. Ricklin zum Bezirksrat für Oberelb für ungültig erklärt. Der kaiserliche Rat bestätigte jetzt dieses Urteil und verworfen dagegen eingelegten Rekurs. In der Begründung der Entscheidung wurde u. a. ausgeführt: Es sei zwar nicht geschriebenes Recht, daß der Beamte mit seiner Amtsanständigkeit nicht in den Wahlkampf eingreifen dürfe, aber es sei geradezu ein Bestandteil des öffentlichen Rechts geworden, daß die Beeinflussung der Wahl durch Staatsbeamte einschließend der im Ehrenamte stehenden Bürgermeister unzulässig sei. Was für die weltlichen Beamten gelte, wende der Bezirksrat mit Recht auf die Geistlichen an, die einer nicht geringeren Einfluß als die Staatsbeamten haben und so sei es unzulässig, wenn der Geistliche in Ausübung seines Amtes, namentlich von der Kanzel herab für eine bestimmte Richtung eintrete. Daß eine

solche unzulässige Beeinflussung durch Geistliche statgefunden hat, erachtet der kaiserliche Rat für erwiesen. (Bekanntlich hatten die Geistlichen mehrerer Orte von der Kanzel herab einen Hirtenbrief des Bischofs von Straßburg, der sich mit den Wahlen im allgemeinen beschäftigt, verlesen und im Anschluß daran zur Wahl des Reichstages Dr. Ricklin aufgefordert.) Bei dieser Sachlage erübrigte sich zu prüfen, ob nicht schon die planmäßige Verteilung des auf die Wahl bezüglichen Hirtenbriefes des Bischofs von Straßburg schon an und für sich die Richtigkeit der Wahl nach sich gezogen hätte.

Den preussischen Staatshaushaltsetat für 1907 beabsichtigt der Finanzminister, wie die „Fok“ zu melden weiß, bereits in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 8. Januar vorzulegen, so daß begründete Hoffnung vorhanden ist, die erste Lesung noch in der Woche bis zum 13. Januar vornehmen zu können. Wahrscheinlich werden dann die Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses etwa bis zum 28. Januar ausfallen. —

Wahllober für Staatsarbeiter.

Wie in Preußen so hat man auch im Reichslande auf den Reichseisenbahnen durch Erlass vom 22. Dezember 1906 den Arbeitern des Betriebs- und Betriebsdienstes und den Hilfskräften des unteren Dienstes Ferien in Aussicht gestellt, wenn sie recht brav sind und sich gut führen. Ein Recht auf Ferien hat man den Arbeitern nicht eingeräumt, sie sind abhängig von der Gnade der höheren Verwaltung und der Willkür der Vorgesetzten. Die Ferien selbst sind so geregelt wie in Preußen. Doch die Eisenbahner, denen man erst im letzten Herbst das Koalitionsrecht geraubt hat, auf diesen Wahllober anbeifhen, erscheint recht zweifelhaft.

Ausland.

Schweden.

Die Proletarierkrankheit.

Die Ende des Jahres 1905 von der schwedischen Regierung ernannte Tuberkulosekommission, welche die Aufgabe hatte, Untersuchungen über die Ausbreitung der Lungenschwindsucht in Schweden zu veranstalten und Vorschläge zur Bekämpfung dieser Volksseuche auszuarbeiten, hat dieser Tage eine Statistik über die Tuberkulose veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß im Jahre 1906 in Schweden 10 067 Menschen an dieser Krankheit gestorben sind, und zwar 2861 in den Städten und 7206 auf dem Lande. Von sämtlichen Todesfällen wurden in den Städten 15 Proz., auf dem Lande 11,4 Proz. durch die Tuberkulose verursacht. Eine drei Monate umfassende Enquete, an der sich 92 Proz. aller Ärzte Schwedens beteiligten, ergab 14 588 Erkrankungsfälle an Lungenschwindsucht. Die Zahl der Lungentranken in Schweden wird auf 30 600 geschätzt. 41,2 Proz. der untersuchten Lungentranken bedürften nach Ansicht der Ärzte der Behandlung in einem Sanatorium, 32,8 Proz. anderer Anstaltsbehandlung und nur 26,2 Proz. konnten, ohne Schwereiden zu verursachen, zu Hause behandelt werden. 64,7 Proz. der Kranken waren mittellos, 37 Proz. hatten ihr Einkommen, aber nur 8,8 Proz. waren wohlhabend.

Es zeigt sich also auch in Schweden, daß die Schwindsucht vor allem eine Krankheit der Armen ist, d. h. deren, die, um ihr Leben freifen zu können, ganz besonders einer guten Gesundheit bedürfen.

Perien.

Die Verfassung ist am Dienstag in der vom Großwesler be- gegleiteten revidierten Form vom Parlament angenommen worden.

Die Verfassung bestimmt, daß der Senat aus 60 Mitgliedern bestehen soll, von denen die Hälfte durch den Schach ernannt wird, während die andere Hälfte aus den Wahlen hervorgeht. — Die Kammer soll aus 192 Mitgliedern bestehen, deren Wahl nach sechs Ständen vorgenommen wird. Die Verfassung ist fons der belgischen Verfassung ähnlich. Hervorzubeben ist, daß Konzeptionen für Handelsverträge, Straßen, Eisenbahnen und Staatsanleihen der Zustimmung der Kammer bedürfen!

Marokko.

Tanger, 2. Januar. (B. G.) Kaiser ist gestern als Gefangener hier eingebracht worden. Er wird beschuldigt, durch Aufrufe an die verschiedenen Stämme den heiligen Krieg gepredigt zu haben.

Madrid, 2. Januar. (B. G.) Nach nunmehr erfolgter Ratifikation der Abte von Algiciras telegraphierte der Ministerpräsident an den Vorsitzenden des schweizerischen Bundesrates, daß der Wahl eines schweizerischen Inspektors für die marokkanische Polizei nichts mehr im Wege stehe und daß die Kompetenz des Gerichtshofes von Lausanne zur Schlichtung aller Konflikte mit der marokkanischen Banl festgelegt sei.

Amerika.

San Francisco, 2. Januar. (B. G.) Der Konflikt mit Japan verschärft sich immer mehr, da auch den japanischen Kindern in Coland der Besuch öffentlicher Schulen unterlozt werden soll. Die Wälder gehen sogar so weit, den Aufruhr zu predigen, falls die Bundesregierung sich mit dem japanfreundlichen Standpunkte Roosevelt solidarisch erklären sollte! —

Die Wahl-Pflicht (auch Wahl-Swang genannt) will die Regierung von Kanada, wie ein Telegramm aus Montreal meldet, durch ein Gesetz einführen, das noch im Laufe dieser Woche eingebracht werden soll.

Eingegangene Druckschriften.

„La Pleuvre Germanique“ („Der germanische Vohg“) [Reise: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“] von Eduard Channet. Verlag: Librairie générale d'éducation, Paris 1907. 300 Seiten. 3,50 Mark.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wlurteile.

Moskau, 2. Januar. (B. Z. W.) Wegen ihrer Beteiligung an den Versammlungen in der Fiedlerschen Schule im Dezember 1905 wurden fünf Personen zu Anstaltshaft von 1½ bis zu 2 Jahren verurteilt, 75 wurden freigesprochen.

Neues Eisenbahnunglück in Amerika.

Topela (Kansas), 2. Januar. (B. Z. W.) In der Nähe von Atavista sind heute morgen auf der Chicago Rock Island Pacific- eisenbahn zwei Personenzüge zusammengestoßen. Nach einem Bericht sollen mehrere Wagen die Wöschung heruntergefallen und in Brand geraten sein, wobei 20 Personen (meist Mexikaner) getötet und ebensowiel verletzt worden seien. Ein anderer Bericht besagt, daß 29 Mexikaner in einem in Brand geratenen Wagen um- gekommen seien.

Topela (Kansas), 2. Januar. (B. Z. W.) Nach amtlicher Fest- stellung sind bei dem heute morgen auf der Chicago Rock Island Pacific Eisenbahn in der Nähe von Atavista erfolgten Zusammenstoß von zwei Personenzügen 35 Personen getötet und 21 verletzt worden. Die Ursache des Unglücks ist ein Versagen eines Telegraphenbeamten, der entfloß, jedoch eingeholt und verhaftet wurde.

Was nützen dem Arbeiter die deutschen Kolonien?

Der Wahlkampf treibt manche sonderbaren Blüten, und wer, von einem türkischen Geschick dazu verdammt ist, die konservativen, liberalen und sonstigen nationalen Flugblätter durchzusehen, die jetzt in Massenmassen zu dem Zweck publiziert werden, um Simpel für die Welt- und Kolonialpolitik einzufangen, den überkommt oft das Gefühl, als befände er sich auf einer großen nationalen Faschings-Redoute. Doch mit welchen lächerlichen Whrasen und Gründen die Parteien des nationalen Blocks auch arbeiten, die höchste Stufe der Einfältigkeit erreichen die Flugblätter der Partei, die nach ihrer eigenen Behauptung die „nach Bildung und Besitz maßgebenden Kreise“ des deutschen Volkes vertritt: der nationalliberalen Partei. Den Beweis dafür liefert folgendes in Berlin massenweise verbreitete Flugblatt:

Arbeiter, Kolonien und Flotte:

Oft wird behauptet, die Kolonien nützen bloß den großen Kaufleuten und Landgesellschaften, aber nicht dem deutschen Arbeiter. Das ist nicht richtig: Der deutsche Arbeiter braucht die Kolonien gerade so nötig.

Denn Arbeitsgelegenheit und Lohn hängt davon ab, wie billig fabriziert werden kann, das heißt, wie billig der Fabrikant die Rohstoffe einkaufen und die Fabrikate verkaufen kann.

Die Preise gewisser Rohstoffe (z. B.: tropische Hölzer, Kupfer, Baumwolle, Wolle, Gummi) schreiben uns jetzt die Amerikaner, Engländer und andere einfach vor; denn sie gewinnen diese Stoffe. Der deutsche Fabrikant muß ihnen dafür zahlen, was sie fordern, sonst bekommt er nichts. Werden die Preise dafür zu hoch, dann bleibt dem deutschen Fabrikanten, der mit dem ausländischen konkurrieren und seine Arbeiter überhaupt weiter beschäftigen will, gar nichts übrig, als daß er die Löhne kürzt. Das tut er wahrhaftig nicht gern und aus Mutwillen, denn er wünscht natürlich selber seine Arbeiter zufrieden. Die Arbeiter streben mit Recht nach besseren Löhnen, und an den Arbeitslöhnen soll nicht gespart werden.

Deshalb müssen wir durchsehen, daß der Fabrikant am Preise der Rohstoffe sparen kann: was er an den Rohstoffpreisen spart, kann den Arbeitslöhnen zugelegt werden.

Nun enthält Südwestafrika Kupfer, auch hatte man gerade eine sehr lohnende Holzguth angefangen, als der Aufstand ausbrach. Deutschsüdwestafrika erzeugt z. B. Baumwolle und Hanf, Kamerun und Togo Baumwolle, Gummi, Tropenhölzer. — Wenn wir diese Dinge aus unseren Kolonien billiger nach Deutschland bringen, so bleibt den Amerikanern, Engländern usw. die gleiche Menge von ihren Vorräten liegen. Infolgedessen müssen sie damit billiger werden. Und je mehr wir Deutschen von jenen Produkten in unseren Kolonien selber gewinnen, um so billiger müssen die Fremden damit werden. Wenn also die deutschen Kolonien gut ausgebaut und entwickelt werden, kann der deutsche Fabrikant an den Einkaufspreisen sparen und dafür seinen Arbeitern lieber den Lohn erhöhen. In einigen Jahren können wir soweit kommen, wenn wir tüchtig an den Kolonien arbeiten.

Eine unerschämtere Spekulation auf die Unwissenheit läßt sich kaum denken. Schon der zweite Absatz enthält einen großen Täuschungsversuch. Lohn und Arbeitsgelegenheit hängen keineswegs davon ab, wie billig fabriziert wird, sondern, wie nachgerade selbst der weise, der nur die allerersten Anfangsgründe der Volkswirtschaftslehre begriffen hat, von dem Angebot und der Nachfrage nach Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt. Und die Nachfrage nach Arbeitskräften hängt wieder von dem Grade der Produktionsstätigkeit ab, von dem Verhältnis des Warenvorrats zu dem Warenbedarf, d. h. von der sogenannten Kaufkraft der in- und ausländischen Märkte. Jeder, der auch nur oberflächlich die Preisbildung in Zeiten guten Geschäftsganges verfolgt hat, weiß, daß gerade in solchen Zeiten nicht billig fabriziert wird, sondern teuer. Die Preise der Rohstoffe, der Maschinen und Hilfsmittel, wie auch der Unternehmerprofit, der Zinsfuß und selbst der durchschnittliche Arbeitslohn steigen in den Perioden der industriellen Aufschwüngen höher und höher; es wird also viel teurer produziert als sonst. Dennoch nimmt die Produktionsstätigkeit einen immer größeren Umfang an, bis schließlich der Bedarf weit überschritten ist, und nun gemäß den schönen Gesetzen der kapitalistischen Wirtschafts-Unordnung der Rückschlag erfolgt: die Krise mit ihren Folgen, dem Lohndruck und der Arbeitslosigkeit.

Noch lächerlicher ist die Behauptung, Deutschland müßte Kolonien haben, damit seine Fabrikanten Hölzer, Kupfer, Baumwolle aus den Kolonien billiger als vom Auslande beziehen und somit ihren Arbeitern höhere Löhne zahlen könnten. Die Preise der von verschiedenen Industrieländern verbrauchten Rohstoffe werden nicht von den Produktionskosten eines einzelnen Produktionsgebietes bestimmt, sondern von den Produktionskosten aller hauptsächlich beteiligten Länder, das heißt derartige Rohstoffe haben einen Weltmarktpreis. Es ist geradezu fomisch anzunehmen, der Pflanzler, der in irgend einer deutschen Kolonie Baumwolle erzeugt, werde nicht den Preis fordern, den er auf den großen Baumwollmärkten, z. B. Liverpool oder Bremen, dafür erhalten kann, sondern er werde großmütig sagen: „Nein, verehrte Käufer, ich nehme nicht den Preis, den ihr zahlen wollt, denn ich habe niedrigere Produktionskosten als die amerikanischen, ägyptischen und ostindischen Pflanzler: ich will nur wenig verdienen und lasse Euch die Baumwolle deshalb um so und so viel billiger.“ Solcher Gemütsmenschen existiert nur in der nationalliberalen Phantastie. Der Pflanzler wird einfach den Preis nehmen, den er kriegen kann, und wenn er nationalliberalen Glaubens-erkenntnisses ist, wird ihm der hohe Profit, den er erzielt, ein Ansporn sein, noch mehr „Verdienst“ aus seinen armen Arbeitern herauszuschinden.

Das Schönste aber ist: die großen Kupfer-, Baumwoll-, Nimmungen usw., die nach der Behauptung des nationalen Flugblattes in den deutschen Kolonien erzeugt sind gar nicht vorhanden; sie sind nur

imaginäre Größen. Allerdings wird in einigen der deutschen Schutzgebiete Baumwolle und Kupfer gewonnen, aber so wenig, daß die erzeugten Mengen dem Weltbedarf gegenüber gar nicht in Betracht kommen. Logo, die vielgerühmte deutsche Baumwollkolonie, führte im Jahre 1905 z. B. nur 1131 Doppelzentner oder ungefähr 460 Ballen Rohbaumwolle aus. Die Gesamtproduktion der Welt betrug aber in den letzten Jahren über 14 Millionen Ballen. Selbst wenn die Produktion Logos in den nächsten Jahren um das Zwanzigfache steigen sollte, würde Logo doch noch lange nicht den 1500sten Teil der Weltproduktion an Baumwolle liefern; und ein solches winziges Quantum soll den Preis der Baumwolle auf den internationalen Märkten bestimmen?

Auch wenn wir von dem Weltmarkt ganz absehen und nur allein den deutschen Markt in Betracht ziehen, spielt die Baumwollproduktion der deutschen Kolonien für unseren Baumwollverbrauch nicht die geringste Rolle. Deutschland hat z. B. im Jahre 1905 rund 4 028 580 Doppelzentner Rohbaumwolle eingeführt. Davon kamen aus:

Ostafrika	2169 Doppelzentner
Logo	834
	3003 Doppelzentner.

Also noch lange nicht der tausendste Teil des deutschen Jahresbedarfs.

Und ebenso steht es mit der Lieferung von Kautschuk und Kupfer. An Kautschuk führte z. B. Deutschland im Jahre 1905 213 930 Doppelzentner ein; davon kamen nur 13 067 aus den deutschen Kolonien. An Kupfer führte Deutschland 1905 1 022 180 Doppelzentner ein; davon kam nichts aus den deutschen Kolonien.

So ist es um die Versorgung Deutschlands mit Rohmaterialien aus seinen Kolonien bestellt — nachdem Deutschland seit 1884 nicht weniger als beinahe 1500 Millionen Mark geopfert hat und viele seiner Söhne in den Sandwüsten und den Fiebergrüften ihren qualvollen Tod gefunden haben. Ein prächtiges Resultat der deutschen Kolonialpolitik!

Auf die Behauptung, daß dann, wenn der Fabrikant an den Einkaufspreisen seiner Rohmaterialien spart, er seinen Arbeitern den Lohn erhöhen kann, näher einzugehen, lohnt sich nicht der Mühe. Kein Arbeiter, der einige Lebenserfahrung hat, glaubt, daß, wenn die Fabrikanten ihre Baumwolle, Hölzer usw. billiger einkaufen vermögen, sie zu den Arbeitern kommen und sagen werden: „Ich will Euch den Vorteil zuteilen und Eure Löhne erhöhen.“ Mit solchen albernen Behauptungen fängt man heute keine Arbeiter für die nationalliberale Interessenspolitik ein. Aber eine andere Stelle des Flugblattes verdient noch Berücksichtigung. Es heißt dort:

Und endlich vermehren unsere Kolonien dem deutschen Arbeiter die Arbeitsgelegenheit.

Denn jetzt werden in unseren Kolonien endlich Eisenbahnen, Straßen und Kleinschiffahrtswege gebaut. Dadurch wird es möglich sein, alle Reichtümer, die in den Kolonien stecken, herauszuholen. Infolgedessen wird an Material für Eisenbahnen, an Wagen und kleinen Koffschiffen mehr gebraucht werden als bisher. Die deutschen Anwerber, die hinausgehen, beziehen ihre Waren aus dem Vaterlande. Die Fabriken müssen also stärker arbeiten. Auf jeden Fall geben die deutschen Kolonien dem deutschen Arbeiter mehr zu verdienen, als er ohne Kolonien verdienen würde. Deshalb muß der deutsche Arbeiter für die Kolonien sein.

Es ist richtig, einen Teil der für die Kolonien ausgegebenen Riesensummen erhält das werktätige Volk zurück; allerdings nur einen bescheidenen Teil, denn das Meiste geht an Gehältern, an Reederprofiten, an Gewinnen der Lieferanten a la Tippelstraße, an Kosten für Transporte, an Fouragebezüge aus der englischen Kapkolonie usw. drauf — und auch den Teil, den die Arbeiterschaft zurückhält, erhält sie nicht umsonst, sondern in der Form von Löhnen für geleistete Arbeit. Die Sache verhält sich genau wie in folgendem Beispiel: einem Tischler werden von jemandem 10 Taler abgemacht; 5 Taler steht dieser jemand zur Ausgabe für andere Dinge in die Tasche, 5 Taler aber gibt er dem Tischler zurück, damit ihm dieser einen Tisch dafür macht. Von diesen 5 Talern gibt der Tischler 3 für Holz und andere Zutaten aus, 2 berechnet er sich für seine Arbeitsleistung. Nach der Ansicht der Verfasser des nationalliberalen Flugblattes ist dies für den Tischler ein ganz vortheilhaftes Geschäft, denn er erhält ja etwas von seinen 10 Talern zurück. Tatsächlich aber kommt der Tischler, wenn er häufig derartige schöne Geschäfte macht, bald auf den Hund. Und wie ihm geht es dem deutschen Volk mit seinen Kolonien!

Und mit solchen albernen Argumenten gedenken die geistigen Leuchten des Nationalliberalismus deutsche Arbeiter für die nationalliberale Profitpolitik einzufangen? Die Serren werden am 25. Januar erkennen, daß sie sich gründlich verpekuliert haben.

Die russische Revolution.

Die Kadetten.

Je näher der Tag der Wahlen rückt, desto größer wird die Unverschämtheit der Kadetten in bezug auf die linksstehenden Parteien, speziell in bezug auf die Sozialdemokratie. Im „Vorwärts“ vom 15. Dezember 1906 haben wir bereits den Standpunkt gekennzeichnet, den das offizielle Organ der kadettischen Partei, die „Kjetsch“, eingenommen hat; bis auf den heutigen Tag machen die Kadetten nun keinerlei Anstalten, diesen Standpunkt zu verlassen. Aus einer ganzen Reihe von Interviews mit ihren Führern, die der „Lowa“ veröffentlicht, klingt als Grundton eine grenzenlose Einbildung und Selbstüberhebung. Hingegen maßlose Ansprüche auf eine führende Stellung nicht nur in der Duma — das ist den Herren Kadetten noch zu wenig —, sondern in der ganzen Freiheitsbewegung Russlands! Hier eine kleine Blütenlese aus dem Garten der partivollitischen Weisheit der Kadetten: „Wir haben uns“, sagt der kadettische General Mikulow, „das Ziel gesetzt, eine Mehrheit in der Duma zu bilden, und der Ausgang der ersten Dumawahlen bürgt uns dafür, daß wir dies Ziel erreichen; mehr denn je haben wir alle Ursache, durchaus selbständig vorzugehen; wir brauchen keine Wahlallianzen.“

Das Schreckenskind der kadettischen Partei, Kobitschew, meint: „Die Kadetten müßten, als die Partei der nationalen Opposition, die gesamte Tätigkeit der Duma leiten; denn ihr Programm sei das Programm der gesamten russischen Opposition.“ Bezüglich der Wahlallianzen findet Kabanow, der Justizminister der Kadetten, wie er so oft genannt wird, „keinen Sinn in der Unter-

stützung von Vertretern derjenigen Parteien, die sich nicht nur grundsätzlich von den Kadetten unterscheiden, sondern benützt sind und auch zweifellos bemüht sein werden, die Verwirklichung der kadettischen Grundsätze zu verhindern.“ Werkwürdigerweise aber ist er in bezug auf rechte Parteien dem Schlage der „friedlichen Erneuerer“ viel duldsamer und friedfertiger; mit ihnen hält er Wahlallianzen zugunsten einiger Persönlichkeiten aus ihrer Mitte für möglich!

Diese Selbstverherrlichung der Kadetten, ihre schmetternden Fanfaren gegen die Sozialdemokratie, ihre kategorische Ablehnung jeglicher Wahlallianzen, ihre Geringschätzung der übrigen Parteien, die sich am besten in den Worten Mikulows ausdrückt: „In Rußland gibt es keine politischen Parteien im wahren Sinne des Wortes außer den Kadetten“ —, hat nicht nur die radikalen Organe wie den „Lowa“ zu scharfem Widerspruch herausgefordert, sondern sogar die so überaus mächtige „Strana“, die doch gewiß über jeden Verdacht der Sozialistenfreundlichkeit erhaben ist, richtet an die Führer der kadettischen Partei die Mahnung, „ihre überflüssige Einbildung, ihre gewagte Ueberschätzung ihrer eigenen Kräfte, ihre künstliche Isolierung von den linken Parteien aufzugeben.“ Eine Niederlage der Kadetten wäre unter den gegebenen Umständen eine Niederlage der ganzen Opposition; die Kadetten müssen einsehen, welche große Verantwortung sie vor der russischen Freiheitsbewegung auf sich nehmen, und müssen daher ihren unangebrachten lokalen Patriotismus aufgeben.

Ausnahmsweise kann man sich diesmal der „Strana“ nur anschließen; sollte infolge der Haltung der Kadetten der Ausschall der Wahlen denjenigen günstig sein, die Rußland beim Gefangener der Gewehrsalben und beim Saufen der Kaganikas regieren möchten, so wird die Verantwortung für den ungeheuren Schaden, der dadurch für die russische Freiheitsbewegung entstehen würde, für die zahllosen Opfer, die von der siegreichen regierenden Kamarilla hingenommen werden, voll und ganz auf das Haupt der Partei fallen, die sich jetzt so stolz „Partei der Volksfreiheit“ nennt. —

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Das Ende des Reichs. Deutschland und Preußen im Zeitalter der großen Revolution. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Preis broschiert 4 M., geb. 5 M.

Unter obigem Titel erscheint in den nächsten Tagen ein auf umfassenden Quellenstudien beruhendes, urkundliches Werk aus der Feder Kurt Eisners. Der Verfasser behandelt den Zusammenbruch des alten Deutschen Reichs und Preußens als eine Episode der französischen Revolution und als ihr deutsches und preussisches Surrogat. Das Werk schildert an der Hand einer reichen Fülle zeitgenössischer Dokumente, durchweg aus Quellen erster Hand, die deutschen und preussischen Entwickelungen und Zustände im Zeitalter der großen Revolution, die sozialen Verhältnisse und die politischen Methoden, die rechtlichen, gesellschaftlichen, militärischen, ökonomischen, literarischen Erscheinungen, die Strömungen der öffentlichen Meinung. Die Schrift zeigt den alten patriarchalischen Fürstentum, wie ihn absolute Monarchie und Feudalismus organisiert hatte, und schildert, wie er durch den ersten Stoß von außen einfiel, wie er nicht die Kraft und Möglichkeit hatte, sich selbst von innen heraus zu erneuern. Die Schrift will einmal den deutschen Arbeiter das dokumentarische Quellenmaterial unmittelbar zugänglich machen, an dem jeder Versuch einer patriotischen Legende zerfällt, und verlegt fernerhin einen Beitrag zu dem geschichtlichen Problem zu geben, wie sich der politische-soziale Ausgleich rücksichtloser nationaler Verbände zur Höhe der allgemeinen Kulturentwicklung vollzieht. Der große wirtschaftliche Weltkampf zwischen England und Frankreich, der Gegensatz der französischen Kontinental- und der englischen Erdmonopolpolitik bildet den Rahmen der Darstellung.

Führer durch das Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichtsgesetz. Zugleich ein Ratgeber in gewerblichen Streitigkeiten. Preis 25 Pf. (mit Porto 26 Pf.) Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Die Zahl der billigen Gesetzesführer, die sich einer steigenden Beliebtheit in Arbeiterkreisen erfreuen, ist um ein Wundchen vermehrt worden. Es ist nicht nur ein sehr eingehender Führer durch die beiden Gesetze, sondern gibt in dem als Anhang beigegebenen Ratgeber dem Rechtsuchenden in gewerblichen Streitigkeiten Belehrung: ob und wie eine Klage mit Erfolg anzustrengen oder eine erfolglose zu unterlassen ist. Am Schluß sind zahlreiche Formulare beigegeben.

Vom Fortschritt der Presse. Der „Lübeker Volksbote“ erschien mit dem 1. Januar in neuem Gewande und in verstärktem Umfange.

Von den Organisationen. Rührige Agitation hat dem Sozialdemokratischen Verein Rürnberg in den letzten beiden Wochen einen Zuwachs von 442 neuen Mitgliedern gebracht.

Ein verdienter Kämpfer, der Genosse Albert Paul hat am Neujahrstage zu Hannover seinen sechzigsten Geburtstag gefeiert. Genosse Paul hat als eifriger Agitator viel für die Gewerkschaftsbewegung und für die Partei gearbeitet. Seit Bestehen des Arbeitersekretariats zu Hannover ist er in seinen Dienst getreten. Mögen ihm noch viele Jahre erfolgreicher Arbeit beschieden sein.

Ein „Witzchen“ der Dernburger. Die „Leipz. Volksztg.“ schreibt: „Freiwillige Zeitung“, „Reichsbote“ und ähnliche Brüder amüsierten sich seit einigen Tagen damit, zu erzählen, die Genossen im Wahlkreis Sorau-Forst hätten den Genossen Wehring als Reichstagskandidaten ausstellen wollen, aber sich dann seinem „intimen Gegner“ Laurenzbrecher zugewandt. Soweit Wehrings Name in diesen „Witz“ gezogen wird, handelt es sich um puren Schwindel. Von einer geplanten Kandidatur Wehrings ist weder in Sorau-Forst noch in Steglitz je etwas bekannt gewesen.

Personalien. Genosse Hans Donath schied am 1. Januar aus der Redaktion des „Volkswillen“ zu Hannover aus, um, wie schon gemeldet, in die Redaktion der „Bremer Bürger-Zeitung“ einzutreten.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Strafskonto der Presse. Wegen Beleidigung eines Gendarmen wurde Genosse Stauer von der „Bremer Bürgerzeitung“ am Jahreschluß zu 60 M. Geldstrafe verurteilt.

Soziales.

Zulässigkeit des Boykotts.

In Anknüpfung an das von uns im Vorlauf am 18. September 1906 veröffentlichte Urteil des Reichsgerichts vom 12. Juli 1906 über die Zulässigkeit des Boykotts gegen Kieler Wäckermeister äußert sich Professor Dr. Pfand (Göttingen), der einen erheblichen Einfluss auf die Gestaltung des Bürgerlichen Gesetzbuches hatte, über die Zulässigkeit des Boykotts in Nr. 1 der „Deutschen Juristen-Zeitung“ folgendermaßen:

„Es handelt sich um folgenden Fall: Die organisierten Wäckermeister eines Bezirkes hatten von den Wäckern günstigere Arbeits-

Bedingungen in verschiedenen Beziehungen verlangt. Die Bäder hatten die Bewilligung dieser Forderungen verweigert. Die Bädergesellschaften traten hierauf in einen Streit ein, und der Streikleiter suchte in öffentlichen Blättern die Verdrängung der Forderungen der Bädereigenen darzutun und bei der Bevölkerung, Badbesuchern nur von denjenigen Bädern und Bädereigenen zu laufen, welche die Forderungen der Bädereigenen bewilligt hätten. Das Gewerkschaftsamt des betr. Bezirkes beschloß, die Forderungen der Bädereigenen zu unterstützen, sprach den Vorschlag über die widersprechenden Meister aus, machte dies öffentlich bekannt und drohte, die organisierten Arbeiter, welche Waren von den bewilligten Bädereigenen entnahmen, zur Rechenschaft zu ziehen. Der Obermeister der Bädereigenen und eine Bädereigenen-Kommission auf Unterlassung der öffentlichen Bekanntmachung des Vorkommnisses und auf Ersatz des dadurch bereits ihnen zugefügten Schadens. Die Klage wurde einerseits auf § 153 der Gewerbeordnung, andererseits auf §§ 823, 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches gestützt. Das Reichsgericht hält in Uebereinstimmung mit den Vorinstanzen die Klage für unbegründet und nimmt insbesondere — was hier allein interessiert — an, daß der Vorkommnis nach den Umständen des Falles hier nicht gegen die guten Sitten verstoße. Bei dieser Entscheidung entsteht zunächst die Frage, ob, wenn eine Unterlassung nicht gegen die guten Sitten verstößt, hieraus folgt, daß auch die Aufforderung zu einer solchen Unterlassung nicht als gegen die guten Sitten verstößend anzusehen ist. Wäre diese Frage zu bejahen, so würde sich schon aus diesem Grunde die Entscheidung des Reichsgerichts rechtfertigen; denn die Unterlassung des Anlaufs des Gewerbebesuchers bei bestimmten Gewerbetreibenden kann, selbst wenn sie in der Absicht erfolgt, den Gewerbetreibenden Schaden zuzufügen, nicht als ein Verstoß gegen die guten Sitten angesehen werden. Diese Frage dürfte aber zu verneinen sein. Vom sittlichen Standpunkt aus besteht ein Unterschied zwischen der bloßen Unterlassung von Handlungen und der positiven Aufforderung zu einer solchen Unterlassung. Die letztere kann, auch wenn die Unterlassung nicht gegen die guten Sitten verstößt, doch einen solchen Verstoß enthalten. Es wird dies dann anzunehmen sein, wenn die Aufforderung aus Rivalen und zu Zwecken erfolgt, die sittlich verwerflich sind. Erfolgt also z. B. die Aufforderung aus Haß gegen die fraglichen Gewerbetreibenden oder, um Rache an ihnen zu nehmen, und verfolgt sie nur den Zweck, ihnen aus diesen Gründen Schaden zuzufügen, so wird hierin ein Verstoß gegen die guten Sitten zu finden sein. Nicht immer aber liegt ein solcher Verstoß in einer Aufforderung der fraglichen Art. Diese kann vielmehr unter Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie des Zweckes, zu welchem sie erfolgt, als sittlich zulässig betrachtet werden müssen. In dem hier in Frage stehenden Falle wird dies von dem Reichsgericht mit Recht angenommen. Die Entwicklung unserer Industrie hat zu einem Klassenkampfe zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern geführt. Dieser Kampf bezweckt, eine den wirtschaftlichen Verhältnissen und der Billigkeit entsprechende Feststellung des Lohnes der Arbeitnehmer und der sonstigen Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Die Erreichung dieses Zweckes liegt im öffentlichen Interesse. Den Beteiligten können daher auch vom sittlichen Standpunkt aus die Mittel nicht verweigert werden, die erforderlich sind, um diesen Kampf zu führen. Allgemein anerkannt wird aus diesem Gesichtspunkte die sittliche Zulässigkeit der Streiks auf Seiten der Arbeitnehmer, der Aussperrung auf Seiten der Arbeitgeber. Anerkannt wird auch die Zulässigkeit der öffentlichen Aufforderung zu diesen Maßnahmen; sie wird um ihres Zweckes willen anerkannt, obwohl die Absicht bei diesen Maßnahmen direkt auf Zuzugung eines Schadens der Arbeitgeber bezogen, der Arbeitnehmer gerichtet ist. Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Entscheidung des Reichsgerichts liegt darin, daß durch sie auch die Zulässigkeit des Boykotts als Kampfmittel in dem Lohnkampf anerkannt wird. Dies dürfte dem sittlichen Bewußtsein sowohl der beteiligten Klassen als auch der unbeteiligten entsprechen. Selbstverständlich ist der Boykott nur insoweit zulässig, als er sich auf die Aufforderung, den Verkauf von Waren zu unterlassen, beschränkt und nicht durch unbillige Androhung von Nachteilen die Willkürbestimmungen zu bestimmen versucht. Mit Recht hat übrigens wohl das Reichsgericht angenommen, daß eine solche unbillige Androhung nicht darin liegt, daß in der Aufforderung des Gewerkschaftsamtlichen den organisierten Arbeitern in Aussicht gestellt sei, daß sie bei Nichtbefolgung der Aufforderung zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Es handelt sich hierbei lediglich um eine innere Vereinbarkeitsbedingung der organisierten Arbeiter, und die Drohung, die durch die Mitgliedschaft begründeten Rechte des Vereins gegen die Mitglieder geltend machen zu wollen, kann nicht als eine unbillige angesehen werden.

Nur eine Bemerkung in der Entscheidung des Reichsgerichts erregt Bedenken. Es wird darin mitgeteilt, daß der Boykott auch nach Beilegung des Streiks fortgesetzt sei. Daraus scheint zu folgen, daß es sich bei der Fortsetzung des Boykotts nicht mehr um den Zweck gehandelt habe, die widersprechenden Arbeitgeber zu der Bewilligung der Forderungen zu bestimmen. Es erhebt sich, welcher andere Zweck mit der Fortsetzung des Boykotts verfolgt wird. Bestände dieser Art, an den Arbeitgebern wegen ihres früheren Widerstrebens Rache zu nehmen, so dürfte dies als sittlich zulässig nicht betrachtet werden können. Auf diese Frage kann indessen hier, da der Totbestand aus der Mitteilung des Urteils nicht genügend erhellt, nicht weiter eingegangen werden.

Die Einschränkung, die Wandel in den Schlussätzen macht, trifft den Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel der Arbeiter nach keiner Richtung; die Arbeiter kämpfen nicht, um Rache anzunehmen, sondern um einen wirtschaftlichen Zweck zu erreichen. Die Bemerkung Wandel trifft aber auf eine Reihe trivialer Ausfäherungen von Arbeitgebern zu; in allen diesen Fällen dürften die Arbeitgeber ebenso wie bei Anwendung schwarzer Listen in vollem Umfang schadenersatzpflichtig sein.

Vollstreckungsstellen müssen Offiziersheimen weichen.

Die Heilanstalt Falkenstein im Taunusgebirge wird ihrem gemeinnützigen Zweck entzogen. Die Falkensteiner Anstalt hatte unter Deitweller einen fast so guten Ruf wie die Brehmer'sche Anstalt in Götterdorsf erwarben.

Die Anstalt gehörte einer Aktiengesellschaft, deren Mitglieder meist Frankfurter reiche Bürger waren. Sie ließen die Anstalt als ein humanes, wohltätiges Institut preisen, sieden selbst aber seit Ende der sechziger Jahre die recht fetten Dividenden ein, ohne an Zurücklegung genügender Mittel für Verbesserungen des Instituts zu denken. Nach Deitweller's Tode (1896) ging die Anstalt erheblich zurück. Vor etwa zwei Jahren tauchte der Plan auf, die Heilanstalt Falkenstein der Stadt Frankfurt a. M. zu verkaufen, die die Anstalt in eine kaiserliche Vollstreckungsanstalt umzuwandeln sollte. Da wurde von einer Clique Wohlhabender aus Frankfurt und dem Taunusreise gegen diesen verhängigen Plan wüthig losgewettert. „Die Gegend würde verheert werden“ und dergleichen schöne humane Einwendungen las man in dem Papeterbombardement, mit dem gegen den Plan einer „kaiserlichen Vollstreckungsanstalt“ losgeschossen wurde. In der Tat fiel der gemeinnützige Plan ins Wasser. Der Landrat des Ober-Taunuskreises ein Herr von Marz, hat den Verwaltungsrat der Aktiengesellschaft Falkenstein durch Hinlegen des Geld der Möglichkeit entzogen, die Falkensteiner Anstalt als Lungenheilanstalt für Kinderhermiten zur Benutzung zu übergeben. Dieser Tage zählte er eine halbe Million zur Erwerbung Falkensteins, das fortan als Kavalierskasernenheim für Offiziere dienen soll. Das Geld ist durch Entlassungen zusammengebracht. So ist die gemeinnützige Idee, eine früher berühmte Lungenheilanstalt in eine kaiserliche Vollstreckungsanstalt umzuwandeln, an der antisozialen Haltung der jetzigen Aktionäre gescheitert. Die Aktionäre, die 1873 die Heilanstalt Falkenstein ins Leben riefen, mögen nicht des Gewinnes wegen für Errichtung einer Heilanstalt in jener Gegend eingetreten sein. Wenden sie jetzt Aktionäre einschließlicher, die auf rund 75 000 Mk. Aktienbesitz zugunsten des Offiziers-Gemeinwohlens verzichteten, wird man nicht die Ansicht haben, daß sie soziale Zwecke zu erfüllen bestrebt waren. Die Anstalt Falken-

stein wurde mit rund 50 000 Talem Kapital im Jahre 1873 errichtet — ihr jetziger Kaufpreis von 600 000 Mark kommt nicht Unbeteiligten und Gefunden, allenfalls an der Strophylotek-Krankheit Leidenden zugute. Man sieht: auch soziale Zwecke können zum „guten Geschäft“ werden, das noch was einbringt.

Gewerkschaftliches.

Viétrys Glück und Ende.

Paris, 31. Dezember. (Eig. Ber.)

Die „Gelben“ haben jetzt böse Tage. Die Enthüllungen des „Matin“ über die Umtriebe der Jesuiten bei der Gründung der gelben Gewerkschaft von Koubaix haben eine Kette von Erklärungen und Berichtigungen nach sich gezogen, die die Leiter der antisozialistischen Organisation immer tiefer compromittieren. Am schlimmsten ist dabei der berühmte Herr Viétrys gefahren, den die koalitierten Ordnungsparteien von Brest zum Deputierten gemacht haben. Der eigentliche Gründer der gelben Gewerkschaften, ein Herr Lenoir, enthüllte, daß sich die Kongregationen seinerzeit angeboten haben, 100 000, selbst 200 000 Fr. jährlich für die Gelben beizusteuern, falls diese mit den Merikalen marschieren wollten. Lenoir will das Angebot zurückgewiesen haben, behauptet aber, daß sich die Pfaffen hernach an seinen ehemaligen Sekretär Viétrys gewendet hätten, den er damals schon wegen seiner Beziehungen zu den Merikalen aus seiner Organisation ausgeschlossen gehabt hätte. Die Viétrys'sche Konkurrenzorganisation ist seither dem Lenoir'schen Verband über den Kopf gewachsen und repräsentiert heute in der Deffentlichkeit das ordnungstreue Gewerkschaftertum. Boher Viétrys Subsidien bezogen hat, geht auch aus zwei Briefen der Firma Motte in Koubaix vom 9. Januar 1902 hervor, die Lenoir gleichfalls veröffentlicht. Der erste, an Lenoir selbst gerichtete, nimmt Bezug auf die gleichzeitige Zusendung einer Tausendfranknote. Der zweite, an Viétrys adressierte, behandelt die Frage, wie man in Koubaix am wirksamsten die Sozialisten bekämpfen könnte.

Viétrys hat nun an den „Matin“ eine Berichtigung geschickt, worin er bestrittet, daß der von Lenoir genannte päpstliche Geheimkammerer ihm Geld angeboten habe. Er fügt hinzu, daß seiner Meinung nach Lenoir selbst ein solches Angebot nicht zurückgewiesen, sondern beseligt angenommen hätte, womit er am Ende nicht Unrecht hat. Die beiden Ehrenmänner haben ja Gelegenheit gehabt, einander gründlich kennen zu lernen. Viétrys macht auch folgendes Geständnis: „Was mich betrifft, so habe ich den Cynismus, öffentlich zu bedauern, daß mir von dem Geistlichen kein Angebot irgend welcher Art gemacht worden ist.“ Herr Viétrys setzt hinzu, daß er Geld für die „Gelben“ von jedem man nehme, ohne nach dem Stand des Gebers zu fragen.

Lenoir hat ein Buch über den Ursprung der gelben Gewerkschaften angekündigt, worin er weitere wichtige Dokumente über die Rolle der Ultramontanen in dieser Bewegung veröffentlicht wird. Schon nach dem bisherigen kann man sagen, daß Viétrys in der Deffentlichkeit ausgespielt hat. Jetzt verstehen auch die anständigen Bürgerlichen, warum die Sozialisten unlängst in der Kammer den jämmerlichen Burschen, dessen Gemeinheit ihnen bekannt war, nicht sprechen lassen wollten. Den Raiven aber, die an die Ehrlichkeit dieser Gesellschaftsleiter glaubten, ist jetzt gar schmerzhaft zumute. Und die Geldgeber des Viétrys werden bald keinen Zweifel mehr darüber hegen können, daß sie ihr Geld umsonst hinausgeworfen haben.

Berlin und Umgegend.

Die ausgesperrten Automobilführer

Hielten am Mittwochmorgen eine starkbesuchte Versammlung im „Englischen Garten“ ab. Der Beschluß, dem Verlangen der Unternehmer Widerstand entgegenzusetzen und auf dem bisherigen Lohnsatz zu beharren, war hochgehalten worden, davon legte die überfüllte Versammlung Zeugnis ab. Der Referent Becker besprach die gegenwärtige Lage und wandte sich scharf gegen die Darlegungen bürgerlicher Blätter, nach welchen die Automobilführer als unerschützlich und habgierig und die Unternehmer als schwer um ihre Existenz ringende Leute hingestellt werden. Das Gegenteil entspreche den wirklichen Tatsachen. Die Arbeiter waren so entgegenkommend, daß sie sich bereit erklärten, drei Monate nach dem 1. Januar, dem Datum der Erhöhung der Löhne, in Verhandlungen mit den Unternehmern über eine neue Lohnregulierung einzutreten zu wollen, falls diese bewiesen könnten, daß der erzielte Gewinn zu gering sei. Die Unternehmer aber wollten es auf eine Rachtprobe antworten lassen und dekretierten eine Reduktion der Löhne bei Erhöhung der Löhne. Ihre Forderungen gehen noch weiter: sie verlangen die Hinterlegung einer Kaution von 30 Mk., um den Führer täglich haftbar zu machen für angerichteten Schaden, und dadurch kommt der Führer in die Zwangslage, für jeden Schaden, ob mit oder ohne eigene Schuld, zahlen zu müssen. Man will ferner einen eigenen Arbeitsnachweis erteilen und damit einen Schlag gegen die Organisationsführer. Schwarze Listen, strafweiser gelegentlicher Ausschluß von der Arbeitsgelegenheit, Benachteiligung der Vertrauensmänner müßten die Folgen eines solchen Arbeitsnachweises sein. Man begünstigt die Lehrschulen, und dagegen muß energisch Front gemacht werden, denn diese Lehrschulen sind oft nur Schwindelinstitute oder Streikbrechererschulen. Die gemachten Versprechungen dieser Institute können nicht erfüllt werden oder nur zum Schaden der organisierten Autoführer. — Die sehr angeregte Diskussion ergab, daß alle zum Widerstand entschlossen waren. Viel erwähnt wurde die Firma Bedag, die ungeheuer viel Neklame machte, aber in der Bekämpfung der Arbeiterforderungen an der Spitze marschierte. Ein Artikel aus dem „Berliner Tageblatt“ wurde unter dem Gelächter der Versammlung vorgelesen. Danach sollte die Firma 500 Autodroschken besitzen und 20 Proz. der Führer sollten die neue Lohnordnung anerkennen haben. Wie bekannt gegeben wurde, hat Bedag nur 120 Wagen, von denen 40 gegenwärtig nicht für den Betrieb fertig sind; die Zahl der Führer ist 186 und nur wenige haben sich der neuen Lohnordnung gefügt. — Die alten Lohnsätze werden von etwa 30 Betrieben weiter bezahlt. Die dort beschäftigten Führer können Legitimationskarten im Verbandsbureau, Schillingstraße 6, erhalten. — Von den Ausgesperrten wird erwartet, daß sie keine persönlichen Unterhandlungen mit den Unternehmern pflegen, sondern sich stets auf ihre Organisation berufen, die allein berechtigt ist, einen Vertrag abzuschließen.

Das Streikkomitee wurden gewählt: Kant, Abraham, Johann Schulze, Spierling, Smilowski, Kettig, Schimmlerpfennig. Kontrollversammlung ist jeden Vormittag bei Augustin, Oranienstraße 103, außer für die Angehörigen von Bedag, die ihr eigenes Lokal haben. — Die Fahrtscheine sind innerhalb drei Tagen nach der Entlassung und Einhandigung der Invalidenkarte bei der Polizei abzuliefern.

In einer Resolution, die zum Schluß angenommen wurde, erklärten die Versammelten, daß sie sich die Lohnreduktion von 30 Proz. nicht gefallen lassen könnten. Es wird darauf hingewiesen, daß die meisten Autoführer nach 8 Jahren ihren Beruf aufgeben müssen, weil er zu anstrengend ist, daß sie hohen Gefahren ausgesetzt sind und daß sich durch Ertrinken und der oft unvermeidlichen Polizeistrafen ihr Lohn verringert, so daß sie gezwungen sind den alten Lohnsatz festhalten zu müssen.

Für die Ausgesperrten macht die Organisationsleitung bekannt, daß das in der Versammlung am 2. d. M. gewählte Komitee bei Augustin, Oranienstraße 103, tags und dort alle auf die Aussperrung bezüglichen Meldungen zu erstatten sind und nur dort ihre Erledigung finden.

Zur Beachtung! Um der Arbeiterchaft ein Mittel zur Kontrolle darüber an die Hand zu geben, ob die Forderungen der Gehilfen bewilligt sind, hat unterzeichneter Verband eine Kontrollkarte eingeführt, welche sichtbar am Spiegel angebracht ist. Die für das erste Halbjahr 1907 geltende neue Karte ist mit dreifachem roten Rande versehen und trägt die Unterschrift Paul Liere.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Wahung, Barbiergehilfen!

Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die vorjährigen Kontrollkarten nicht mehr gültig sind. Die Ausgabe der neuen Kontrollkarte erfolgt täglich in der Zeit von 10—1 Uhr vormittags auf dem Arbeitsnachweis. Dieselbe ist nur gültig, wenn die laufende Woche gestempelt ist. Wie noch besonders zu beachten ist, muß der Hausbesitzer eine Legitimation resp. Vollmacht besitzen, die täglich ausgestellt wird. Der Kollege Schoof, wohnhaft Weinbergstraße 9, nimmt von jetzt ab kein Verbandsgehd mehr an. Verband deutscher Barbiers, Friseur u. Perrückenmachergehilfen Berlins.

Die streikenden Arbeiter der Norddeutschen Eiswerke hielten am Montag in Köpenick eine Versammlung ab. Die Arbeiter fordern eine Lohnreduktion von 35 auf 40 Pfennig pro Stunde, wurden aber mit dieser geringen Forderung abgewiesen. Es haben etwa 300 Mann die Arbeit niedergelegt. Diese Arbeitsniederlegung hat sofort 5—6 Vertreter der Polizei zum Schutze des bedrängten Kapitals auf den Plan gerufen. Zum Schutze der schweren Gefahren bei der Eisarbeit ausgesetzten Arbeiter sah man die Polizei, die etwaigen Unfällen vorbeugte. Die Firma hat die Absicht, die diebstahlige Eisernete eventuell unter Zuhilfenahme ausländischer Arbeiter durchzuführen. Es wird deshalb vor Zugang gewarnt.

Zum Streik in den Niles-Werken berichteten wir in unserer Nummer vom 1. Januar, daß Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und denen der Metallindustriellen stattgefunden hätten. Das ist nicht ganz richtig. Es handelt sich um Verhandlungen mit den Vertretern des Werkes.

Deutsches Reich.

Einen graphischen Industrieverband

regt die neueste Nummer des „Photographischen Mitarbeiter“, des Organs des Photographen-Gehilfen-Verbandes an. Bekanntlich ist diese Forderung keine neue. Schon vor 15 bis 20 Jahren waren die bezüglichen Bestrebungen im Gange, scheiterten aber immer an den gar zu verschiedenen Verhältnissen der einzelnen Organisationen in der graphischen Industrie. Zweifellos ist aber mit der fortschreitenden Entwicklung der Uebergang vom kleinen Spezialbetrieb zum alle Branchen umfassenden Aneinanderreihen immer weiter vorgeschritten. Ob graphische Kartelle allein dieser Entwicklung Rechnung tragen können oder ob nicht ein fester Zusammenschluß notwendig wäre, ist deswegen ein Problem, das wohl einer Diskussion würdig scheint.

Der „Photographische Mitarbeiter“ sagt darüber: „Nehmen wir nun z. B. moderne Betriebe des photomechanischen Verfahrens, so sehen wir, daß hier außer Photographen auch Chemigraphen, Zeichner, Lithographen, Rotenstecher, Formstecher, Zinkgraphen, Steindruckere, Lichtdrucker, Buchdrucker, Buchbinder usw. beschäftigt sind. Auffallen muß uns als Gewerkschaftler, daß all diese in einem Betrieb oder zumeist in einem Betrieb beschäftigt sind in verschiedenen drei, wenn nicht mehr verschiedenen Verbänden organisiert sind. Den in den Betrieben beschäftigten Hilfsarbeitern geht es ebenso; diese sind in einem der mindestens drei oder vier Verbände, die für sie in Frage kommen, organisiert. Bei den gelehrten Arbeitern kommen in Betracht: der Buchdrucker-Verband, Buchbinder-Verband, Verein der Formstecher, Senefelder-Bund, Verband der Rotenstecher, Verband der Photographen und der Deutsche Photographen-Gehilfen-Verband. Bei den Hilfsarbeitern werden folgende Organisationen in Frage kommen: Verband der in Buch- und Steindruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter und der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Aber nicht nur in den photomechanischen Anstalten ist dies der Fall, nein, auch in den Buchdruckereien. Fast jede größere Buchdruckerei hat heute eine Abteilung für Photographie und für photomechanisches Verfahren und beschäftigt dann die zu ihrem Betriebe notwendigen einzelnen Fachleute. Aber auch noch in anderen Betrieben liegen die Verhältnisse ebenso, zum mindesten aber ähnlich. In den rotationsphotographischen Anstalten, wie in den sonstigen photographischen Rosendruckereien von Bromsilber-Plakaten und Karten, Illustrations-Anstalten usw. arbeiten auch die verschiedensten graphischen Berufe zusammen. Ferner sind noch zu erwähnen Betriebe, in welchen die Photographie oder der Buchdruck usw. nicht ausgeübt wird, wo aber Lithographen, Steindruckere, Buchbinder usw., die dort beschäftigt sind, mit in Frage kommen, weil diese zu gegebenem Zeit in derartigen Betrieben wieder in Kondition treten können. Diesen Organisationen wird bekannt sein, daß dann einzelne Angehörige anderer Berufe sich stets mit Ausreden als organisiert ausgeben, und entrüsten tun, wenn man dies nicht glaubt. Sodann aber werden die Organisierten auch wissen, welche Widerwärtigkeiten entstehen, wenn die eine Berufsgruppe eventuell Streitigkeiten mit dem Unternehmer hat; der anderen Berufsgruppe wird dann oft genug indirekte Streitarbeit untergeschoben, und viele ähnliche Punkte ließen sich noch anführen. Auch wissen die Organisierten, daß die Unternehmer gern Berufsangehörige verwandter Berufe herüberziehen, weil diese meist eine dann billigere Arbeitskraft abgeben. Außerdem wissen die Organisierten der verschiedenen Berufsgruppen wohl, wie schwer es hält, die einer anderen Berufsgruppe angehörigen Arbeitsgenossen zu organisieren, da es oft sehr schwer ist, für diese eine unabhängige Organisation zu finden. Wollten wir dies hier bis ins kleinste klarlegen, würde dies wohl zu weit führen. Das Fazit unserer kurz gefassten Betrachtung ist: Wir müssen alle in den graphischen Gewerben tätigen gelehrten Arbeiter in einen graphischen Berufsverband und die Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen in einen graphischen Hilfsarbeiterverband vereinigen. Die Zentralleitung des graphischen Berufsverbandes müßte sich aus Branchen- resp. Berufsvertretern der verschiedenen Berufe zusammensetzen, die in steter Verbindung mit dem Hilfsarbeiterverband resp. dessen Zentralleitung stehen müßten, in im gegebenen Falle gemeinschaftlich zu handeln.“

Das ist alles gewiß sehr richtig, der Zusammenschluß nicht desto weniger aber äußerst schwierig. Ein Hindernis sind in die Beziehung gerade die größeren Organisationen. Sie sind älteren und haben allmählich Einrichtungen aufgebaut, welche Heineken und jüngeren nicht in Handumdrehen schaffen können und die aber die großen selbst zugunsten eines Zusammenschlusses nicht verzichten möchten.

Der „Photographische Mitarbeiter“ sagt denn auch: „Man wird sagen, das geht nicht, das ist Zukunftsmusik! — Wahrscheinlich werden die größeren Verbände sagen, warum soll wir da mittun; wir erreichen, was wir haben wollen. Dem ist nicht so. In allen Betrieben, wo verschiedene Berufsarten vorkommen, weiß man, daß selbst der Angehörige einer sonst un- guten Bedingungen arbeitenden Berufsgruppe die Missetände mitfühlen muß und können diese Missetände nur durch gemeinsames Vorgehen beseitigt werden. Wenn die großen Organisationen im Interesse der Allgemeinheit nicht so abweisend sind, läßt sich davon ein gemachter Vorschlag, wenn auch nicht von heute auf morgen so doch in absehbarer Zeit verwirklichen. Wenn die Arbeiterchaft will, kann sie dies, und wenn die Führerschaft den richtigen Weg zeigt, folgt sie diesem auch. Der Anfang wäre damit zu machen, daß man kleinere Organisationen an ihre Verwandtschaft anschließt, um so schrittweise fortzuschreiten.“ Dieser letztere Vorschlag hat viel für sich, daß man in

großartigen Indiv... sie gewiß ernsthaft... auf ihre eigene... Gruppen natürlich... verglichen können.

Ausland.

Das Ver... der Flussdampfer in Buenos Aires ist in den... Zustand... wodurch der Betrieb in den Häfen von Buenos...

Für den... der Anver... übernahm... die Redaktion... Publikum... gegenüber... feiner... Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 3. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr. Sgl. Opernhaus. Die Walfäre. Anfang 7 Uhr. Sgl. Schauspielhaus. Wallenstein. Lager. Die Piccolomini. Deutsches. Das Wintermärchen. Westen. Cousin Bobby. Vortrag. Regimentstochter. Anfang 8 Uhr. Festung. Der heimliche König. Schiller O. (Schiller-Theater.) Aufführung auf Segen. Schiller-Theater Charlottenburg. Die Räuber. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater). Der Familienstag. Neues Schauspielhaus. Der Helfer. Kleines. Ein idealer Gatte. Berliner. Sherlock Holmes. Komische Oper. Pariser Leben. Neues. Kinder. Zentral. Künstlerblut. Anf. 7 1/2 U. Residenz. Florette und Patapon. Schauspielhaus. Südfarensieber. Deutsch-Amerikanisches. Der Sorgenbrecher. Thalia. Eine lustige Doppelhe. Luiten. Sherlock Holmes. Bernhard Rose. Berliner Bauvögel. Trianon. Wo ist der Papa? Vorher: Die Schloßfellei. Metropol. Der Teufel lacht dazu. Gebr. Herrfeld. Familienstag im Hause Prellstein. Wintergarten. Saharet. Spezialitäten. Apollo. Die schöne Vestalin. Spezialitäten. Casino. Die beiden Champignol. Spezialitäten. Gollies Caprice. Das Modell. Serenissimus August XXVI. Josef Fleischmann. Prater Theater. Robert und Vertram. Vossage. Spezialitäten. Figaro. Der Kavalier. Die Klause. Chlagoer Landwirt. Unterm Bett. Walfäre. Spezialitäten. Karl Soverland. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Säng. Walfäre. Spezialitäten. Urania. Heute Donnerstag, den 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. und Gala-Programm die großartigen neuen Spezialitäten. U. a.: Neu! Die Frères Willé. Zum Schluss zum 14. Male: Die große Schumannsche Ausstattungsphantomie St. Hubertus. Demnächst: Die ?Globe of Life? Mit Irene u. Mr. größte Sensation

Ferdinand Bonn Berlin Theater. Heute und folgende Tage: Anfang 8 Uhr.

Sherlock Holmes Theater des Westens. Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12. Abends 8 Uhr.

Cousin Bobby. Mit Berner a. G. Freitag: Cousin Bobby.

Neues Schauspielhaus. Abends 8 Uhr: Der Helfer. Freitag: Die Hochzeitsjackel.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr: Kinder.

Kleines Theater. Zum 154. Male: Ein idealer Gatte. Anfang 8 Uhr. Freitag u. Sonnabend: Eine tripartite Komödie für feriele Leute.

Komische Oper. Abends 8 Uhr: Pariser Leben. Freitag: Carmen. Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen. Sonntag nachm. 3 Uhr: Carmen. Abends 8 Uhr: Lakmé.

Lortzing-Theater. Bellealliancestr. 7/8. Abends 8 Uhr: Die Regimentstochter. Abonnement gültig. Freitag: Martha.

Zentral-Theater. (Cyclette.) 3 1/2 Uhr: Einmalige Aufführung: Christrosses Weihnachtstraum. Abends 8 Uhr: Künstlerblut.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Donnerstag abends 8 Uhr: Die Hoffnung auf Segen. Schiller-Drama in 4 Bildern von Hermann Jessernans. Freitag, abends 8 Uhr: Doppelselbstmord. Sonnabend, abends 8 Uhr: Mathias Gollinger. Schiller-Theater, Charlottenburg, Blomardstraße, Ecke der Grolmanstr. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Räuber von Friedrich Schiller. Freitag, abends 8 Uhr: Die Räuber. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Minna von Barnhelm.

Buggenhausen Moritzplatz Bockbier-Fest in den Berliner Alpen. Tägl.: Doppel-Konzert. - Eröffnung: 3. Januar.

Zirkus Schumann Heute Donnerstag, den 3. Januar, abends prägnante 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. und Gala-Programm die großartigen neuen Spezialitäten. U. a.: Neu! Die Frères Willé. Zum Schluss zum 14. Male: Die große Schumannsche Ausstattungsphantomie St. Hubertus. Demnächst: Die ?Globe of Life? Mit Irene u. Mr. größte Sensation

Urania. Wissenschaftliches Theater. Im Theater nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen: Tierleben in der Wildnis. 8 Uhr: Die Feuergezeiten der Erde.

Luisen-Theater Reichsbergerstr. 31. Abends 8 Uhr: Sherlock Holmes. Freitag zum erstenmal: Die schöne Ungarin.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Südfarensieber. Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander. Heute und folgende Tage Anfang 8 Uhr: Florette und Patapon. Schwank in 3 Akten v. M. Heinequin und Pierre Deber. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Eine Hochzeitnacht.

BERNHARD ROSE-THEATER Große Kunststr. 133. Täglich abends 8 Uhr: Berliner Bauvögel. Morgen nachm. 4 Uhr bei lebtem Breiten: Große Kinder-Vorstellung: Tausend und eine Nacht.

Metropol-Theater Heute zum 100. Male: Der Teufel lacht dazu. Große Jahrorevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollander. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Massary, Wolf, Bender, Giampietro, Josephi. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gest. Morgen und die folgenden Tage: Der Teufel lacht dazu. Sonnabend, den 3. Januar 1907: I. jr. Metropol-Theater-Ball. Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 3 Uhr: Auf in's Metropol. Abends 8 Uhr: Der Teufel lacht dazu.

Deutsch-Amerikanisches THEATER. Köpenickerstr. 67/68. Heute und den Abend 8 Uhr: Gastsp. Ad. Philipp. Der große Lacherfolg: Der Sorgenbrecher. Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: „Ueber'n großen Teich.“

Reichshallen-Theater. Stettiner Säng. Zum Schluss: Neu! Christmarkt. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Stadt-Theater Moabit Alt-Moabit 47/49. Gastspiel Bernhard Rose-Theater: Almerausch u. Edelweiß. Vollständ mit Gesang in 9 Bildern. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Spielplanverlauf bei Krüger & Oberbeck, Turm- u. Benzelstr. 10/11 (jetzt im Restaurant d. Stadt-Theaters).

Kasino-Theater Lothringergstr. 37. Täglich 8 Uhr. Bis Freitag, den 4. Januar: Die beiden Champignol. Sonnabend, den 5. Januar: Zum erstenmal: Ledige Leute. Sonntag 4 Uhr: Die beiden Champignol.

Stettiner Säng. Zum Schluss: Neu! Christmarkt. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Stettiner Säng. Zum Schluss: Neu! Christmarkt. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Stettiner Säng. Zum Schluss: Neu! Christmarkt. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Stettiner Säng. Zum Schluss: Neu! Christmarkt. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Aires und Rosario zum großen Teil lahengelegt ist. Die Rasch-nisten und Heizer in Casablanca und Parma drohen, sich der Bewegung anzuschließen.

Der Straßenbahnbetrieb in Kopenhagen ruht seit gestern vollständig, da die angebahnten Verhandlungen zwischen der Direktion und den Angestellten gescheitert sind.

Die dänische Arbeitgebervereinigung möchte der Straßenbahn-gesellschaft zu Hilfe kommen und bezieht auf den 9. Januar eine außer-ordentliche Generalsammlung ein mit der Tagesordnung, der Haupt-sache die Durchführung einer Aussperrung in einem Umfange, wie sie nötig ist, um den Kopenhagener Straßenbahnerstreik zum Abschluss zu bringen, vorzuschlagen.

Singer Nähmaschinen. Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung! Weltausstellung Paris 1900: Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904. Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunstnäherie. Effizienteste für Nähmaschinenbetrieb. Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen

WINTERGARTEN SAHARET. Otto Reutter Kaufmann-Truppe, weibl. Radfahrer. Ein Ballabend in Paris, Ballet, ausgef. von der Tiller-Truppe, London. Johnson und Dean, Mulatton-Gigerin. Die 3 Schwestern Kloess, Gymnastische Produktionen. Howard und Harris, Amerikanische Excentrics. Anicotti und gedankenlesender Hund Pila. Paul Cinqvevalli, Jongleur. Fioretta's Luftballet. Der Biograph. Ende 11 Uhr

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn Gustav Witteck im 26. Lebensjahr verstorben ist. Dies zeigt nebstbetriht an Friedrich Noack Dragonerstr. 34/35. Die Beerdigung findet morgen Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Hirtenstr. 6 aus nach dem Bartholomäus-Kirchhof, Falkenbergstraße, statt.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Nachruf! Am Sonntag, den 30. Dezember, starb nach langer Krankheit unser Mitglied Samuel Spulanski. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Zahlstelle Berlin! 197/1 3. A.: Die Ortsverwaltung.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranz-spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Gross- und Schwelgeraters, des Hütters Julius Nöftzky sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie den Kollegen, insbesondere dem Gesangsverein der Vater, (sein erhabender Gesang am Grabe war uns ein Trost im großen Schmerz), unseren herzlichsten Dank! Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Dankfagung. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Möhrleers Erich Tiedtke, sage ich allen Verwandten, Bekannten, Kollegen und Genossen meinen herzlichsten Dank. Die trauernde Witwe Ida Tiedtke geb. Bretschneider.

Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Wo ist der Papa? Vorher: Die Schloßfellei. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Hand-freund.

Gustav Behrens Theater. Berlin O., Frankfurter Allee 85. In dem großartigen Weihnachtsstück Das Wiedersehen nach 30 Jahren. Direktor Gustav Behrens als Hamburger Schiffskapitän. Außer dem 22 Nummern.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16 Welt-Ausstellungs-Biograph-(St. Louis) Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten- Progr. Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder. Den ganzen Tag Vorstellung.

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse Täglich 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Der Riesen-Januar-Spielplan. U. a.: The Romcos, Japan. U. 4 Silbersterne, Potpourri. Geschieden. Schwank in 1 Akt. 12 erstklassige Nummern! Familienarten, zum halben Preispreis gültig, in allen Parkier-Preiseur- u. Zigarrengeschäften gratis.

Colosseum Dresdenerstr. 97. 12 erstklassige Schlager 12 Sonettjaal: Wiener Schrammeln.

Sanssouci Stübchenstr. 4a. Direktion Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Nordd. Säng. Große Elite-Soiree und Tanz-Kränzchen. Sonntag, 8. u. Montag, 9. u. 10. Nächsten Dienstag: Theater-Abend.

F. Kalman, Kürschnerstr. 75. Dresdenerstraße 75 vorn II, 2. Haus v. Thalia-Theater. Verk. auch Sonntags, u. Wochentags v. 8 Uhr früh bis 9 Uhr abds. * Verleih-Institut: Friedrichstr. 115 I, a. Orabg. Tor. Gey. Acad. Gehrod 1,50, Dose 1,00, Beste 50 Pf.

Prater-Theater Kaffienstr. 7-9. Mittwoch, den 3. Januar 1907: Muttersegen. Anfang 8 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater Schönhauser Allee 148. Jeden Sonntag und Donnerstag: Konzert, Theater, Spezialitäten. Jedes erstklassige Künstlerfolge. Nach der Vorstellung: Gr. Tanz. Tanzleitung: B. Sachs. Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Stollas, Kolliers, Krawatten, Muffen in Herz, Skunks, Persischer, Biber, Luchs, Nutria, Iltis, Marder, Weißfuchs, Japanische Füchse, Opussum, Tibet, alle Arten Bism, sow. all. sonst. Polzwar a. best. Material Streng reell. Nur eig. Fabrikat. Kein Zwischenhändler, daher sehr billig.

Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises. Todes-Anzeige. Am 31. v. M. verstarb unser Mitglied, der Stanzler Felix Reddmann Logenstr. 4. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause am neuen Razareth-Kirchhof in Reindendorfer (Weg), Berlinstraße, statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter Felix Reddmann verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. Januar 07, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Logenstr. 4 aus nach dem Razareth-Kirchhof Reindendorfer-Weg statt. Zahlreichen Besuch erwartet 64/1 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Valentin Fischer gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rasohl-Kirchhofes in Nigsdorf, Hermannstraße, aus statt. 110/2 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Richard Paul gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/3 Die Ortsverwaltung.

II. Wahlkreis.

Donnerstag, den 3. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr, in Kliems Fest-
sälen, Hasenheide 13/15,
Freitag, den 4. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr, im „Königshof“,
Bülowstraße 37:

Volksgesammlungen.

Tages-Ordnung: 288/1*
1. Die Reichstagswahl. Referent: Der Kandidat des Kreises R. Fischer.
2. Freie Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwartet Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

3. Wahlkreis.

Donnerstag, den 3. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Dresdener Kasino“, Dresdenerstr. 96:
Öffentliche

Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die Bedeutung des bevorstehenden Wahlkampfes.
Referent: Genosse Herm. Molkenbühr.
Freie Aussprache. 240/1*

Zahlreichen Besuch erwartet Der Einberufer.

Genossinnen! IV. Wahlkreis. Genossen!

Donnerstag, den 3. Januar 1907, abends 8 Uhr:

2 Volksgesammlungen

Für den Osten: bei Dreuer, Große Frankfurterstr. 117 (früher Mohrmann).
Referent: Genosse Düwel.
Für den Südosten: in der Urania, Brangelstraße 9-10.
Referentin: Genossin Martha Tich.

Tages-Ordnung:
1. Frauen, hinein in den Wahlkampf! 2. Diskussion. 1/14

Um zahlreichen Besuch ersucht Die Vertrauensperson.

V. Wahlkreis!

Donnerstag, den 3. Januar 1907, abends 8 Uhr:

Öffentl. Wähler-Versammlung

im „Schweizer Garten“, Königstor.

Tages-Ordnung:

1. Der Wahlkampf und die Parteien.

Referent: Der bisherige Vertreter des Kreises Robert Schmidt.
2. Freie Diskussion.
Alle Wähler sind eingeladen. Die Genossen sind zu pünktlichem und zahlreichem Erscheinen verpflichtet.

Das Wahlbureau des 5. Kreises befindet sich:

Sophienstr. 6 bei Münzer. — Amt III, 8367.

245/1* Der Vorstand.

6. Wahlkreis.

8 öffentl. Wahlversammlungen

am Donnerstag, den 3. Januar, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen:

Ballenschmieder, Badstraße 16. — Marienbad, Badstraße 35/36.

Kensel, Invalidenstraße 1a.

Schmidts Gesellschaftshaus, Gartenstraße 6.

Bock-Brauerei (früher Norddeutsche Brauerei), Chausseestraße 58.

Sachon, Müllerstraße 136. — Artushof, Perlebergerstraße 26.

Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestraße 24.

Tagesordnung:

„Unsere Reichstagswahl.“

Referenten sind die Genossen: Dittmer, Freiwaldt, Kohlenzer,
Zedehour, Link, Ritter, Rössel, Weyl.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

246/1* Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Deutsch. Holzarbeiterverband.

Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

Vertrauensmänner-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Branchen.

Jede Werkstätte entsende Delegierte.

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch nebst Karte.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Freitag, den 4. Januar 1907, abends 8 Uhr:

Öffentl. Wählerversammlung

in der „Neuen Welt“, Hasenheide.

Tages-Ordnung:

„Volksherrschaft oder persönliches Regiment?“

Referent: Fritz Zubeil.

Die Wähler sämtlicher Parteien sind hierdurch eingeladen. — Freie Diskussion.
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Achtung! Achtung!

Reichstagswähler der Kreise Stettin und Randow-Greifenhagen!

Donnerstag, den 3. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale von Fritz Wilke, Brunnen-Straße Nr. 188:

Versammlung

aller zurzeit in Berlin arbeitenden Bauhandwerker, welche noch ihren
Wohnsitz in Stettin oder Randow-Greifenhagen haben.

Tages-Ordnung:

1. Wo wählen wir? Referent: Genosse Alwin Körsten. 2. Diskussion. 285/1*

Diejenigen Genossen, welche mit Arbeitern aus dieser Gegend zusammenarbeiten, werden
ersucht, diese auf die Versammlung aufmerksam zu machen.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 6. Januar 1907, im großen Saale des
Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Vortrag des Schriftstellers über: Erziehungsideale
und wirtschaftliche Entwicklung.

Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Anfang 7 Uhr. — Eintritt 20 Pf. — Garderobe frei.

Prosit Neujahr 1907!

Prosit Neujahr! Neunzehnhundertseben!
Auf meiner Rundschau ist entgegen.
Wie Dank, daß Ihr mir treu geblieben.
Zum neuen Jahr viel Glück und Segen!
Es mög' das neue Jahr Euch bringen
Gesundheit, Glück und Fröhlichkeit,
zu allem Das ein gut Gelingen
und gute Laune jederzeit!
Ich aber will auch ferner streben,
wie immer ich's bis jetzt getan,
das Allerbeste nur zu geben.
Doch armen wie dem reichen Mann!
Mein Wohlwille sei: „zu billigem Preise
Stets liefern eine gute Ware.“ —
Drum ruf' nach alter deutscher Weise
Ich noch einmal: „Prosit neues Jahr!“

Hanke's Brotbäckereien

Inhaber PAUL HANKE Inhaber

liefern das größte, im Geschmack vorzüglichste

Roggenbrot

welches sich seit Jahren in Berlin einen Ruf erworben hat. Hausfrauen,
denen es darum zu tun ist, ein wirklich gutes, kräftiges u. großes

Roggenbrot

in Ihrem Haushalt zu führen, sollten nicht verjähmen, einen Versuch mit

Paul Hanke's Roggenbrot

zu machen; sie werden beim einmaligen Versuch dauernd zu meiner

Rundschau ziehen und beständige Gesandnisse am Bäckereibetrieb haben.

Paul Hanke's Brotbäckereien befinden

sich in allen Stadtteilen Berlin's

Spezialität reines Roggenbrot Spezialität

Centrum: H. Schönhauserstr. 39-40 Vrenzlauerstr. 43	Nord-Osten: Weberstr. 25 Neue Anhalterstr. 82 Gr. Frankfurterstr. 39 Ballhofstr. 3 Zülfertstr. 91	Stallfeldstr. 33a. Süd-Osten: Alexandrinenstr. 116 Lindenstr. 84
Nord: Anhalterstr. 156 Weinbergweg 7 Anhalterstr. 23 Sohnmündenerstr. 114 Müllerstr. 106a Reinickendorferstr. 25 Dahlendorferstr. 15 Reinickendorferstr. 36 Hingens-Allee 10 Fuldastr. 21 Brunnenstr. 119	Osten: Gorndorferstr. 2 Liebigstr. 8 Süd-Osten: Röpenickerstr. 28 Faldenfeinstr. 8	Westen: Kollenderstr. 40 Courthofstr. 19 Linsbächerstr. 28 Nord-Westen: Wilsanderstr. 33. Sandellstr. 36 Erdbeerstr. 15 Waldr. 17 Hofdorferstr. 18 Geytomsdörferstr. 12

Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten!

Meinen werten Genossen, Freunden
und Bekannten wünsche ein frohes
und gelundes Neujahr. 25302
August Tierich,
Gastwirtschaft Neuer Krug,
Rixdorf, Hermannstr. 152.

Allen Freunden und Bekannten,
sowie meiner werten Rundschau
sende
den herzlichsten Glückwunsch
zum neuen Jahr!
L. Krasemann.

Ein fröhliches neues Jahr
wünscht allen Freunden, Bekannten,
Genossen und Vereinen
Oskar Prell, Rosenstr. 24,
Rixdorf, d. I. 2. 07. 257/2

Prosit Neujahr
alle lieben Geschäftsfreunden.
Max Pierib,
Schroderstr. 13.

Allen meinen Kunden, Freunden
und Bekannten ein frohes neues Jahr.

Karl Rausch,

25322 Friseur,
27 Wallerstr. 27, Ecke Grenz-Allee.

Meinen werten Gästen, Freunden
und Bekannten wünsche ein ver-
gnügtes neues Jahr. 25312

Otto Heickaus u. Frau.

Karls Garten.

Allen unseren Freunden und Bekannten
ein gelundes, frohes, neues Jahr
wünschen

Jos. Kaiserich u. Frau

Adlerhof, Bismarckstraße 47.

Gegründet 1884.

Pelzwaren- Fabrik

S. Schlesinger
Neue 4/9*

Königsstr. 21 II
(Ordnungshaus).

Einzel-Verkauf

wie alljährlich nach
besonderer Engros-
Saison.

Pelz-Stolas

Muffen,

Pelzhüte,

schick garniert, federleicht,
zu tabelhaft billigen Preisen.

Sonntags geöffnet.

!!! Wurst !!!

Landwiesbelleberrwurst 1/2 0,60
Frankfurter Rindfleischwurst 1,-
Thüringer Rohwurst 0,55
Brettlische Rohwurst 0,75
Sommerliche Schinkenwurst 1,15
Goldene Schinken, Danern 1,20
Dell-Schinken 1,2 (2-3 Stk.) 1,25
Schinken-Pil. 1,4 (2-3 Stk.) 1,20
weisslicher: ganz mager 1,25
Sommerliche Gänsebrüste 1,50
Lampel hier, Schmalz, Fett 0,80

Joh. Stripling, Fleischwaren-
Großhandlung.

Köpenickerstr. 150/51.

2. Invalidenstr. 147 (Bergr.). 3. Brun-
nenstr. 195 (a. d. Halle). 4. Friedrich-
straße 21 (a. d. Halle). 5. Kottbuser-
Damm 43 (Hermannplatz).

Andreas-Garten,
Andreasstraße 26.

Bringe meine freundlichen Lokalitäten,
schönen Saal zu Versammlungen
sowie Festlichkeiten jeder Art in
empfehlende Erinnerung. Vorzügliche
Küche, ff. Bier. Gute saubere Ueber-
nachtung. Mittagsstisch von 60 Pf.
an mit Bier. Achtungsvoll

24722* **F. Merkowski.**

Volks-Museum

Friedrichstr. 112a. Nähe Oranienh. Tor.
Anatomie, Pathologie, Samariterlehre

2 Vorstellungen in wöchentlichen
Neuhallen ohne Extra-Entree.

Lichtbilder-Vorträge. Illusionstheat.
Vorführungen halbstündlich.

Wählerlisten liegen nur noch bis 4. Januar aus!

Benutzt die kurze Zeit zur Einsichtnahme!

Sichert Euch Euer Wahlrecht!

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

rote Wahlen in Berlin.

Zweiter Wahlkreis.

Im zweiten Berliner Wahlkreis haben unsere Genossen noch ein tüchtiges Stück Arbeit zu leisten, wenn der Kreis zu einer der sicheren roten Domänen gemacht werden soll. Der Kreis wurde 1899 (Nachwahl) zum ersten Male in der Hauptwahl erobert und zwar mit 24 320 = 51,63 Proz. der abgegebenen gültigen Stimmen. 1903 blieb die Sozialdemokratie wiederum gleich in der Hauptwahl Siegerin. Die Zahl der für Genossen Fischer abgegebenen Stimmen belief sich auf 34 995; das waren 55,59 Proz. der abgegebenen gültigen Stimmen und 43,07 Proz. der Wahlberechtigten.

Es bedarf also immerhin noch einer kräftigen Anstrengung, um bei der Hungertwahl am 25. Januar 1907 die Majorität der Wahlberechtigten für uns an die Urne zu bringen. Bereits im Jahre 1893 wurde der Kreis in der Stichwahl erobert, mit 29 359 Stimmen gegen 19 847 Stimmen, die für den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei, Dr. Birchow, abgegeben wurden. Bei der Wahl 1898 ging der Kreis aber wieder verloren; in der Stichwahl brachte es die Freisinnige Volkspartei auf 28 562 Stimmen, während für uns nur 25 547 Stimmen abgegeben wurden. Mit einem Plus von 15 Stimmen hatte der Gegner gesiegt. In der Hauptwahl hatte dieser es auf nur 29,5 Proz. der abgegebenen Stimmen gebracht; für Genossen Fischer hatten 48,0 Proz. der Wähler gestimmt. Aber nicht sehr lange erfreuten die Freisinnigen sich des Sieges. Der im Jahre 1898 gewählte Freisinnige Kreistag legte am 8. Februar 1899 das Mandat, dessen Ungültigkeitserklärung in Aussicht stand, nieder. Bei der am 11. April 1899 stattgefundenen Ersatzwahl blieb Kreistag um 6578 Stimmen hinter unserem Genossen Fischer zurück. Insgesamt waren nur 47 193 Stimmen abgegeben bei 76 727 Wahlberechtigten.

Die Vertreter des Kreises waren der Reihe nach: 1871 Freiherr v. Hoberbeck (Fortschrittspartei), 1871 (Nachwahl), 1874, 1877, 1878 Klotz (Fortschrittspartei), 1878 (Nachwahl) Hoffmann (Fortschrittspartei), 1880 (Nachwahl), 1881, 1884, 1887, 1890 Dr. Birchow (Fortschrittspartei), 1893 Fischer (Sozialdemokrat), 1898 Kreistag (Freisinnige Volkspartei), 1899 (Nachwahl), 1903 Fischer, Sozialdemokrat.

Die Zahl der Wahlberechtigten und der abgegebenen Stimmen veranschaulicht folgende Tabelle:

Jahr	Wahlberechtigte	Abgegebene gültige Stimmen absolut i. Proz.	Jahr	Wahlberechtigte	Abgegebene gültige Stimmen absolut i. Proz.
1884	56 983	88 889 65,6	1898	75 847	59 987 77,8
"	"	89 047 70,3	"	"	49 206 66,0
1887	65 155	60 910 78,4	1898	76 727	54 684 71,4
"	"	48 694 74,9	"	"	57 109 74,3
1890	72 078	58 208 74,0	1899	"	47 193 61,6
"	"	48 940 66,0	1903	81 245	62 954 77,7

*) Stichwahl.

Von den in der Hauptwahl abgegebenen Stimmen entfielen in Prozenten auf den Kandidaten der Sozialdemokratie:

1871: 2,15 — 1874: 15,42 — 1877: 27,04 — 1878: 26,30 — 1881: 9,51 — 1884: 23,87 — 1887: 28,97 — 1890: 38,01 — 1893: 45,69 — 1898: 48,04 — 1903: 55,59.

Also auch hier bei der Wahl 1881 ein Rückschlag. Aber bereits im Jahre 1884 war die Scharte wieder ausgewegt, und dann ging es mit Sturmeschritten vorwärts; noch ein scharfer Vorstoß, und über 50 Proz. der Wahlberechtigten bekunden bei der Hauptwahl ihre „Zufriedenheit“ mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch Abgabe eines roten Stimmzettels. Aber es bedarf intensiver Arbeit, um das Resultat zu erzielen; kein Mann darf von der Urne fernbleiben!

Die Verschiebungen in der Parteistärke werden in der folgenden Zusammenstellung, welche die für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen wiedergibt, illustriert:

Jahr	Hauptwahl			Stichwahl		
	Sozialdemokratie	Fortschrittspartei	Konservative	Sozialdemokratie	Freisinn	Konservative
1871	160	6 123	1 574	300	—	—
1874	—	3 743	1 055	152	—	—
1878	1 143	4 984	998	144	—	—
1877	3 088	5 905	4 305	595	11 432	5 029
1878	7 583	15 730	5 020	406	—	—
1878*	7 474	14 143	3 063	—	—	—
1880**	2 839	8 348	1 898	—	—	—
1881	9 159	16 085	11 027	142	—	—
1884	9 282	16 707	12 535	211	23 797	15 850
1887	14 751	16 534	19 513	—	27 541	21 153
1890	20 225	18 245	14 163	397	23 981	24 965
1893	26 007	14 544	13 218	556	29 359	19 847
1898	29 289	10 127	11 889	765	28 547	28 562
1899*	24 320	17 442	5 297	—	—	—
1903	34 995	16 084	10 603	1059	—	—

* Nachwahl. ** Seit 1881 nur Zentrum.

Die rechts stehenden Parteien haben es unter den verschiedensten Namen und mit den verschiedensten Kandidaten versucht, den Kreis in die Hände zu bekommen, vergeblich. Der eine Kandidat feigte unter konservativer, der andere unter nationalliberaler, ein dritter unter reichsparteilicher Flagge usw. Nicht einmal mit dem unerschrockensten Sticker ließen sich die Wähler vor den konservativen Wagen spannen. Weil im Jahre 1890 die Sozialdemokratie zum ersten Male in die Stichwahl gelangt war, glaubte man bei der Wahl 1893 sich zwei Kandidaturen leisten zu können. Als konservativer Vaterlandsredner kandidierte Wagner, als nationalliberaler Kandidat versuchte Henneberg sein Glück. Hätte man das Experiment nicht gemacht, dann wäre möglicherweise der Freisinn für die Stichwahl ausgefallen, denn Wagner und Henneberg erzielten zusammen 16 274 Stimmen, während

der Kandidat der Freisinnigen Dr. Birchow es nur auf 14 544 brachte.

Seit jener Zeit hat der Freisinn sich mehr nach rechts entwickelt, die Nationalliberalen schwenkten zu ihm ab. Trotzdem geht es mit der Stärke der freisinnig-nationalliberalen Gruppe rapid bergab; es ist nicht ausgeschlossen, daß sie bald von den Konservativen überholt wird. Die Wähler verlieren immer mehr das Vertrauen zu den politischen Reichtieren. Man will von den Laubbäumen, die heute mit der oppositionellen Löwenhaut sich drapieren, um morgen als Regierungsdiesel Extraktoren auf dem Eise aufzuführen und dabei für die Lanzmeister Cälow-Dernburg Hals und Beine brechen, nichts mehr wissen.

Ein wirklich erfreuliches Bild bietet dagegen die erste Zahlenreihe. Wie einem Naturgesetz folgend, schwankt die Zahl der roten Wähler an. Einer Keineswegs Decente in den Jahren 1890 und 1881 folgte bald wieder der sichere Vormarsch. Immer näher rücken wir der feindlichen Festung. 1890 wird der erste Wall genommen; der Feind behauptet aber seine Position noch. 1893 stürmen die roten Kämpfer die letzte Mauer. Die Gegner raffen 1898 zu verzweifeltstem Widerstand sich auf. Es gelingt auch noch für einmal die Siegeschar zurückzudrängen. Aber nur auf kurze Zeit. Bald brechen die Siegetroher wieder hervor und im ersten neuen Ringen wird die Festung gewonnen, der Feind hinausgeworfen. Der Versuch der Gegner, den verlorenen Posten im Jahre 1903 zurückzuerobern, zeigt nur deren Schwäche; mit glänzender Bravour schlagen die roten Kämpfer den feindlichen Kusturm ab. Immerhin sollen die Genossen den Wahlausfall im Jahre 1898 nicht vergessen, stets sich vor Augen halten, daß eine über angebrachte Siegesfeier böse Folgen haben kann. Der 25. Januar 1907 muß zeigen, daß wir im zweiten Wahlkreis unsere Position noch weiter gefestigt haben, er muß den Feinden beweisen, daß jede Aussicht, die rote Festung zurückzuerobern, ausgeschlossen ist. Nicht nur die Position behaupten wollen wir, sondern eine lustige, scharfe Attacke auf den Feind unternehmen, ihn aufreiben, zermürben.

Die Tore auf, gesprengt die feindlichen Reihen!

Kreis Teltow.

Die Landwirter Genossen hatten am Sonnabend die erste öffentliche Wählerversammlung einberufen, und trotzdem an demselben Abend in Groß-Lichterfelde zwei stark besuchte Versammlungen stattfanden, erfreute sich diese Versammlung eines guten Besuches. Der Referent, Genosse Dr. Chajes, entledigte sich seiner Aufgabe in trefflicher Weise und erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall.

Durch Hauslisten haben am Sonntag die Genossen die Reichstagswähler festzustellen versucht und konnten dadurch über 1000 Wähler mit den amtlichen Listen vergleichen. Pantwig hat 1780 eingeschriebene Wähler.

In Jossen nahm am Sonntag eine Volksversammlung zu den bevorstehenden Wahlen Stellung. Das Referat hatte Genosse Robert-Charlottenburg übernommen, der in trefflicher Weise die verbrecherische Kolonialpolitik kennzeichnete. Das Verhalten des Freisinn, als dem Schildknappen der kulturwidrigen Politik der Regierung, fand die schärfste Verurteilung des Redners. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag forderte Genosse Saube zu reger Agitation auf. Am 16. Januar wird der Kandidat des Kreises, Genosse Jubel in einer Wählerversammlung referieren.

In Krausnick fand seit 13 Jahren am Sonntag die erste öffentliche Versammlung statt. Diese lange Zeit haben die dortigen Sozialbesitzer der Arbeiterschaft ihre Lokalitäten zu politischen Zwecken vorenthalten. Dem neugegründeten Wahlverein ist es gelungen, das Ottoische Lokal freizumachen. Das Referat hielt der Kandidat, Genosse Jubel, der auch hier ein getreues Bild von der gegenwärtigen politischen Situation entwarf. Zum Schluß nahm die gut besuchte Versammlung folgende Resolution an:

„Die heute am 30. Dezember 1906 tagende Volksversammlung für Krausnick und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, und verpflichtet sich, am Tage der Reichstagswahl für den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei einzutreten.“

Treptow-Baumshulsenweg. Die Wählerlisten sind einzusehen für Treptow bei Gramenz, Zigarrengeschäft, Kiechholzstr. 412. Ede Eisenstraße und im Lokal von L. Hofmann, Adenider Landstr. 51. Für Baumshulsenweg in den Zigarrengeschäften von D. Mette, Baumshulsenstr. 71 und G. Waagenheim, Baumshulsenstr. 15/16.

Nieder-Barnim.

Karlshorst. Ueber die Reichstagsauflösung und die bevorstehende Reichstagswahl referierte Genosse Dr. Rosenfeld in einer öffentlichen Wählerversammlung. Die trefflichen Ausführungen des Redners über den Bewilligungsbefehl der bürgerlichen Mehrheit für die Kolonien und die dort herrschenden Zustände wurden von den Versammelten durch stürmische Entrüstungsrufe unterbrochen. Unter jubelnder Zustimmung schloß Redner mit der Aufforderung an die Versammelten, am 25. Januar der Sozialdemokratie die Stimme zu geben, da nur sie bisher die Kolonialpolitik konsequent bekämpft hat. Die Diskussion bewegte sich in zumstimmendem Sinne. Der Vorsitzende, Genosse Stühner, gab zum Schluß bekannt, daß eine Abschrift der Wählerlisten für Karlshorst im Lokale des Herrn Sabrowski ausliegt. Mit einer kräftigen Aufforderung zur eifrigen Mitarbeit im bevorstehenden Wahlkampf hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung, fünfter Wahlkreis. Das ständige Wahlbureau des Kreises befindet sich vom 2. Januar ab bei

Münzer, Sophienstr. 6,
Telephon: Amt III 8367

und ist an Wochentagen von 9 Uhr vorm. bis 7 Uhr abends, Sonntagen „ 8 „ früh „ 10 „ morgens geöffnet.

Genossen und Genossinnen, welche den Wahlkampf durch ihre Beiträge, speziell in schriftlichen Arbeiten, unterstützen wollen, werden gebeten, sich schnellstens beim Bureau zu melden.

Der Vorstand.

Fünfter Wahlkreis. Heute Donnerstag, den 3. Januar, 8 Uhr abends, erstattet der Genosse Robert Schmidt im Schweizergarten den Wählern Bericht.

Genossen und Genossinnen bitten wir für zahlreiche Besuch der Versammlung Sorge zu tragen.

Das Wahlkomitee.

Zweiter Wahlkreis. Am Donnerstag, den 3. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Altem, Hasenheide 13/15, Freitag, den 4. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Königshof, Külowstr. 37, finden Volksversammlungen statt, in der Genosse R. Fischer über die bevorstehende Reichstagswahl sprechen wird.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Genossinnen und Genossen!

Am Donnerstag, den 3. Januar, finden zwei Volksversammlungen statt. Für den Osten bei Dreuer, Große Frankfurterstraße 117. Referent: Genosse Dittell. Für den Südosten Brangelstr. 9/10. Referent: Genossin Diez. Um zahlreichen Erscheinen ersucht Die Vertrauensperson.

Dritter Wahlkreis. Heute abends 8 1/2 Uhr findet im „Dresdener Kasino“, Dresdenerstr. 96, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Genosse H. Wollenbuhr über die Bedeutung des bevorstehenden Wahlkampfes sprechen wird.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Zur Lokalfeste. In Niedersdorf bei Zeuthen steht uns das Lokal von Ernst, Restaurant „Zur Röhle“, zu den bekanntesten Bedingungen zur Verfügung.

In Eiche bei Potsdam ist das Lokal von Rose, da es der Arbeiterschaft nicht mehr zur Verfügung steht, streng zu meiden. Die Lokalkommission.

Alt-Ostende. Freitag, den 4. Januar, findet im Lokale des Herrn Bojn eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: Die Auflösung des Reichstages und deren Folgen. Referenten Genosse Ritter-Schöneberg und Frau Thiel-Zempelhof. Um zahlreichen Besuch ersucht Der Einberufer.

Berlin-Pankow. Heute abends 8 Uhr findet im „Kulturklub“, Pankow, Berlinerstr. 102, eine öffentliche Wählerversammlung statt, zu welcher die Anhänger aller Parteien nebst Frauen geladen sind. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gewerkschaftsbeamten Emil Alth über: Die Kolonialpolitik des Reiches und die Reichstagsauflösung. 2. Diskussion.

Die für heute abend angelegte Versammlung des Zentralverbandes der Maurer, Zahlstelle Pankow, fällt bis auf weiteres aus.

Schönendorf. Am Sonntag, 6. Januar 1907, nachmittags 3 Uhr findet bei Wäich eine Volksversammlung statt. Es spricht Genosse Bartel-Berlin über: Die Auflösung des Reichstages und die bevorstehenden Wahlen. Genossen, erscheint alle und agitiert für guten Besuch der Versammlung. Auch die Frauen sind hierzu eingeladen. — Flugblatt- und Handzettelverbreitung: Sonntag früh 1/2 9 Uhr.

Konow-Neuendorf. Am Donnerstag, den 3. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Volksversammlung im Lokale des Herrn Singer, Priesterstraße 29. Referent Genosse Fritz Jubel. Um regen Besuch dieser Versammlung ersucht Der Vorstand.

Französisch-Buchholz. Am Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 2 Uhr findet im Lokale des Herrn Röhne eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Bureaubeamter Julius Sohn-Berlin über: Reichstagswahlen und Regierungspolitik spricht. Darauf folgend Diskussion. Alle Wähler nebst Frauen von Französisch-Buchholz sind hierzu eingeladen.

Das Wahlkomitee.

Berliner Nachrichten.

Teures Brot!

Zur Fleischveruerung, unter der die minderbemittelte Bevölkerung leidet, hat sich in diesem Jahre auch noch eine Vortreibung gestellt. Für Berlin sind wir in der Lage, die Bewegung der Brotpreise genau verfolgen zu können. Das Berliner Statistische Amt macht allmonatlich zweimal in 34 über die ganze Stadt vertriebenen Bäckereien Anläufe von Roggen- und Weizenbrot und stellt daraus das Brotpreisfest. Aus diesen Feststellungen ergibt sich nun, daß seit Jahresfrist das Brotpreis sich ganz außerordentlich verringert hat, also der Brotpreis ganz außerordentlich gestiegen ist.

Die Wahlen liegen und vorläufig erst bis November 1906 vor. Vom Roggenbrot, das ja für unbedeutende Familien von besonderer Wichtigkeit ist, kostete im November 1906 das Kilogramm durchschnittlich 27 1/2 Pf., während es im November 1905 noch nicht 25 Pf. und im November 1904 knapp 23 1/2 Pf. gekostet hatte. Die Erhöhung des Brotpreises begann in Berlin um die Mitte des Jahres 1905, war aber zunächst ganz gering. Bis zum Herbst 1905 war der Preisausschlag (d. h. die Gewichtszunahme) noch kaum zu merken. Doch im Winter zu 1906 wurde die Aufwärtsbewegung so rapid, daß schon im Januar 1906 das Kilogramm Roggenbrot durchschnittlich beinahe 27 Pf. kostete, pro Kilogramm 3 1/2 mehr als im Januar 1905. Auf diese Höhe ungefähr hat sich der Preis das ganze Jahr 1906 hindurch gehalten, während der Durchschnittspreis für das ganze Jahr 1905 noch nicht 24 1/2 Pf. und für das ganze Jahr 1904 nur 23 1/2 Pf. betragen hatte.

Wie stark wird das Budget der Arbeiterfamilie durch diese Preissteigerung belastet? Im Jahre 1904 bekam eine 50 Pf. durchschnittlich noch 4 1/2 Pfund Brot, im Jahre 1905 das 50 Pf.-Brot im Durchschnitt immer noch mehr als 4 Pfund, im Jahre 1906 aber sank das Brotgewicht auf nur noch 3 1/2 Pfund herunter. Eine Familie, die sonst täglich ein 50 Pf.-Brot brauchte, kommt jetzt in der Woche nicht mehr mit sieben Broten aus, sondern muß ein achttes dazu kaufen. Sie muß also jetzt allein für Roggenbrot wöchentlich 50 Pf. mehr ausgeben, das macht pro Jahr 26 Mark. Und es gibt Familien, in denen ein Brot pro Tag noch gar nicht mal langt. Väter und Mütter, die für sich und ihre Kinder mehr Brot brauchen werden sich hiernach leicht ausrechnen können, um wieviel sie durch den Brotpreis in einem Jahre geschädigt werden.

Die Bedeutung solcher Preissteigerungen für Volksernährung und Volksgesundheit liegt auf der Hand. Fleischveruerung, Milchveruerung, Brotpveruerung — ja, u

soll denn das alles ertragen, wenn er nicht über einen prallen Geldbeutel verfügt, in den er nur immer hineinzugreifen braucht! Da muß eben die Ernährung verschlechtert werden, muß die Familie sich Entbehrungen aller Art auferlegen, damit das bishigen Einkommen noch immer langt. — Was die gewerbsmäßigen Nahrungsmittelvertheuerer, die stets „notleidenden“ Junker, sich daraus machen? Volle Portemonnaies — sonst nichts! Möge das arbeitende Volk ihnen und ihren Bundesgenossen am Tage der Reichstagswahlen die Quittung ausstellen!

Der Neujahrsbriefverkehr nach der Erhöhung der Dristaxe. Der Neujahrsbriefverkehr hat an Umfang die Erwartungen übertraffen. Nach den Zählungen an den wichtigsten Stellen des Betriebes hat eher eine Steigerung als eine Abnahme gegen das Vorjahr stattgefunden. Nicht nur der Norden und der Osten von Groß-Berlin, sondern auffallenderweise auch der Westen brachte am Silvesterabend ungewöhnlich große Mengen von Neujahrsgrüßen zur Auslieferung. Die großen Postämter in der Petersburger-, Staliner-, Dantiger-, Uledom- und Voßringstraße mußten große Mengen unsortierter Sendungen an das Briefpostamt zur Bearbeitung in der Silvesternacht abgeben. Gewisse Schwierigkeiten machten die Störungen des Bahnbetriebes infolge der zahlreichen Unglücksfälle kurz vor Neujahr. Die Bahnposten gingen vielfach mit vielständiger Verspätung ein. Das Berliner Briefpostamt wurde am Silvesterabend vom Staatssekretär Straete beaufsichtigt.

Die Neujahrsnacht ist diesmal im Gegensatz zu den früheren Jahren ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. Den Hauptanziehungspunkt bildeten natürlich wieder die Friedrichstraße und die Straße Unter den Linden. Kopf an Kopf standen die Menschen auf Fahrdamm und Bürgersteig und gegen 12 Uhr war der Andrang ein so gewaltiger, daß sich die Massen kaum fortbewegen konnten. Aber trotzdem vollzog sich der Neujahrsdrummler verhältnismäßig geordnet. Die meisten Szenen, die in den bisherigen Neujahrsnächten durch Rowdies heraufbeschworen wurden, fielen diesmal fast gänzlich fort. Nur hin und wieder kam es zwischen Publikum und Polizei zu kleinen Reibereien. Zu stärkerem Vorgehen hatten die Schenkleute keine Veranlassung. Die Verhaftungen, die während der ganzen Nacht vorgenommen wurden, stehen weit hinter der Zahl der früheren Jahre zurück. Die Polizei ließ in den meisten Fällen Milde walten und setzte festgenommene Ruhestörer nach vernommener Belehrung wieder auf freien Fuß. Leider sind eine ganze Reihe erheblicher Unglücksfälle, die sich in dem Neujahrsdrummler ereigneten, zu verzeichnen. Die Unfallstation in der Kronenstraße war bis zum frühen Morgen stark in Anspruch genommen. Ebenso hatte die Rettungswache in der Brauerstraße einen ungewöhnlichen Zuspruch. Die Unglücksfälle wurden zumeist durch die herrschende Glätte hervorgerufen. Auch durch zahlreiche blutige Schlägereien, die sich aber zumeist in den Restaurants abspielten, wurden die Sanitätswagen in starkem Maße herangezogen.

Die Säuglingsfürsorgestellen haben in der Bevölkerung soviel Anklang gefunden, daß die für ihren Betrieb bewilligten Mittel nicht ausreichen und der Magistrat jetzt die Stadtverordneten um Nachbewilligung weiterer Mittel ersuchen muß. Schon im ersten Jahr war eine Mehrausgabe von 4874 M. entstanden, die noch nicht gedeckt ist. Für das zweite Jahr aber, für das Etatsjahr 1906 (das erst am 31. März 1907 zu Ende geht), werden nun sogar 71 575 M. zum weiteren Betrieb der Fürsorgestellen gefordert und außerdem 8000 M. zur weiteren Unterstützung der Vereine, von denen Mütter mit ihren Säuglingen aufgenommen werden. Als im März 1905 die Stadtverordnetenversammlung über Einrichtung und Betrieb der Säuglingsfürsorgestellen zu beschließen hatte, wurde von sozialdemokratischer Seite sofort darauf hingewiesen, daß hier wieder viel zu sehr mit den Mitteln gekarrt werde. Im ersten Jahre klappte es dann noch so ungenügend, weil man in den Säuglingsfürsorgestellen zunächst versuchte, sich nach der kurz bemessenen Decke zu strecken. Das war damals auch noch möglich, weil diese Fürsorgestellen anfangs noch wenig bekannt waren. Im zweiten Jahre hat aber die Zahl der Mütter, die sich mit ihren Kindern an die Fürsorgestellen wenden, so außerordentlich zugenommen, daß selbst die höhere Summe, die für dieses zweite Jahr bewilligt worden war, nun bei weitem nicht ausreicht. In der Begründung der Vorlage wird auf die bedeutende Zunahme des Besuches hingewiesen und sie wird durchaus zutreffend als ein Beweis für die Notwendigkeit und Nützlichkeit dieses Unternehmens bezeichnet. Außerdem wird auch die inzwischen eingetretene Erhöhung der Milchpreise als Ursache der Aufgabenerweiterung angeführt. Hier sehen wir wieder einmal, wie die Nahrungsmittelvertheuerung wirkt! Um übrigens die Ueberschreitung der bewilligten Ausgabensummen zu verhüten oder doch möglichst zu verringern, hatte die Waisenverwaltung im Oktober eine Konferenz mit den leitenden Ärzten der Fürsorgestellen abgehalten. Sie dachte daran, vielleicht werde es sich machen lassen, die Fürsorgestellen künftig nicht mehr das ganze Jahr hindurch offen zu halten. Aber die Ärzte erklärten sich gegen die angeregte Einschränkung.

Vom Tauwetter wurde gestern früh Berlin überrascht. Zu der Glätte, die anfänglich jedes Vorkätskommen für Tiere und Menschen fast unmöglich machte, gesellte sich später ein unbeschreiblicher, in Berlin ganz außergewöhnlich hoher Strahlenschnee. Die Fußwege, besonders die Omnibusse konnten früh kaum von der Stelle kommen, sie schweberten, daß den Fahrgästen angst und bange wurde. Vor den Loren Berlins blieben zahlreiche Wagen im Dreck stecken und mußten Vorspann nehmen. Eine Menge Pferde stürzten und blieben liegen. Das Fortschaffen des Strahlenschnees war mit Schwierigkeiten verknüpft, zwei Pferde genügten nicht für die gewöhnliche Last.

Die Viehzählung vom 1. Dezember 1906 hat sich nur auf den Bestand an Pferden, Rindern, Schafen und Schweinen erstreckt. Für Berlin wird jetzt ihr vorläufiges Ergebnis vom Statistischen Amt veröffentlicht. Danach waren unter 27 992 bebauten Grundstücken Berlins noch 7016, auf denen Vieh dieser Art gehalten wurde. Wenn man den Vieh- und Schlachthof ausschaltet, waren in der ganzen Stadt 63 731 Pferde, 11 102 Rinder, 73 Schafe und 1464 Schweine vorhanden. (Auf dem Vieh- und Schlachthof befanden sich außerdem 15 Pferde, 5065 Rinder, 8024 Schafe, 8514 Schweine. Der 1. Dezember war diesmal ein Sonnabend!) Die einzelnen Stadtteile sind natürlich an dem Viehbestand sehr ungleich beteiligt. Während von der Gesamtzahl der bebauten Grundstücke Berlins ein volles Viertel — 7016 von 27 992, wie oben gesagt — Grundstücke mit Viehhaltung waren, stellte sich der Anteil solcher Grundstücke z. B. in der Friedrichstadt auf nicht mehr ganz ein Zehntel der dortigen Grundstücke (200 von 1455) und in der Altstadt sogar auf fast nur noch ein Achtel der Grundstücke dieses Stadtteils (254 von 1957). Dagegen ergab die Zählung, daß in manchen der äußeren Stadtteile mehr als ein Drittel der Grundstücke Viehhaltung hatten, z. B. auf dem Gesundbrunnen 484 von 1207, in dem östlichen Teil des Stralauer Viertels (bei Ausschaltung des Vieh- und Schlachthofes) 724 von 1980, im östlichen Teil der jenseits des Kanals gelegenen Luisenstadt 282 von 802. Die einzelnen Vieharten sind noch ungleicher verteilt. Die Pferde sind begreiflicherweise besonders zahlreich in den Stadtteilen mit Kasernen für Kavallerie und Artillerie; z. B. wurden im östlichen Teil Roabits 5059, in der Oranienburger Vorstadt 4013, im westlichen Teil der Tempelhofer Vorstadt 3519 gezählt. Aber auch der östliche Teil des Stralauer Viertels, in dem sich eine Kaserne befindet, hatte 4772 Pferde (ohne Vieh- und Schlachthof). Es folgten dann das äußere Königsbierfeld mit 3771 Pferden, der westliche Teil Roabits mit 3372, der Gesundbrunnen mit 3125, der Wedding mit 3104 — alle Stadtteile ohne Kasernen, aber

Hauptstübe des Fuhrwesens. Im östlichen Teil des Stralauer Viertels wurden auch die meisten Rinder gezählt, 1180 (immer ohne Vieh- und Schlachthof). Es folgten der westliche Teil Roabits mit 932, das äußere Königsbierfeld mit 809, der Gesundbrunnen mit 872 usw. Dagegen wurden in der Friedrichstadt nur noch 50 Rinder vorgefunden. Die Schafe kommen ihrer geringen Zahl wegen kaum in Betracht; von der Gesamtzahl von 73 befand sich fast die Hälfte im östlichen Teil des Stralauer Viertels, der überhaupt viehzüchtend als irgend ein anderer Stadtteil Berlins ist. Nur in der Schweinezucht sieht immer noch der Norden an erster Stelle. Von den 1464 Schweinen befanden sich 274 auf dem Wedding, 251 auf dem Gesundbrunnen, 207 im nördlichen Teil der Rosenthaler Vorstadt, 112 in der Oranienburger Vorstadt; der Rest verteilte sich auf die ganze übrige Stadt. In der Friedrichstadt und auch im Spandauer Viertel wurde kein einziges Schwein mehr gehalten.

Die Große Berliner

hat gestern vielen Personen Ungelegenheiten bereitet. Der sich darauf verlassen hatte, mittels der Straßenbahn zu einer bestimmten Zeit sein Ziel zu erreichen, hatte sich arg verrechnet und tat gut, sich seinen Beinen anzubereuen. Ueber die Ursache dieser empfindlichen Betriebsstörung wird Straßenbahnoffizials berichtet: „Eine Störung des Straßenbahnbetriebes trat Mittwoch vormittags auf den über den Opernplatz und den Schloßplatz laufenden Linien ein. Die Unterleitung, die schon wiederholt teilweise ihrer geringen Betriebssicherheit gebracht hat, versagte an beiden Stellen vollständig. Die Maschinen der Umformerstation in der Rathauszentrale der Berliner Elektrizitätswerke, welche die beiden Unterleitungsstrecken speisen, erlitten durch Kurzschluß beträchtlichen Schaden. Die Strecke über den Opernplatz dürfte heute (Mittwoch) abend wieder in Betrieb kommen, während die Schloßplatzstrecke wahrscheinlich mehrere Tage zur Reparatur verlangen wird. Bis zur Wiederinbetriebsetzung müssen die über den Opernplatz fahrenden Linien unterbrochen werden, da die Strecken, die dort für Umleitungen in Betracht kommen, zu stark belastet sind. Das Publikum muß den Weg über den Opernplatz zu Fuß zurücklegen. Die über den Schloßplatz fahrenden Linien werden über Hausvogteiplatz, Spittelmarkt, Wolkenmarkt abgelenkt, obwohl auch dort die Belastung eine sehr starke ist.“

Es ist ganz sonderbar, daß die großen Betriebsstörungen der Straßenbahn entweder während oder kurz nach großen Schneefällen eintreten und sich dann um so intensiver fühlbar machen. Vor Jahren kam eine solche Betriebsstörung gerade zurecht, um den verhassten Akkumulatorenbetrieb abzuschaffen und den erwünschten Oberleitungsbetrieb einführen zu können. Wir glauben nur nicht, daß es der „Großen“ gelingt, in absehbarer Zeit den Unterleitungsbetrieb über die Linden durch den Oberleitungsbetrieb zu ersetzen.

Die Beerdigung Adolf Schawes.

Dem Manne, dem die langjährige Justizhausstrafe, welche ihm wegen eines Zusammenstoßes mit einem Vertreter der Staatsgewalt zudiktiert war, zur Todesstrafe geworden ist, haben seine Freunde und Genossenschaftsgenossen gestern ein würdiges Begräbnis bereitet. Ein aus mehr als tausend Personen bestehendes Trauergesolge hatte sich auf dem städtischen Zentralfriedhof in Friedrichsfelde eingefunden. Nur ein kleiner Teil der Beibehragenden fand in der Friedhofskapelle Platz, wo die Trauerfeier vor sich ging. Den Sarg umstanden eine Anzahl Vertreter anarchistischer Vereinigungen. Sie trugen schwarzbesetzte Kränze. Einige Kränze mit roten Schleifen waren von Verurteilten des Verstorbenen sowie von der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes gewidmet. Auch Paul Koschmann, der nach der Entlassung aus dem Justizhaus bei Verwandten in Magdeburg Aufenthalt genommen hat, hatte einen Kranz geschickt. Vertreter von Anarchisten waren nicht nur aus Berlin und den Vororten, sondern auch aus dem oberhessischen Industriebezirk, aus Magdeburg, Hamburg, Bremen und Düsseldorf anwesend.

Durch Gesang wurde die Feier eingeleitet. Dann gedachte Pawlowitsch mit schlichten Worten des verstorbenen Freundes und Genossenschaftsgenossen, den ein grauenvolles hartes Urteil der Klassenjustiz nicht gestraht, sondern vernichtet hat. Als zweiter Redner sprach Dr. Friedberg. Als Arzt ist er mit dem Todesurteil bekannt geworden, dem ein Herz- und Rückenmarkleiden, welches er sich in der Strafanstalt zugezogen, nur noch eine kurze Lebensfrist gestattete. — Auch die Kranzträger sprachen nacheinander Worte des Nachrufes, die meist ernst und würdig gehalten waren. Nur einzelne Vertreter auswärtiger Anarchisten konnten sich nicht enthalten, hohle Kraftproben, die an dieser Stelle besser unterblieben wären, mit theatralischen Gebarden vorzutragen. Gesetzt von einer tausendköpfigen Menge, wurde der Sarg zur Gruft getragen und unter den Klängen eines Liedes hinabgelassen. Am Grabe selbst durfte — so will es eine generelle polizeiliche Anordnung — kein Wort des Nachrufes gesprochen werden. Ein starkes Aufgebot von Gendarmen und Polizisten umstand die Gruft. Wohl ein Duzend Helmspitzen blinkten über den Köpfen der Trauerverammlung. Sollten die uniformierten Vertreter der Staatsgewalt nur darüber wachen, daß dem polizeilichen Redebuch nicht zuwidergehandelt werde, oder was glaubte man sonst noch befürchten zu müssen? Faktum war es durchaus nicht, daß sich die bewaffneten Vertreter der Staatsmacht unmittelbar am Rande des offenen Grabes aufpflanzen, gleichsam als solle die Polizeiaufsicht über den durch ein hartes Klassenurteil vernichteten „Justizhausler“ noch über das Grab hinaus ausgedehnt werden.

Die Berliner Telephonämter haben in den letzten Wochen vollständig versagt, weil das vorhandene Leitungsnetz bei weitem nicht mehr genügt, um den Ansprüchen der Fernsprechteilnehmer auch nur einigermaßen gerecht zu werden. Seit Mitte vorigen Monats hat die Zahl der Gespräche derartig zugenommen, daß die Vermittlungsleitungen der Ämter, obwohl die Kabelverbindungen vermehrt worden sind, nicht mehr genügen und die geforderten Verbindungen nicht mit der gewünschten Schnelligkeit zur Herstellung gelangen konnten. In der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr aber machten die Fernsprechämter vollständig Fiasko. Man mußte vielfach eine halbe Stunde und länger warten, bevor dem Anrufenden gelang, eine Verbindung zu erhalten, und in den letzten Tagen gelang es vielfach überhaupt nicht mehr, Anrufe zu bekommen. Erfahrungsgemäß werden zum Schluß und Anfang eines Jahres bedeutend mehr Gespräche geführt als zu anderen Zeiten, und obwohl die Postverwaltung demgemäß auf einen Massentelephonverkehr vorbereitet war, war sie doch nicht in der Lage, auch nur einigermaßen die Ansprüche der Fernsprechteilnehmer zu erfüllen. Um die noch vorhandene Katastrophe zu beseitigen, ist eine weitere Vermehrung der Anzahl der Verbindungsleitungen zwischen den Ämtern angeordnet und wird die Zahl dieser Dienststellen erforderlichenfalls verdoppelt werden. — Basse Erfahrungen hat in der Neujahrsnacht die Unfallstation in der Kronenstraße mit dem Fernsprecher machen müssen. Ein Patient, der eingeliefert worden war, sollte mittels Krankenwagens fortgeschafft werden. Man versuchte mit Hilfe des Telephons einen Wagen vom Krankentransportverband zu requirieren, aber vergeblich waren alle Bemühungen, Anschluß zu erhalten. Auch das benachrichtigte zuständige Polizeibureau erhielt keinen Anruf. Von 1—1/2 Uhr morgens, also zweieinhalb Stunden hindurch, läutete man vergeblich nach der gewünschten Nummer. Der Kranke mußte schließlich in einer Droschke transportiert werden.

Einen verhängnisvollen Ausgang nahm eine Schlittenpartie, die der Handelsmann Dahmann mit seiner Frau und mehreren bekannten Familien unternommen hatte. Auf der Rückfahrt begriffen, scheuten auf der Oranienburger Chaussee in Reindendorff die Pferde und rufen, den Schlitten hinter sich herbeschleudert, in der Richtung nach Berlin davon. An der Ecke der Humboldtstraße geriet das leichte Gefährt in den Chausseegraben, schlug um und die Insassen stürzten zum Teil in den Graben, zum Teil auf

einen Haufen Chausseesteine. Während unglücklichen Schlitteninsassen mit leichten Verletzungen hatte Frau D. eine schwere Kopfverwundung, vom Rückenwunde in dem Fleische des rechten Oberarmes mußte nach der Unfallstation in der Lind

Feuer in einer Apotheke. Gestern nachmittag 1 Apotheke, Kurstraße 34/35, ein Brand aus, der Charakter anzunehmen drohte. Bei Anbruch der Karbofäure in Flammen. Es wurde sofort ein vorgekommen und kräftig Wasser gegeben, wodurch Gefahr bald zu beseitigen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Neuja der Kohrenstraße. Der Kanalisationsarbeiter Hermann Friedrichsberger, 3 wohnhaft, hatte mit mehreren an beiten Eisenbahnen transportiert. Dabei stürzte Schienen und fiel dem G., der umgerissen worden war, auf den Kopf. Der Arbeiter erlitt einen schweren Schädelbruch und aus Mund und Ohren quoll bei ihm das Blut hervor. In hoffnungslosem Zustande wurde der Verunglückte nach der Charité gebracht.

In eine furchtbare Lage geriet gestern nachmittag der 22jährige Fahrstuhlführer Gustav Leppert, der in der Baumgasse bei Salomonen, Alexandrinenstr. 135/136, angestellt war. Er hatte den Fahrstuhl von oben nach dem Parterre geführt und wollte ihn dort verlassen. Beim Aussteigen aus der Tür blieb er mit dem Fuß in dem Gewinde hängen und stürzte nach außen. Da die Sicherung vorher nicht eingestellt war, so ging der Fahrstuhl plötzlich hoch und L. wurde, mit dem Kopf nach unten hängend, mitgezogen. In der ersten Etage löste sich das Bein und der Fahrstuhlführer, der fortgesetzt in der Gefahr schwebte, zwischen der Wand und dem Fahrstuhl gerammt zu werden, stürzte in den Schacht hinab. Er zog sich einen komplizierten Oberschenkelbruch und anscheinend auch innere Verletzungen zu und wurde in das Krankenhaus am Urban eingeliefert.

Erschossen hat sich in der Nacht vom 31. Dezember zum 1. Januar der Architekt Zwiak, Kollendorferstr. 10 wohnhaft. Schwerverletzt wurde der Mann nach der Unfallstation und von da nach dem Krankenhaus in Schönberg gebracht.

Vom Bau der Untergrundbahn. Die Tunnelarbeiten unter dem Spittelmarkt haben auf einige Tage eingestellt werden müssen, weil die Schleusen am Mühlendammsotloch, wie am Kottbuscher Schloß eingestoren waren und die Transportfähne daher nicht passieren können. Sobald eine der Wasserstrahlen wieder frei ist, kann die Arbeit jeden Augenblick fortgesetzt werden. Der Bahnhofs-tunnel ist bis zur Rotunde am Spittelmarkt ausgegachtet; bis hierher führten auch die alten Holzleitungen, die wohl beim Bau des Spindlerbrunnens teilweise schon entfernt worden sind. Der Tunnel ist elektrisch beleuchtet und von warmer, nebeliger Luft erfüllt; es werden gegenwärtig mächtige Baumstämme eingebracht, welche die etwa 14 Meter breite Baustraße absteifen. In der Niederwallstraße sind vor den Häusern Nr. 15 bis 18 acht Gestänge errichtet worden, von denen aus die Tiefbohrungen stattfinden. Gas- und Telegraphenarbeiter sind mit der Verlegung der Leitungen beschäftigt. Auf dem Leipzigerplatz beginnt man bereits mit der Aufstellung der eisernen Säulen, welche die Tunneldecke zu tragen und das Bahnpflaster von den Gängen und Schaltern räumen abzugrenzen haben. Morgen soll mit dem Erdbausub unter der Königsgräberstraße begonnen werden. Es geschieht dies, wie schon früher gemeldet, auf zwei Feldbahngleisen, die unter dem Hingertischen Dohlenbau entlang zum Leipzigerplatz führen. Diese Arbeiten sind insofern schwieriger auszuführen, als hier an dem Tunnel in der Front der Königsgräberstraße ein mächtiger Entwässerungskanal liegt, der unterminiert worden ist und jetzt natürlich gehörig unterfangen, frei in der Luft schwebt. Der Kanal kann noch nicht beseitigt werden, da er noch circa 3—4 Boden in Betrieb bleiben muß. Erst wenn die Ausschachtung auf dieser Seite fertig ist, wird mit dem Erdbausub unter der Leipzigerstraße begonnen werden können. Hier ist inzwischen die Kamme in Tätigkeit getreten: es werden die eisernen Spundpfähle eingebracht, welche dem Schutze des hier kreuzenden, viergleisigen Straßenbahntunnels dienen sollen.

Feuerwehrbericht. Am Schluß des alten Jahres hatte die Feuerwehr 429 Alarme für Dezember zu verzeichnen. Das neue Jahr hat ebenfalls „gut“ angefangen. Am ersten Tage wurde die Wehr zwanzigmal alarmiert, zum Teil veranlaßt durch Brände von Weihnachtsbäumen in der Köllnerstr. 5, Kochstr. 36, Tegelerstr. 1 und anderen Stellen. Früh um 1 Uhr hatte der 11. Zug in der Postenstraße 5 zu tun, dort brannten Möbel, das Zwischengebäl, Kasten und anderes. Durch kräftiges Wassergeben gelang es die Gefahre zu beseitigen. Nachmittags brannte nebenan Joffenerstr. 6 ein Schaufenster. Nachts um 2 Uhr kam in der Göbenstr. 14 Feuer aus, das Zwischengebäl, Körbe und anderes brannten dort. Als ein Feuer-mann eine Stunde später zur Revision der Brandstelle durch die Willofstraße kam, bemerkte er Feuer im Hause 42. Gardinen, ein Schreibtisch, Kleider und anderes brannten dort. Es gelang ihm, die Flammen zu löschen. Kellerbrände beschäftigten die Wehr in der Müllerstr. 7, Köthenerstraße 32, Gabelsbergerstr. 12 und an anderen Orten. Mittenbrände umhüllten in der Kottendorferstr. 5, Andreasstraße 47 usw. gelöscht werden. Wegen eines Tischlereibrandes wurde der 8. Zug nach der Wienerstr. 14 gerufen. In der Wiltnerstraße 45 und an einigen anderen Stellen war Feuer in Käben ausgekommen. In der Josephstr. 11 brannten Kleider und Daudrat auf einem Hängeboden und Wasserleit. 32 Holz unter einer Treppe. Petroleum, Spiritus, Benzin, Möbel, Gardinen usw. wurden in der Wendelsöhnerstr. 13, Steimeyerstr. 23, Neue Friedrichstr. 107 III, Alexandrinenstr. 82, Dresdenerstr. 87 unter anderem ein Haub der Flammen. Außerdem wurde die Feuerwehr noch wegen Wasserrohrbrüche, Hülfeleistungen usw. in Anspruch genommen.

Arbeiter-Samariterkolonne. Donnerstag abend 6 Uhr Mitgliederversammlung bei Dase, Brunnenstr. 154. Vortrag des Kerbenarztes Dr. Wegner über: „Die Arbeiterchaft und die Notwendigkeit unserer Arbeit“. Danach Geschäftliches und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf. Der Kohlenbrand auf dem Gelände der städtischen Gasanstalt dauert noch an. Es brennt ein Lager von über 300 000 Zentnern. Die Rixdorfer Feuerwehr wurde wiederholt zu Hilfe gerufen, doch konnte sie wenig helfen. Gestern sind nun 125 Soldaten des Eisenbahnrégiments herangezogen worden, die den gewaltigen Kohlenhaufen abtragen. Diese Arbeit wird jedoch noch einige Tage in Anspruch nehmen. Da, wie uns mitgeteilt wird, eine Gefahr für die Gasanstalt selbst nicht vorhanden ist, so können wir nicht einsehen, daß Soldaten diese Arbeit verrichten müssen. Die Stadt Rixdorf hätte wohl mit Leichtigkeit 125 arbeitslose Arbeiter zum Abtragen des Kohlenhaufens erhalten können.

Charlottenburg. In der Lehrlingsvermittlung des städtischen Arbeitsnachweises ist im Interesse einer sachgemäßen Auswahl von Lehrstellen die Einrichtung getroffen, daß die zur Entlassung gelangenden Schullinder zur frühzeitigen Angabe ihres Berufes veranlaßt werden. So sind schon jetzt Knaben angemeldet, die für Ostern 1907 eine Lehrstelle suchen und zwar nicht nur in den seit langem begehrten Metallgewerben (als Mechaniker, Maschinenbauer, Maschinenhilfsarbeiter, Bauhilfsarbeiter, Schmied), sondern auch im Baugewerbe (als Maurer, Kohrleger, Raler und Stukkateur sowie

als Tischler, Lithograph, Friseur, endlich als Kaufmann und Schreiber usw. Auch haben sich eine Anzahl Mädchen gemeldet, die eine Lehrstelle als Schneiderin, Putzmacherin, Buchhalterin, Verkäuferin, Maschinenführerin suchen, sowie auch solche, die bereit sind, Dienstbotenstellen anzunehmen. In denen sie für den häuslichen Beruf ausgebildet werden. Die Vermittlung im städtischen Arbeitsnachweis Charlottenburg, Kirchstr. 5, in der Nähe der Luisenkirche, sowie in der Zweigstelle für weibliches Personal am Wittenbergplatz 4, Ecke Bayreutherstr. 8, ist für beide Teile kostenlos.

Lichtenberg.

Sein zweites Stiftungsfest feiert am 12. Januar der Bildungsberein für Frauen und Mädchen in den „Prachtställen des Ostens“, Frankfurter Allee 151-152. Unter anderem wirkt das Berliner „Mitt-Trio“ mit. Wilhelms Platz zum Preise von 30 Pf. für Damen und 50 Pf. für Herren inklusive Tanz bei den Vorstandmitgliedern sowie in den mit Plakaten versehenen Geschäften zu haben. Freunde und Gönner des Vereins sind freundlich eingeladen. Regen Besuch erwartet Der Vorstand.

Neuenhagen (Ostbahn).

Am Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal des Herrn August Wünsche eine Versammlung des Gewerkschaftsartells statt, in welcher der Genosse Borchardt über die bevorstehende Reichstagswahl sprechen wird. Am zahlreichem Besuch bitte! Der Obmann.

Rüdersdorf.

Bei einem Silvesterausfluge hat der Arbeiter Schöneberg aus Rüdersdorf seinen Tod gefunden. Er wollte sich nach den Kallbergen begeben, um das neue Jahr gemeinsam mit dort wohnenden Bekannten zu begrüßen. Unterwegs glitt er aus, stürzte zu Boden und blieb benommen auf der Chaussee liegen. Passanten, die den Arbeiter fanden, brachten ihn zu einem Arzte, der nur den vermuthlich infolge Herzschlages erfolgten Tod des Schöneberg konstatieren konnte.

Gerichts-Zeitung.

Ein tödlicher Unfall beim Bau

eines Schornsteins lag einer Straffache zugrunde, die gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts II beschloss. Wegen fahrlässiger Tötung waren der Bauunternehmer Vornemann und der Schornsteinbauer Bachmann angeklagt. Auf dem Grundstück eines Fabrikneubaus in Köpenick hatte der Angeklagte Vornemann den Bau eines 25 Meter hohen Schornsteins auszuführen. Als dieser fast vollendet war, stürzte er sich heraus, etwa sechs Meter des Schornsteins wieder abgerissen werden mußten. Am 7. Mai gegen 8 Uhr nachmittags ereignete sich bei dieser Reparatur ein einschneidendes Unglück. Auf dem Gerüst, welches seinen Halt an dem Schornstein selbst fand, hatten mehrere Arbeiter, unter ihnen der Schornsteinbauer Köllner zu tun. Plötzlich ertönte allgemein laute Schreckensschreie, denn das Gerüst begann hin und her zu schwanken und stürzte schließlich mit einem furchtbaren Getöse in sich zusammen. Unter den Trümmern wurde nach vieler Mühe der Arbeiter M. hervorgezogen, der durch einen schweren Schädelbruch den Tod erlitten hatte. Die übrigen Arbeiter waren, obwohl sie aus einer Höhe von 24 Metern herabgestürzt waren, mit nur leichten Verletzungen davongekommen. Die Anklage macht in der Hauptsache dem Angeklagten Vornemann den Vorwurf, daß er jenes Gerüst in nicht sachgemäßer Weise errichtet habe, insbesondere aber die Anklage sogenannter Schornsteinringe unterlassen habe, durch welche das Gerüst mit dem Schornstein durch Schrauben fest verbunden werde. Nach mehrstündiger Beweisaufnahme gelangte das Gericht zur bezüglich des Angeklagten Vornemann zu einer Verurteilung, während Bachmann, dem die Aufsicht über die Arbeiten obgelegen hatte, freigesprochen wurde. Das Urteil gegen Vornemann lautete auf zwei Wochen Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte einen Monat beziehungsweise drei Wochen Gefängnis beantragt.

Ist eigenmächtige Autofahrt Diebstahl?

Eine interessante Rechtsfrage sehr aktuellen Charakters beschäftigte gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I. Wegen schweren Diebstahls mußte sich der Chauffeur Max Kochan vor dem Strafrichter verantworten. Der Anklage lag ein sehr einfacher Sachverhalt zugrunde, der jedoch in der rechtlichen Auslegung mit einigen Schwierigkeiten verknüpft war. Der bisher unbefragte Angeklagte hatte als Angestellter einer hiesigen Automobilfabrik auf der letzten Automobil-Ausstellung zu tun gehabt. Nachdem die Ausstellung abends geschlossen worden war, überkam ihm die Lust, mit einem Bekannten und einer „Dame“ eine nächtliche Autofahrt zu unternehmen. Er zog eines der Automobile aus dem Schuppen heraus und fuhr mit dem noch im Reservoir befindlichen Benzin von dannen. Dies wiederholte sich an mehreren Abenden. Auch mit dem Automobil des Rechtsanwalts Elobach, welches in einer Garage in der Altonaerstraße untergebracht war, unternahm der Angeklagte ohne die Erlaubnis des Eigentümers wiederholt nächtliche Spritzfahrten. Am nächsten Morgen stand dann das Fahrzeug blühfauber wieder in dem Schuppen. Um in diesen hinein zu gelangen, zog er jedesmal mit einer Fange die Schloßkammer aus der Tür. Dieses Treiben gelangte schließlich zur Anzeige. Die Staatsanwaltschaft erblühte in dem Tun des Angeklagten einen Diebstahl an dem Benzin, welches noch in dem Reservoir der Wagen sich befand hatte. Gleichzeitig sollte der Diebstahl noch unter dem erschwerten Umstand des gewalttätigen Eindringens verübt worden sein. Vor Gericht legte Rechtsanwalt Bruglich in längeren rechtlichen Ausführungen dar, daß in diesem Falle das Gericht zu einer Verurteilung nicht kommen könne, da ein Diebstahl an dem Benzin keinesfalls vorliege. Die Absicht des Täters wäre doch nicht auf die Aneignung des Benzins hinausgegangen, sondern lediglich auf die Benutzung des Wagens. Das sei aber ganz gleichbedeutend mit dem Schlußfall eines furtum usus (des Diebstahls durch Gebrauch), der aber nicht mit dem Diebstahlparagrafen des Strafgesetzes identisch sei. Neuer Schlußfall handle von einer Petroleumlampe, die ein anderer widerrechtlich entzündet habe. Der unberechtigte Verbrauch des Petroleums sei aber nach Entscheidung des Reichsgerichts in diesem Falle nicht als Diebstahl anzusehen. Eine Verurteilung des Angeklagten könne vielleicht nach Schaffung eines Sondergesetzes eintreten, wie dies bezüglich der unberechtigten Aneignung elektrischer Energie usw. bestiehe. Durch dieses sei allerdings die Straflosigkeit eines furtum usus aufgehoben. Der Staatsanwalt hielt einen schweren Diebstahl für vorliegend und beantragte vier Monate Gefängnis. Das Gericht schloß sich jedoch den Rechtsansprüchen des Verteidigers an, indem es annahm, daß die Absicht des Angeklagten gar nicht auf eine Aneignung des Benzins, sondern lediglich auf die Benutzung des Wagens gegangen sei, die aber straflos sei. Das Urteil lautete demgemäß auf Freisprechung.

Professor Ruhland abgewiesen.

Zwei Privatklagen des in agrarischen Kreisen wirkenden Professors Dr. Gustav Ruhland gegen den Chefredakteur der „Volk- und Handelszeitung“ Dr. Walter Ranke beschäftigten gestern längere Zeit das hiesige Schöffengericht. Die Vorgänge, um die es sich dabei handelte, datieren schon einige Jahre zurück. Professor Ruhland hatte früher in der Schweiz als Privatunternehmer die „Monatlichen Nachrichten zur Regulierung der Getreidepreise“ herausgegeben und begründete alsdann hier die

Zeitschrift „Getreidemarkt“, die von Dr. Ranke als Konkurrenzunternehmen gegen seine eigene, mit einer landwirtschaftlichen Zeitschrift und den Notierungen über die Bewegung auf dem Getreidemarkt ausgerüstete Zeitung angesehen wurde. Im Jahre 1903 stand im Kuratorium der Zentralstelle der preussischen Landwirtschaftskammer ein Antrag auf Unterfützung des „Getreidemarktes“ G. m. b. H.“ zur Beratung. Zum Referenten über diese Angelegenheit war der Generalsekretär der Landwirtschaftskammer zu Danzig, Delonomierat Steinmeyer, bestellt worden. Dieser wandte sich an Dr. Ranke, der damals Sekretär der Zentralstelle der preussischen Landwirtschaftskammer war, mit der Bitte, ihm doch Material zu unterbreiten, aus dem ersichtlich sei, ob eine Unterfützung des Prof. Ruhlandschen Unternehmens angebracht sei. Diefem Erlauchen kam Dr. R. nach, indem er betonte, daß er gewissermaßen Partei sei und eine Nachprüfung seiner Mitteilungen anbegehren müsse. Unter Verweisung verschiedener Zeitungsartikel kritisierte er das neue Zeitungsunternehmen sehr abfällig, nannte diesen einen spekulativen Don Quixote, den die Landwirtschaft baldmöglichst von sich abschneiden sollte, meinte, daß die Handelswelt Herrn Ruhland nicht mehr ernst nehmen und die erste Nummer des „Getreidemarktes“ an der Börse als eine Art Witzblatt betrachtet worden sei, und verband damit noch eine Reihe weiterer Ansichten über die wissenschaftlichen und persönlichen Qualitäten des Prof. Ruhland. Dieser erhielt hier von dem Kuratorium ein Schreiben, in dem er betonte, daß die Akten der Landwirtschaftskammer beigelegt waren, und stellte den Strafantrag. Sein Anwalt beantragte nach längerer Verhandlung neben einer Buße die Verurteilung und zwar zu Gefängnis, da nach seiner Meinung nicht nur Beleidigungen im Sinne des § 185, sondern in zwei Fällen sogar Verleumdungen im Sinne des § 187 vorlägen. — Der Anwalt des Beklagten beantragte die Freisprechung des Angeklagten. Der Schatz des § 193 mußte zugestanden werden. Der Angeklagte habe in seiner damaligen Stellung nur seine Pflicht erfüllt, als er auf eine amtliche Anfrage des Delonomierats Steinmeyer ganz konfidentiel die Auskunft erteilte, die seiner Erfahrung und Lieberzeugung entsprach. — Das Gericht erkannte nach kurzer Beratung auf Freisprechung und legte dem Kläger die Kosten des Verfahrens auf.

In der zweiten Privatklage handelte es sich um zwei von Dr. Ranke verfasste, im „Volk- und Handelszeitung“ veröffentlichte Artikel unter dem Titel „Getreidepreis-Prognose“ und „Professor Ruhland“. Bezüglich dieser Artikel erhob der Verteidiger den Einwand der Verjährung. Zur eingehenderen Prüfung dieser Verjährungsfrage vertrat der Gerichtshof die

„Gesundbeten“ ein feuerpflichtiges Gewerbe.

Das Oberverwaltungsgericht hat in einem in der „Deutschen Juristenzeitung“ auszugsweise mitgeteilten Urteil anerkannt, daß das „metaphysische Heilverfahren“ feuerpflichtig ist. In den Gründen heißt es: Es ist unerheblich, ob die Ausübung des Heilverfahrens durch die Besondereföhrerin als Ausfluß ihrer sogenannten „christlichen Wissenschaft“ angesehen sei oder nicht und ob sie dabei materielle oder geistige Mittel anwendet. Jedenfalls handelt es sich bei der von ihr gegenüber den einzelnen Patienten gegen Entgelt ausgeübten Tätigkeit um eine solche Ausübung von Heilkunde oder Heilverfahren, welche nach § 4 Nr. 7 des Gewerbesteuergesetzes und der darauf bezüglichen Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts nicht als steuerfreie Ausübung einer wissenschaftlichen Tätigkeit gelten soll.

Es ist bedauerlich, daß aus dem Urteil nicht hervorgeht, wer diese Staatsföhrerin ist, die auf Grund der „christlichen Wissenschaft“ (1) Leuten für den Erlaßung des Gesundbetens Geld abnimmt, diesen Anflug „metaphysisches Heilverfahren“ nennt und sich von der Gewerbesteuer drücken will. Glaubt der kuriose Gewerbetreibende an seinen Gottesglauben, dann betreibt er ein feuerpflichtiges Gewerbe und ist wegen seines „Glaubens“ nicht strafbar. Ist der metaphysische Kurpantischer so einsichtsvoll, daß er selbst an die Heilwirkung seiner torichten Manipulationen nicht glauben kann, dann ist er wegen Betruges strafbar und in solchem Falle steuerfrei. Unter allen Umständen haben die Dummen, die an „Gesundbeten“, „metaphysische Heilverfahren“, „christliche Wissenschaft“ glauben, ihr Geld und, falls die irdische Natur trotz Gesundbetens nicht heilt, auch die Krankheit verschlimmert. So lange die Gesundbeterei und ähnlicher Aberglauben unentgeltlich geübt wird, mag man annehmen, daß die Gewerbesteuerung der „metaphysischen Heilenden“ absonderlich ist. Nehmen sie aber Geld, so dürften sie dringend verdächtig sein, an die von ihnen gepredigten Künste selbst nicht zu glauben.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen und Mädchen des Kreises Teltow-Beckow-Storkow-Charlottenburg.

Am 25. Januar findet die Wahl zum Reichstago statt. Auch wir Frauen haben die heiligste Pflicht, bei der Wahllogation zu helfen, damit die Sozialdemokratie, als die einzige Partei, die für Frauenrecht und Menschenrecht eintritt, auf der ganzen Linie siegt. Wir Frauen sind politisch wohl rechtlos aber nicht machtlos. Proletarierinnen rüttelt die säumigen und lässigen Arbeiter auf, damit sie am 25. Januar nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie die Stimme geben. Besucht in Massen die Volksversammlungen, helft bei der Flugblattverbreitung, stellt Euch am Wahltag den Parteigenossen zur Verfügung, helft im Wahlbureau, verteilt Stimmzettel, holt die säumigen Wähler heran, beteiligt Euch an den Geldsammlungen, seit überall wo Hilfe verlangt wird. Damit die Kräfte planmäßig ausgenutzt werden, wendet Euch an Eure Vertrauenspersonen, deren Adressen lauten: Adlershof, Frau Schindhelm, Wismarstraße 17; Köpenick, Frau Schubert, Kaiser Wilhelmstr. 13; Königswusterhausen, Frau Lorenz, Lindenwalderstr. 4; Baumgartenweg, Frau Künzel, Marienbühlstr. 2; Orly, Frau Voigt, Bürgerstr. 57; Mariendorf, Frau Händel, Blumenweg 3; Schöneberg, Frau Wämmer, Marlin Lutherstr. 50; Wilmersdorf, Frau Töle, Kadobstr. 15; Steglitz-Friedenau, Frau Dräger, Ahornstr. 15; Jochenow, Frau Hedwig, Weerenstr. 16; Teltow, Frau Reicher, Dohrensteinweg 7; Rixdorf, Frau Rohr, Wilmannsstr. 10; Charlottenburg, Frau Burker, Brauhofstraße 2, Gartenhaus. Alle Anfragen und Geldsendungen sind zu richten an die Kreisvertrauensperson Frau Marie Thiel, Tempelhofer Friedrich Wilhelmstr. 17.

Der Bund für Mutterrecht hält vom 12-14. Januar hier in Berlin seine erste Generalversammlung ab, die im Festsaal des Logenhauses, Joachimthalerstr. 13, stattfinden wird. Die Tagung wird sich gliedern in die Behandlung zweier wichtiger Fragen: Zur Reform der konventionellen Geschlechtmoral und die Frage Gesetzgebung und Mutterrecht. Es sind zu den verschiedenen Themen sachverständige Redner gewonnen. So wird sprechen Professor Dr. Mayer über Mutterrechtsverföhrung, Dr. Borgmann über Mutterkassentrenten, Direktor Dr. Böhmert-Bremen und Dr. Othmar Spann-Frankfurt a. M. über die Lage der unehelichen Kinder; über Heiratsbeschränkungen Dr. Max Marcuse und Frau Adele Schreiber, über die heutige Form der Ehe Dr. Helene Stöcker und über das Thema Prostitution und Unehelichkeit der bekannte Gynäkolog Prof. Dr. Fiesch. Der Kongress ist für Mitglieder des Bundes gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte frei. Für Nichtmitglieder sind Karten zu haben für die Dauer der ganzen Tagung für M. 3.—, für eine einzelne Vor- und Nachmittagsungung M. 1.—, vom 2. Januar ab bei Wertheim und Votz u. Vor, Leipzigerstraße.

Verband der Freireisenden Deutschlands, Zweigverein Berlin und Vorort (Jahresversammlung Charlottenburg). Donnerstag, den 3. d. M., abends 9 1/2 Uhr, bei Wärtens, Krummstr. 43: Jagelabend.

Vermischtes.

Ein Eisenbahnzusammenstoß ereignete sich vorgestern nachmittags zwischen den Stationen Oran und Reichswalden, wo zwei Güterzüge zusammenstießen. Ein Lokomotivführer wurde schwer verwundet. Mehrere Waggons sind zertrümmert.

Zum Eisenbahnunglück in Schottland. Der Lokomotivführer des Zuges, der in Schottland verunglückte, wurde vorgestern verhaftet und soll wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht gestellt werden.

Unbekannte Mörder im Luxemburgischen Niederkrichen durchschnitten nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ einem Ehepaar Delhier nachts die Kehlen und schnitten der Frau den Unterleib auf.

Lüttich, 2. Januar. Große Ueberschwemmungen der Naah werden wegen des gestern eingetretenen starken Tauwetters befürchtet. Die Flussbehörden haben alle Maßregeln zur Verhütung von Unfällen getroffen.

Weitere Hochwasserfahrten werden aus Oesterreich gemeldet. Nach einem Telegramm aus Wien treffen aus allen Landesteilen Nachrichten von einem rapiden Wettersturz ein. Die Temperatur ist von 10 Grad unter Null plötzlich auf 10 Grad über Null gestiegen. Es besteht deshalb ernste Hochwasserfahrgefahr.

Zehntausend Kronen stahlen unbekannt Täter nachts aus dem Gemeindehaus in Banffy Unhad (Ungarn). Trotzdem dort die Polizei untergebracht ist, schleppten die Diebe die eiserne Gemeindeföhrung fort.

Mit hundertfünf Jahren noch scheidungslosig. In Salina, einem kleinen Landstädtchen in Sanias, ereignen vor wenigen Tagen eine 105 Jahre alte Frau im Gerichtsgebäude, um sich von ihrem dritten Gatten scheiden zu lassen. „Ich habe meinen Mann aus dem Hause gejagt, als ich 97 Jahre alt war“, sprach die würdige Matrone, gegen die die Kaiserin-Mutter von China ein Mann an janstester Gemütsart zu sein scheint, „und jetzt will ich mich von ihm scheiden lassen. Ich bin erst 105 Jahre alt und habe keine Lust, den Namen dieses Mannes länger zu tragen. Ich möchte, daß mir gestattet wird, den Namen meines zweiten Gatten wieder anzunehmen.“ Die alte Dame erzählte, daß ihr jetziger Gatte, ein junger Mann von nur 50 Jahren, sie grausam behandelt habe, und daß es ihr unmöglich sei, mit ihm unter einem Dache zu leben. Der Richter willfährte ihrer Bitte und die Greisin, die als Frau Hunt den Gerichtssaal betrat, konnte als Frau Merrill, so hieß ihr zweiter Gatte, den Gerichtssaal verlassen.

Die allmächtige Uniform. In Konstantinopel entstand nach einer Meldung der „Zff. Ztg.“ auf der weltberühmten, aber des „Goldene Horn“ führenden Brücke am 31. Dezember während der stärksten Verkehrszeit eine Panik, die leicht zu einer Katastrophe hätte führen können. Zwei Zuzüge der kaiserlichen Garde verperrten mit gezückten Säbeln den Eingang und die Ausgänge der Brücke und drohten, jeden niederzuzumegeln, der ihre Linie passieren wollte. Tausende von Menschen und hunderte von Wagen, darunter einige, deren Insassen Minister waren, wurden auf der Brücke zurückgehalten, die zusammenzubrechen drohte. Viele Leute ließen sich in das „Goldene Horn“ hinunter, wo sie Barken aufnahmen. Truppenabteilungen wurden requiriert, wagten aber nicht, gegen die Zuzüge einzufahren. Das geschah erst, als nach einer Stunde ein kaiserliches Trabe ihre Verhaftung anordnete.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70-75 pr. 100 Pfd., Ia 64-69, IIIa 58-63, IVa 50-56. Kalbfleisch, Doppelländer 120-135, Ia 92-100, IIa 89-90, IIIa 65-78, holl. 66-62. Hammelfleisch Ia 67-75, IIa 52-65. Schweinefleisch 56-65. Rehwild Ia pr. Pfd. 0,80-0,75, IIa 0,40-0,58. Rotwild Ia 0,40-0,43, IIa 0,38, do. Kalber 0,40-0,45, Danmüdd 0,40-0,55, do. Kalber 0,50. Wildschweine 0,38-0,45, Reihlinge 0,65. Gänse pr. Stück 2,90-3,00, do. klein und IIa 2,00-2,50. Kammhühner pr. Stück 0,70-0,90. Wildenten pr. Stück 0,60-0,80, alte pr. Stück 1,50-2,25, do. Ia 1-1,40, do. junge pr. Stück 0,80-1,50. Lauben pr. Stück 0,35-0,65, junge kleine 0,00, ital. 0,85. Enten pr. Stück 2,20-2,65, Hamburger junge pr. Stück 2,00. Gänse, Oberbräuer, pr. Pfd. 0,45-0,63, do. Ia pr. Stück 0,00, IIa 0,00. Decke pr. 100 Pfd. 75-90, matt 0,00, Jander 0,00. Schilde unsortiert 80-82, mittel 0,00, kleine 0,00. Fische 43-54. Kote, groß 0,00, mittel 0,00, klein 0,00, unj. 0,00. Wilden 0,00. Karpen, 25-30er 0,00, do. 30-35er 0,00, do. unj. 0,00, Lant. 50-70er 0,00, Schlei, 0,00. Varle 0,00. Karanzen 0,00. Weifische 0,00. Weis 0,00. Sumte Fisch 0,00. Amerikan. Kach 1a neuer pr. 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75. Seelachs 20-25. Sprotten, Riefer, Wall 0,75-1,25. Danziger, Wall 0,60-0,80. Rindern, pommerische Ia, pr. Schod 0,00, do. pommerische IIa 0,00, Riefer, Stiege Ia 4-6, do. mittel der Rife 2-3, Gamb. Stiege 4-5, halbe Rife 1,50-2. Wäfflinge, pr. Wall Riefer 3,50-5,00, Extralunder 0,00. Kote, groß pr. Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60. Heringe pr. Schod 4-5. Schellfische Rife 4,00, do. 1/2 Rife 2,00. Stabhau, p. 100 Pfd. 20-25. Heilbutt 0,00. Sardellen 1902er pr. Anker 95, 1904er 93, 1906er 93, 1906er 73-75. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40-44, full 35-38, mod. 35-42, deutsche 37-44. Heringe, neue Raffes, pr. 1/2 To. 60-120. Sardinen, russ. 3/4 1,50-1,60. Brauerlinge, Wäffle (4 Liter) 1,50-1,75. Neunaugen, Schodflah 11, kleine 5-6, Rifen 14. Dummern, kleine, pr. Pfd. 0,00. Krebs, pr. Schod, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unsort. 4,50. Galizier, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land, pr. Schod 4,00-5,00. Butter pr. 100 Pfd. Ia 122-126, IIa 118-122, IIIa 114-117, abfallende 90-105. Saure Gurken Schod 3,50-4,00, Weifergurken 3,50-4,00. Kartoffeln pr. 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,10-2,25, Daberfische 2,10-2,25, Rosen 0,00, weiße 1,75-2,00. Salzfartoffeln 4,00-6,00. Spinat pr. 100 Pfund 20-25. Karotten pr. 100 Pfund 10-12. Sellerie, hiesig, pr. Schod 4,00-5,00, do. pommerische 4,00-5,00. Zwiebeln groß, pr. 100 Pfd. 3,00-3,50, do. kleine 2,00-2,25, do. hiesige (Geri) 0,00. Charlotten 0,00. Petersilie, grün, Schodbund 2,00. Kohlrabi pr. Schod 0,00. Rettig, bayr., pr. Schod 2,40-4,80. Radishesen pr. Schodbund 0,00. Salat, pr. Schod 0,00, do. Escarole, pr. Randel 0,00, do. Indisien 0,00. Nohrkräuter pr. 100 Pfund 2,50-3,50. Teltomer Hühner pr. 100 Pfd. 8-10. Weiße Rüben, große 2-2,50, kleine 5-6. Rote Rüben 1,50-2. Blumenkohl, holl. pr. Kopf 0,00. Ital. pr. Kopf 0,15-0,25. Wirsingkohl pr. Schod 3,00-6,00. Kartoffeln pr. Schod 3,00-3,00. Weifkohl Schod 2,00-3,00. Rosenkohl p. 100 Pfd. 3-35. Grünkohl pr. 100 Pfd. 5-12. Schnittlauch 12 Topfe 4-4,50. Kohlrüben, Schod 2-3. Rübchen 0,00. Birnen, pr. 100 Pfd. hiesige 7-16, böhmishe 8-20. Äpfel, pr. 100 Pfd. hiesige 3-20, Gravenstein 0,00. Äpfel in Kisten 0,00. Rife 22-30, Amerik. 15-30. Ballmüße pr. 100 Pfd. 0,00, do. ruminische 0,00, do. franz. Cornes 22-25. Parannüße 0,00. Dalesnüsse lange 40-42, runde 0,00. Zitronen, Preisina, 300 Stück 7,00-10,00, 360 Stück 7,00-9,00, 500 Stück 7-11. Apfelsinen, Jaffa, pr. Rife 8-14, Murcia 300er pr. Rife 6-12, do. 800er 7-12, Valencia 420er pr. Rife 12-20, do. 714er 18-23.

Witterungsüberblick vom 2. Januar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	
Zwinnende	752	SSO	7	Schnee	Saparanda	760	SHU	—	bedekt	
Danzburg	748	SSO	7	Regen	Petersburg	756	WS	2	Schnee	
Berlin	752	SO	1	Regen	1	Schwab	—	—	—	
Frankfurt a. M.	754	SS	5	bedekt	4	Aberdeen	726	SS	5	heiter
Königsberg	760	SS	4	heiter	4	Paris	753	SS	5	bedekt
Wien	761	SS	1	Nebel	2	—	—	—	—	

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 3. Januar 1907.

Etwas wärmer, veränderlich, vorwiegend kräfte mit Niederschlägen und ziemlich starken südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 2. Januar. Elbe bei Wistig — Meter, bei Dresden — 1,74 Meter, bei Magdeburg + 0,89 Meter. — Uharu bei Straßfurt — Meter. — Oder bei Rathor + 1,94 Meter. — Rheingebirg + 1,89 Meter. — Oder bei Bries + 1,90 Meter. — Oder bei Dresden Unteregel — 1,58 Meter. (Großschiffahrt geschlossen.)

